

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 48 (1970-1971)

Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Werner Bosshardt, Rolf Nef,
Michel Tchang, Rex Schenk

Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Telefon 47 75 30
Auflage: 18 000

Druck und Versand:
Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG,
Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 27 09 50

Inserate:
Dr. H. Dütsch, Postfach 880, 8022 Zürich,
Telefon 23 83 83

Studentenpolitik — politische Studenten

Zu Ausführungen von Professor Hellmut Becker

Nach einer verhältnismässig kurzen Zeitspanne auf-flackernder Konflikte zwischen den sich für die Hoch-schulreform mitverantwortlich begreifenden Studenten-gruppen und den Interessen einer weitgehend elitär privilegierten Professorenschaft ist trügerische Ruhe eingekehrt. Die hochschulpolitische Resignation der Studenten folgte auf die übermächtige Integrations-fähigkeit des Systems, war Ergebnis der oktroierten einschneidenden Veränderungen im Lehrbetrieb. Die

studentische Freiheit wurde durch drastische Straffun-gen des Studiums zusehends eingeschränkt. Die »tech-nokratische Reformbereitschaft« manifestierte sich durch neue Semesterprüfungen, Hausprüfungen, Zwi-schendiplomprüfungen, die einerseits den Zweck erfül-len, den Studenten Mehrarbeit aufzubürden, und ander-seits einen Numerus clausus vorzunehmen, indem die Prüfungen Selektionen zulassen, die sich nach dem Platzangebot der Institute und Seminaren richten.

Professoren zu zitieren erscheint vor-derhand noch tunlicher – um der Glaub-würdigkeit der Postulate willen

»In keiner Epoche vor uns hat sich ein derart radikaler Wandel der Ver-hältnisse abgespielt: Der Wandel aller Lebensbereiche – Bildung, Arbeit, Frei-zeit, Sexualität, Kommunikation – ist in keiner Zeit der Weltgeschichte so beschleunigt vor sich gegangen. Die junge Generation von heute ist durch wesentlich stärkere Veränderungen von der Generation ihrer Eltern getrennt als irgendeine vorher. Die explosions-artige Zunahme der Erdbevölkerung

verhindert die Verwissenschaftlichung und Technisierung der Lebensbereiche zunehmend die Ueberschaubarkeit von Zusammenhängen. Politische Entschlei-dungen können nicht mehr ohne weiteres geprüft, nachvollzogen und beeinflusst werden. Das Füllen von Entscheidungen wird dadurch erschwert, dass eine Flut von (wissenschaftlichen) Entschlei-dungs- und Planungsgrundlagen für die Absicherung beigezogen werden muss, die ein einzelner nicht mehr bewältigen kann (Konsequenz: Teamarbeit, Mit-bestimmung). Becker: »Der einzelne fühlt sich machtlos, technische Sach-zwänge scheinen bedeutsamer als der politische Wille, an dessen Bildung er sich beteiligt glaubte. Unkontrollierte Expertenentscheide ersetzen offenbar die Entscheidung der gewählten parla-mentarischen Repräsentanten. A Tech-nokratie also auch bei politischen Ent-scheidungen: Der Politiker gerät ins Ab-hängigkeitsverhältnis seines wissen-schaftlichen Beraters, weil er auf ihn angewiesen ist. Die wissenschaftliche Sprache lässt sich nicht einfach in eine allgemeinverständliche übersetzen, die Öffentlichkeit versteht politische Vor-gänge und Zusammenhänge nicht mehr. Volksabstimmung wird zum Ritual, die Entscheidung fiktiv, die Willens-äusserung des Souveräns ist nur mehr Aklamation.

Wenn die politische Artikulierung der Studenten unterdrückt wird, besteht die Gefahr, dass das apathische und anarchische Potential in der jüngeren Generation die Oberhand gewinnt.

Hellmut Becker

und die Explosion des Wissens sind nur ein Ausdruck der »growing rate of change«. Atombombe und Pille, Sputnik und die Manipulierbarkeit der Gene sind nur eine Ausdrucksform für diese Veränderung.«

Neue Zeitalter beginnen nicht auf einmal, sie beginnen in verschiedenen Schichten auf verschiedene Weise. So

Wettbewerb und Konkurrenz

Die Solidarität unter den Studenten musste unter dieser Entwicklung not-wendig leiden. Das aus der Wirtschaft übertragene Leistungsprinzip zwingt den Studenten in einen Stress, bei dem jeder Kommilitone als potentieller Konkurrent im Wettbewerb um Hörsaal-, Seminar- und Laborplätze, ja um die zukünftige Arbeitsstelle angesehen werden muss. Von einer homogenen stu-dentischen Basis kann also in dieser Hinsicht (vorderhand) nicht gesprochen werden.

Genaue Analysen der latenten und manifesten Funktion technokratischer Bildungspolitik sind erforderlich, um jenseits von Dogmatismus und Pragmatismus wieder zu einer theoretisch legiti-mierten Praxis im Hochschulbereich zu finden. Die kontroversen, konflikt-trächtigen Positionen sollten ohne demagogische Verzerrungen einsichtig gemacht werden, um der Masse der Studenten rationales politisches Han-deln zu ermöglichen.

»Die Technokratiendiskussion muss aus der theoretischen Sackgasse her-aus, Basisgruppen und Fachschaften müssen überregional und öffentlich über antitechnokratische Strategie kom-munizieren lernen, Aktionismus und Mausecheln sollten öffentlich ange-griffen werden können mit theoretisch stichhaltigen Argumenten und nicht mit Phrasen oder personalisierenden Diffamierungen.«

Tempora mutantur!?

Professor Hellmut Becker, Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungs-forschung in Berlin, führte anlässlich einer Europatagung in Berlin in seinem Referat aus:

Protest als Folge gesellschaftlicher Widersprüche

»Die Studenten im Prager Frühling und in West-Berlin marschierten in ge-gensätzlichen gesellschaftlichen Systeme-n, scheinbar in entgegengesetzter, in Wahrheit aber in dieselbe Richtung. Was diese Jugend in beiden Ländern wünscht, ist Teilnahme an der Ent-scheidung«, führte Becker weiter aus. René Maheu, Generaldirektor der Unesco, hat vor zwei Jahren der Generalkonferenz der Unesco einen be-merkenswerten »Rapport sur la jeunesse« vorgelegt: »Dans toutes ces optiques, un postulat implicite est que la jeunesse est particulièrement sensible aux maux

de la société. Et cette notion d'une jeunesse lucide dans un monde vieilli et aveugle est l'axe de l'hypothèse la plus dramatique: la phase actuelle se-ra, pour le monde, le prélude soit d'une inéluctable agonie, soit d'une nouvelle naissance.« Und Agonie und Apathie machen sich in der Studenten-politik schon recht empfindlich be-merkbar.

Becker sieht in gesellschaftlichen oder globalen Widersprüchen – man-gelnde Aufklärung, Wohlstand, Hunger, Autoritätsfragen – die Basis für die

Identitätskrise der Jugend und stellt fest:

»Die Unruhe der Jugend hat zu tief liegende Wurzeln, als dass sie in ab-sehbarer Zeit abklingen könnte. Sie kann aber politische und sehr unpoli-tische Formen annehmen, und es scheint mir, dass die unpolitischen die wesent-lich gefährlicheren sind.«

Sowohl Helmuth Krauch als auch Jürgen Habermas messen der studentischen Aktivität bedeutendes Gewicht zu. Krauch hält fest, dass Studenten zu den politisch bestinformatierten Gruppen der Bevölkerung gehören, und weist nach, dass sich ihr Urteil über Bildungs- und Forschungspolitik kaum von an-deren politisch Bestinformatierten unter-scheidet (H. Krauch, Prioritäten für die Forschungspolitik, Hanser 1970). Habermas hat die Situation in seinem Buch »Protestbewegung und Hochschul-reform« folgendermassen analysiert: »Die Protestgruppe der Studenten und Schüler ist privilegiert. Nicht um einen höheren Anteil an sozialen Entschlei-dungen der verfügbaren Kategorien Ein-kommen und arbeitsfreie Zeit kämpfen die Studenten und Schüler. Ihr Protest richtet sich vielmehr gegen die Kate-gorie 'Entschädigung' selber. Der Pro-Test dieser Jugendlichen entzieht sich dem Muster des seit Generationen üb-lichen Autoritätskonflikts überhaupt... Die eher liberalen Erziehungstechniken können Erfahrungen ermöglichen und Orientierungen begünstigen, die mit der

Fortsetzung Seite 2

Die Sackgasse überwinden!

Die Studentenpolitik sei allenthalben wenn auch nicht gerade am Ende, so doch in einer bedenklichen Sackgasse angelangt, rät der KSIR in sei-nem Info.

Für den Studentenfunktionär sowohl der ETH als auch der Uni ist die Liste der wichtigen Probleme lang und viel-fältig. Die »Basis« – man entschuldige diese elitäre Redeweise – jedoch nimmt die Probleme der Funktionäre oft gar nicht mehr als solche wahr. Die meisten Aktivierungsbemühungen von oben sind – längerfristig gesehen – im Sande ver-laufen. Erreicht worden ist nicht der gewünschte aktive Meinungsbildungs-prozess, ein gewisser Grad an Politisie-rung, sondern allenfalls die plebiszitäre Zustimmung oder Ablehnung in Urab-stimmung. Der »Basisstudent« versteht sich sowenig politisch wie vor einigen Jahren.

Die im gesamten gesehen eher pragmatisch orientierte, re-aktive Poli-tik hat trotz ihrer partiellen Erfolge auf eine gravierende Leerstelle hinge-wiesen: Für eine langfristige, durch-reflektierte, aktive Politik, für eine langfristige, aber trotzdem flexible Konzeption fehlen vielfach die wissen-schaftlichen Grundlagen. Gerade um diese Grundlagen und – damit ver-bunden – um neue Formen studentischer Politik wird man sich in näch-ster Zukunft intensiver bemühen müs-sen.

Rolf Nef

Das aktuelle Buch

Der Schweizer Studienführer ist da

Erste Voraussetzung für einen rationa-len Studienwahlentscheid sowie für eine sinnvolle Studienplanung und -gestaltung ist eine möglichst umfassende und objektive Information über die Situation im Bereich der akademischen Ausbildungen und Berufe. Diese Infor-mation war bis anhin in unserem Lande nur in Ansätzen vorhanden; er-wähnt seien hier etwa die Studienführer für einzelne Fachrichtungen oder die von der Schweizerischen Arbeits-gemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung herausgegebenen »Akademischen Ausbildungsgänge in der Schweiz«.

Was bis heute jedoch fehlte, war ein Übersichtswerk, das einerseits die Aus-bildungsmöglichkeiten an den zehn schweizerischen Hochschulen in ver-gleichbarer Form darstellt und gleich-zeitig Informationen allgemeiner Art zur Studiensituation sowie über Zusam-menhänge zwischen Ausbildung und Beruf vermittelt.

Diese beträchtliche Informations-lücke im Bereich der akademischen Ausbildungen und Berufe haben die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienbera-tung (AGAB) und der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) durch die gemeinsame Heraus-gabe des Schweizer Studienführers nunmehr zu schliessen versucht.

Der Schweizer Studienführer ver-mittelt Informationen über die zehn schweizerischen Hochschulen, die Zu-lassungsbedingungen zu den einzelnen Studien, die verschiedenen Studiengänge mit ihren Abschlüssen und Be-rufseinschlüssen, aber auch über Studiendauer, Studienkosten und Stipendien. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Vergleichbarkeit dieser Angaben im gesamtschweizerischen Rahmen gelegt. Ferner verweist der Studienführer auf alle für Studien-anwärter und Studenten wichtigen Aus-kunftsstellen und Schriften, die zur spezialisierten Information beigezogen werden können.

Schliesslich bezweckt der Studien-führer, nicht nur nützliche Angaben zu vermitteln, sondern – wo es sinnvoll ist – gleichzeitig in bescheidenem Mass zu beraten. Dies allerdings nur im orien-tierenden Sinn: der Leser soll sich selbst ein Bild machen können über die zu erwartenden Situationen im künftigen Studium, insbesondere auch über allfällige Schwierigkeiten und Unzu-länglichkeiten.

Der Schweizer Studienführer dient so insbesondere den Studienanwärtern

(Maturanden) und den Studenten in den ersten Semestern. Darüber hinaus vermag er indes auch dem Studenten in höheren Semestern nützliche Angaben zu vermitteln. Er dient ferner den höheren Mittelschulen sowie allen öf-fentlichen und privaten Institutionen und Personen, die mit den schweizeri-schen Hochschulen oder mit akademi-schen Berufen zu tun haben.

Der vorliegende Studienführer ist selbstverständlich nicht in der Lage, allen Informationsbedürfnissen gerecht zu werden. So wird der Leser unter anderem eine Charakterisierung der verschiedenen Studiengänge und Wis-senschaftlichen sowie detaillierte Hinweise über Berufsmöglichkeiten und Berufs-aussichten vermissen. Eine Darstellung dieser Bereiche hätte die Möglichkeiten der Herausgeber bei weitem überstie-gen.

Schliesslich sind sich die Heraus-geber auch durchaus bewusst, dass der durch das Erscheinen des Schweizer Studienführers teilweise gehobene In-formationsmangel nur einen Aspekt unter vielen der gegenwärtigen struk-turellen Krise unseres Hochschulwesens darstellt. Sie sind jedoch überzeugt, dass ein Student, der seinen Studien-wahlentscheid aufgrund objektiver Informationen rational getroffen hat, eher in der Lage ist, einen Beitrag zur Lösung dieser Krise zu leisten.

Wenn der Schweizer Studienführer in diesem Sinne emanzipatorisch wirkt, dann hat er seinen Zweck erreicht.

Peter Beck, lic. rer. pol.

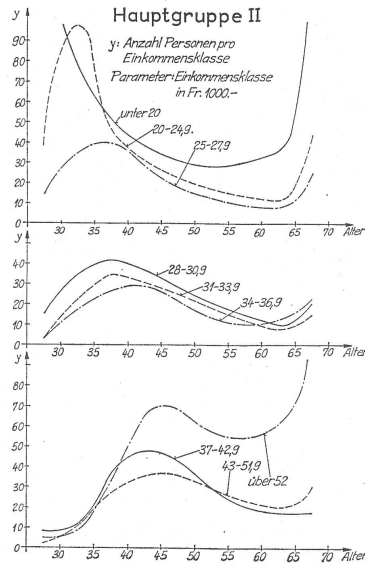
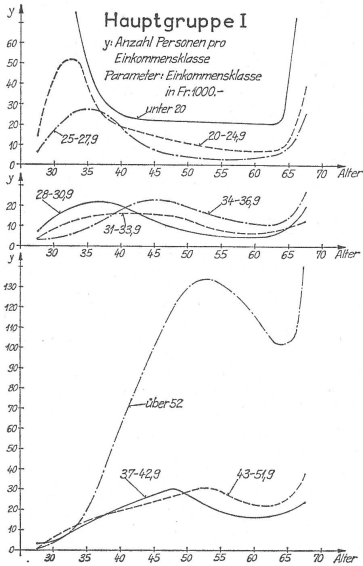
In dieser Nummer

Gesucht: Die optimale nationale Forschungspolitik	3
Was wollen die politischen Grup-pen an der Universität?	11
Strickhof-Debatte im Kantonsrat	14
Zum Phänomen der politischen Gewalt	15
Portugals kolonialisatorische Mission	19
Wasserverschmutzung	23

Redaktionsschluss: 15. Januar



»Der einzelne fühlt sich machtlos, technische Sachzwänge scheinen bedeutsamer als der politische Wille, an dessen Bildung er sich beteiligt glaubte.«
Photo: Ernst Liniger



Akademikerlöhne und Lausanner Modell

Eine Untersuchung des VSETH

Im Rahmen der Studienfinanzierung »Lausanner Modell« hat sich eine Kommission des VSETH zur Aufgabe gemacht, die Verteilung der Akademikerlöhne nach Alter und Einkommenshöhe zu ermitteln. Das »Lausanner Modell« sieht eine Rückzahlung in Form der Eigenbeteiligung vor. Ueber die Höhe der Rückzahlung muss Unterlagenmaterial vorhanden sein, da-

mit abgeschätzt werden kann, in welchen Grenzen sie sich bewegt. Das »Lausanner Modell« geht davon aus, dass die Akademikerlöhne überdurchschnittlich hoch seien. Nach dem vorgeschlagenen Rückzahlungsmodus bedeutet dies, dass die partielle und vollständige Rückzahlung relativ hoch ist. Die Studienfinanzierungsstiftung müsste also kleine »Verluste« in Kauf nehmen.

Die Arbeit erwies sich als recht schwierig! Nach langwierigem und intensivem Suchen in den Statistikbüchern der Schweiz und bei den staatlichen Auskunftsstellen sahen wir uns gezwungen, eine eigene Statistik von Grund auf neu zu erarbeiten. In den statistischen Jahrbüchern sind wohl einige vage Durchschnittsverdienste angegeben, von denen sich jedoch keinesfalls eine Struktur des Einkommens von Akademikern ableiten liesse. Eine ähnliche Statistik wird zwar in näherer Zukunft vom Statistischen Amt des Kantons Zürich ausgearbeitet; für unsere Absicht, die Eigenbeteiligung im

»Lausanner Modell« mit Zahlenmaterial zu belegen, kommt sie zu spät. Naheliegender war es, für die Datenerfassung das Steuerregister des Kantons Zürich als Grundlage zu verwenden. Die kantonalen Behörden wiesen jedoch unsere Anfrage zurück.

Die Statistik der Berufsgruppen

Das Finanzamt der Stadt Zürich war hingegen sehr aufgeschlossen, verstand unsere Anliegen, öffnete bereitwillig und kostenfrei seine Steuerregister.

Studentenpolitik – politische Studenten

Fortsetzung von Seite 1

konservativen Lebensform einer Ökonomie der Arbeit zusammenprallen. So entsteht ein prinzipielles Unverständnis für die sinnlose Reproduktion überflüssiger Tugenden und Opfer – ein Unverständnis dafür, warum das Leben des einzelnen trotz des hohen Standes der technischen Entwicklung nach wie vor durch das Diktat der Berufsarbeit, durch Ethik des Leistungswettbewerbs, durch den Druck der Statuskonkurrenz, durch Werte der possessiven Verdinglichung und der angebotenen Surrogatbefriedigung bestimmt ist, warum, mit einem Wort, der »Kampf ums Dasein«, die Disziplin der entfremdeten Arbeit, die Tilgung von Sinnlichkeit und ästhetischer Befriedigung aufrechterhalten werden.«

Wissenschaft, Politik und Verantwortung

Während ein erster und wesentlicher Grund für die Politisierung und den Protest der Studenten (wenigstens im Ausland) die zunehmende, lediglich an einer Leistungssteigerung orientierte Veränderung der Universität war, ergaben sich die wirklichen Gründe erst durch die Bewusstmachung dieser Tendenzen.

Becker: »Einerseits werden die Studenten als autonome, an der universitären Wissenschaft partizipierende Subjekte betrachtet, andererseits werden sie jedoch einer weitgehend autoritären Struktur und Organisation der Universitäten unterworfen... Weiterhin ist nicht zu verkennen, dass sich das politische Bewusstsein der Studenten besonders stark durch die Beschäftigung mit den Problemen entwickelt hat, die sich aus der Konfrontation der hochindustrialisierten Ersten und Zweiten Welt mit den Ländern der Dritten Welt ergeben ha-

ben. Ein Unrechtsbewusstsein, von dem wir alle zu lernen haben. Es waren in diese Zusammenhang die Studenten, die überhaupt einmal das Problem und die Schwierigkeiten, die sich aus dem militärischen Engagement der USA z. B. in Vietnam ergeben, in das Bewusstsein der Bevölkerung hineingetragen haben. Diese Studenten studieren in einer Zeit, in der jede Fachwissenschaft auf ihre gesellschaftliche Aufgabenstellung hin befragt ist. Kein Physiker kann die Atombombe konstruieren, kein Ingenieur Öfen für Auschwitz bauen, kein Biologe die Manipulation der menschlichen Gene möglich machen, ohne zugleich die politische Verantwortung seiner Tätigkeit zu reflektieren. Man kann Medizin nicht mehr ohne Einbeziehung der psychologischen und sozialen Voraussetzung von Krankheit betreiben. Niemand kann seit dem Streit von Oppenheimer und Teller mehr glauben, Wissenschaft könne ohne politische Verantwortung ausgeübt werden. In diesem Zusammenhang ist auch das Engagement der Studenten gegen alles Unrecht in der Welt zu verstehen, ob es nun in der Form von Hunger oder in der Form von Krieg auftritt.«

Abschliessend führte Hellmut Becker aus: »Dabei fürchten gerade die engagierten Studenten, dass die junge Generation in einen unpolitischen Schlaf zurückfällt, wenn es der Neuen Linken nicht gelingt, eine politische Praxis zu organisieren. Wenn es gelingt, die gesellschaftlichen Institutionen und die supranationalen Gemeinschaften auf der Basis von Teilhabe und Mitbestimmung zu organisieren, dann kann es zu einer spannungsreichen, aber erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen den Generationen kommen.

Peter Wettler,
Verband der Schweizerischen
Studentenschaften (VSS)

wenig, die über 40jährigen mit wenigen Ausnahmen über 30 000 Fr. jährlich verdienen. Die »Einkommenslücke« zwischen 28 000 und 50 000 Fr. ist als Folge der Erwerbsart zu werten. In der hohen Einkommensstufe sind die Selbstständigerwerbenden einzureihen. Die hohe Einkommensstufe ist stark vertreten wegen des relativ hohen Anteils an Selbstständigerwerbenden.

Die zweite Hauptgruppe umfasst Personen, die eine Hochschule oder ein Technikum (HTL) absolviert haben. Auf die hohen Einkommen entfallen in bezug auf die erste Hauptgruppe weniger, dafür um so mehr der erfassten Personen auf die mittleren Einkommen. In diesen Berufen gibt es natürlich auch weniger Selbstständigerwerbende.

Einige Mängel haften der Statistik leider an: Ehepaare werden meistens als eine juristische Person besteuert; das Einkommen der erwerbstätigen Ehefrau wird zum Verdienst des Mannes hinzugeschlagen. Dieser Umstand fällt jedoch nicht stark ins Gewicht, denn die Ehefrau ist meistens nur berufstätig, wenn das Einkommen des Mannes zu klein ist. Das trifft vor allem bei den jungen Ehepaaren zu; bei der älteren Generation ist die Berufstätigkeit der Frau unter den Akademikern relativ selten. Unter den Namen der erfassten Personen sind aber auch ziemlich viele Frauen vertreten, die eine eigene Steuererklärung führen. Ein anderer relativ gewichtiger Nachteil ist die Tatsache, dass viele relativ gut verdienende Akademiker aus der Stadt in die nahegelegenen Vororte flüchten. Daraus ist abzuleiten, dass die hohen Einkommenschichten unserer Statistik bezüglich der ganzen Schweiz zu schwach dotiert sind.

Die Eigenbeteiligung beim »Lausanner Modell«

Aus den Statistiken der Berufsgruppen lässt sich die Höhe der Eigenbeteiligung voraussagen. Für jede Einkommenshöhe kann daraus die Anzahl der Rückzahler ermittelt werden. Wir verzichten auf die genaue zahlenmässige Ableitung, da die Zahlen nicht in jedem Fall absolut richtig sind. In der Folge ist eine Zusammenfassung aufgeführt, die mit dem 35. Jahr einsetzt und mit dem 54. aufhört. Dies entspricht der Rückzahlung nach dem Eigenbeteiligungsprinzip des »Lausanner Modells«, die 15 Jahre nach der ersten Immatrikulation einsetzt und 20 Jahre lang dauert. Darin wird unterteilt in eine Gruppe, die nichts zurückzahlt, eine, die partiell zurückzahlt und eine, die alles zurückzahlt.

Aus dieser Tabelle sind drei Werte wichtig:
Keine Rückzahlung: 20%
partielle Rückzahlung: 25%
vollständige Rückzahlung: 55%

Diese drei Zahlen helfen uns, die Aufwendungen der Kasse (Stiftung, Staat, etc.) abzuschätzen. Während der Initiativkampagne werden wir die Zahlen dieser Statistiken brauchen.

Ruedi Meler

P.S. Die genauen Statistiken können beim VSETH bezogen werden.

Rückzahlung

Berufsgruppen	Anteile in Zahlen			Anteile in %		
	nichts	partiell	vollständig	nichts	partiell	vollständig
Aerzte	64	58	248	17,3	15,7	67
Zahnärzte	9	14	74	9,3	14,4	76,3
Tierärzte	4	3	10	23,5	17,6	58,9
Apotheker	13	7	25	28,9	15,6	55,5
Juristen	49	80	236	13,4	21,9	64,7
Physiker	12	14	25	23,5	27,5	49
Architekten	129	114	155	32,4	28,6	39
Chemiker	25	39	80	17,4	27	55,6
Ingenieure	117	182	352	18	28	54
Total	422	511	1205	19,7	23,9	56,3

Die neue Stipendienverordnung in Zürich

Am 5. Oktober 1970 ist eine neue Stipendienverordnung erlassen worden. Wir haben im letzten »zs« angekündigt, über die neue Stipendientituation ausführlich zu berichten.

Der Informationsgehalt der neuen Verordnung allein ist jedoch relativ gering. Die jetzigen und potentiellen Stipendienträger dürften vor allem an den detaillierten Ausführungsbestimmungen interessiert sein. Entgegen unseren Erwartungen hat nun die Kommission, die das entsprechende Reglement ausarbeiten soll, ihre Arbeiten noch nicht endgültig abgeschlossen. Dies wird erst im Laufe dieses Monats geschehen.

Wir ziehen es deshalb vor, uns erst in der nächsten Nummer des »zürcher student« mit der neuen Situation zu befassen.

Die Redaktion

die andere Zeitung

»Am liebsten hätte ich eine anarchistische Welt«*

SPIEGEL: Sie würden also alle sozialpolitischen Systeme, wie sie in den westeuropäischen Ländern und auch in Deutschland eingeführt wurden, schleunigst wieder abschaffen?

FRIEDMAN: Ja, denn was geschieht bei aller Sozialpolitik tatsächlich? Die Regierung kassiert doch im allgemeinen nur Geld von den Armen, um es den Reichen zu geben. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen! In Deutschland und in den USA besteuern wir die Armen, um mit diesem Geld Universitäten zu finanzieren, die dann meist nur von Kindern der mittleren und oberen Einkommensklassen besucht werden. Warum sollen diese armen Leute für Sie und mich das Universitätsstudium bezahlen, das uns ein höheres Einkommen einbringt, als wir es ohne Studium gehabt hätten? Der einzige Weg, auf dem die einfachen Leute, die armen Leute, ihre Lebensumstände verbessern können, ist der Kapitalismus und ein möglichst freies Unternehmertum. Für diese Regel gibt es keine Ausnahme.

SPIEGEL: Wäre das Problem nicht dadurch zu lösen, dass man das Steuersystem ändert und den Reichen einfach mehr Geld abfordert als bisher?

FRIEDMAN: Entschuldigen Sie, aber das geht nicht. Schauen Sie doch nur, was in der Vergangenheit passiert ist. Ist es vielleicht ein Zufall, dass in jedem Land das Steuersystem auf dem Papier zwar die Reichen stärker trifft als die Armen, aber voller Lücken und Sonderbestimmungen ist, so dass es letztlich doch die Armen stärker belastet? Nein, das ist kein blosser Zufall. Man muss vielmehr zu dem Schluss kommen, dass die Reichen in jedem politischen System mehr Macht haben als die Armen.

FRIEDMAN: Nein, nein, überlegen Sie mal, warum die Reichen reich sind. Einige sind reich durch den Zufall der Geburt, aber im Durchschnitt sind sie es, weil sie cleverer sind als alle anderen. Die einzige Lösung ist, diesen smarten Leuten nicht mehr die Möglichkeit zu geben, sich auf Kosten der übrigen Gesellschaft zu bereichern.

FRIEDMAN: Wenn es ginge, dann hätte ich tatsächlich am liebsten eine völlig anarchistische Welt. Aber ich glaube, wir brauchen eine Regierung, um die eine Person vor der anderen zu schützen.

SPIEGEL: Und dabei leistete er!) auch – ungehindert von staatlichen Instanzen – seinen Beitrag zur Luftverschmutzung, ebenso wie seine Kollegen aus der Chemiebranche dafür sorgen, dass unsere Flüsse bald total verpestet sein werden und kein Trinkwasser mehr aufzutreiben sein wird. All das sind Schäden einer freien Unternehmerwirtschaft, die enorme Sozialkosten verursachen und nur mit Steuernmitteln aus den Taschen der Armen – wie Sie ja bereits feststellten – wieder beseitigt oder zumindest gemindert werden können.

FRIEDMAN: Das ist wieder so eine typische Upperclass-Attitüde. Wenn ich die Welt richtig beobachte, dann sehe ich, dass die Massen aus der reinen Luft in verschmutzte und überfüllte Städte ziehen und sich dort offensichtlich wohler fühlen. Die Vorliebe für saubere Luft ist eine typische Vorliebe der Schichten mit hohem Einkommen, und die wollen immer ihre Werte anderen oktroyieren. Sehen Sie, das ist es ja, wogegen ich mich wende. Ich will, dass die armen Leute nach ihrer Fassung selig werden.

* aus: Der Spiegel 48/70, Gespräch mit dem US-Ökonomen und Nixon-Berater Milton Friedman.

»zürcher student«

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, d.h. Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und der Dölmetschschule Zürich.

Erscheint achtmal jährlich.
Redaktion: Werner Bosshardt, Rolf Nef, Rex Schenk, Michel Tschang.
Verantwortlich für Werbung und Finanzen: Werner Bosshardt.
Verantwortlich für Produktion und Vertrieb: Rolf Nef.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz. Telefon (051) 47 73 30. Postcheckkonto 80-35598, Sekretariat: Valeria Frey.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (051) 27 09 50.

Inserate: Dr. H. Dütsch, Postfach 80, 8022 Zürich; Telefon (051) 23 83 83. Postcheckkonto 80-28634.

Jahresabonnement Fr. 6.– auf Konto 80-35598. Die im »zürcher student« erschienenen Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Gesucht: die optimale nationale Forschungspolitik

»In der wissenschaftlich-technischen Zivilisation haben nur solche politisch und sozialen Gefüge eine Zukunft, die sich das Forschungspotential zu schaffen vermögen, auf dem die Leistungsfähigkeit einer modernen Wirtschaft und die Funktionsfähigkeit einer modernen Gesellschaft beruht.« (Georg Picht)

Wissenschaft ist zu einem wichtigen Produktionsfaktor geworden, zu einem Faktor, dessen Wachstum nicht mehr länger unkontrolliert vorstossen gehen darf. Die Setzung von Prioritäten – die Bindung der Wissen-

schafts- und Forschungspolitik an demokratisch-konsensual bestimmte gesellschaftliche Prioritäten – wird allein schon wegen der Knappheit der Mittel zu einer Notwendigkeit. Organisierte Forschung impliziert jedoch langfristige Bindung von gewaltigen gesellschaftlichen Potentialitäten. Die politische Kontrolle dieses Spannungsfeldes zwischen Wissenschaft, Staat und Gesellschaft ist somit zu einem Problem ersten Ranges geworden. Dass man auch in der Schweiz langsam auf derartige Probleme aufmerksam wird, ist erfreulich. – Nach Lösungen wird weitergesucht.

Rolf Nef

Die wirtschaftliche Produktion ist in den modernen Industriegesellschaften immer mehr vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt abhängig: Wissenschaft ist neben Arbeit und Kapital zum »dritten Faktor« im Produktionsprozess geworden. Die Verknappung der Arbeitskräfte zwingt zur Rationalisierung. Für die Verbesserung angestammter und für die Schaffung neuer Produkte sind immer mehr Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen notwendig, d. h., die Produkte werden forschungsintensiver – dies gilt vor allem für die Exportprodukte hochindustrialisierter Länder. Der Stand des Wissens, der technische Fortschritt und das wirtschaftliche Wachstum resp. der technische Fortschritt, die Kapitalakkumulation und das Wirtschaftswachstum stehen in einem sich gegenseitig bedingenden Wechselverhältnis. »Akkumulation setzt, zumindest auf längere Sicht, technischen Fortschritt voraus, während auf der anderen Seite wachstumsfördernde Investitionen ohne Kapitalinvestitionen kaum durchführbar sind. Technischer Fortschritt hat daher den Charakter eines Katalysators im Wachstumsprozess, dessen Bedeutung mit der Annäherung an die Vollbeschäftigung rasch zunimmt.« (1)

Privatwirtschaft und Forschung

Die Privatwirtschaft ist von ihrer Konzeption her profitorientiert. Auch die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen des privatwirtschaftlichen Unternehmens werden daher von dem im Markt als real perzipierten Profitmöglichkeiten diktiert. Forschung und Entwicklung unterliegen somit dem einzelwirtschaftlichen Ertragsgesetz, der privatwirtschaftlichen Produktivität. Da die Entwicklung neuer Produkte

immer mehr Forschungsarbeit bedingt, der kleinste Entwicklungsvorsprung wegen der harten Konkurrenz einen immensen Vorteil mit sich bringen kann, sinkt die Konkurrenzfähigkeit kleinerer Unternehmen, besonders in »forschungsintensiven« Branchen. Eine Möglichkeit, sich diesem Schrumpfungsprozess zu entziehen, besteht im Zusammenschluss isolierter Einheiten zu einem Konzern, m. a. W. in der Fusionierung. Fusionierung nun bedeutet effizientere Forschung und Entwicklung, gesteigerte Innovationsfähigkeit, verbesserte Konkurrenzfähigkeit bei weniger Konkurrenten (siehe Tabelle 1).

Die Qualität des technischen Fortschritts bleibt jedoch auch nach einer allfälligen Fusionierung im Rahmen der »kapitalistischen« Verwertungsbedingungen, d. h., sie ist weiter dem Markt- und Profitmechanismus unterworfen.

Diese Entwicklung bringt – isoliert betrachtet – gewisse Gefahren mit sich: – Die Grunglagenforschung als Voraussetzung für die Entwicklung der industriellen Technologie wird, weil sehr kostenintensiv und nicht kalkulierbar profitorientiert, vernachlässigt. Grundlagenforschung in engerem Sinne effizienter Ausmass kann im Rahmen der Privatwirtschaft wohl nur von solchen Konzernen betrieben werden, die einen so grossen Marktanteil der betreffenden Branche auf sich vereinigen, dass ihnen gleichsam Monopolcharakter zukommt, oder die ihre Produktion dermassen diversifiziert haben, dass mit den Gewinnen des einen Teils die für die Verbesserung des anderen benötigten Investitionen in Forschung und Entwicklung finanziert werden können. – Auch braucht die vom Markt- und Profitmechanismus gesteuerte Allokation der Mittel in der angewandten Forschung nicht optimal zu sein. Auch hier können Unterinvestitionen auftreten.

Staat und wissenschaftlich-technischer Fortschritt

Gemäss der altliberalen Konzeption hat der Staat den allgemeinen Rahmen zu schaffen und zu erhalten, innerhalb dessen das einzelne Wirtschaftsobjekt autonom zu seinem und damit zugleich zum allgemeinen Vorteil handeln solle und könne. Nicht erst heute jedoch bedingt die Sicherung dieses Rahmens mehr aktive Eingriffe des Staates: Die kontinuierliche wirtschaftliche Prosperität ist direkt verknüpft mit der politischen Legitimität. Gelingt es nicht, die Rahmenbedingungen derart (systemimmanent) zu manipulieren, dass die privatwirtschaftliche ökonomische Effizienz gewährleistet ist und allenfalls die aus dieser partikulären Effizienz resultierenden Dysfunktionalitäten (systemimmanent) überwunden werden können, so ist die Stabilität des Systems in Gefahr.

Im Parlament, in Kommissionen, in Gremien und in der Exekutive stossen die Interessen verschiedener, ungleichmächtiger sozialer Gruppen zusammen. Der jeweils konkrete Inhalt dieser Interessen ist dabei weniger von Belang als die Macht, die hinter diesen Interessen auf ihre Verwirklichung drängt. Es verbietet sich daher, vom Staat abstrakt als vom »Allgemeinen« zu reden. Dies angeblich »Allgemeine« ist in die es bildenden konkreten Interessen aufzuschlüsseln. Diese sind hernach wieder inhaltlich zu kritisieren, worauf eventuell ein anderer Begriff von »Allgemeinheit« abzuleiten wäre. – Dies nur als Exkurs.

Dynamik und Prosperität sind in den modernen Industriegesellschaften zu einem hohen Grade bedingt durch das vom wissenschaftlich-technischen Fort-

schrift in Bewegung gehaltene wirtschaftliche Wachstum; *Forschungsförderung* ist daher für jedes System in diesem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium zur Notwendigkeit geworden, um

– die wissenschaftlichen Grundlagen für den systemnotwendigen technischen Fortschritt zu sichern;

– zu sorgen, dass die von der privatwirtschaftlichen Forschung und Entwicklung vernachlässigten Bereiche nicht langfristig die angestrebte dynamische Stabilität beeinträchtigen.

Forschungsplanung

»Durch die Umstellung von der privaten auf die politische Auftragsbasis wird auch der Forschungsprozess im ganzen einem bewussten politischen Willen zugänglich. Eine ihrerseits wissenschaftlich angeleitete Forschungspolitik, also die planmässige Rationalisierung und Kontrolle eines seiner Naturwüchsigkeit entkleideten technischen Fortschritts, wird erst mit der neuen, heute herrschenden Funktion der Wissenschaften möglich.« (2)

Forschungsplanung ist Forschungspolitik, geht also sowohl über die administrative Zusammenfassung von lose zerstreuten Forschungsaktivitäten als auch über die blosser Verlängerung und Absicherung privatwirtschaftlicher Forschungsstrategien hinaus. Planung heisst somit:

1. Quantitative und qualitative Koordination der Forschungsförderung mit der langfristigen Wirtschafts- und Finanzpolitik

Forschung – vor allem die naturwissenschaftliche Grossforschung – ist extrem kostenintensiv. Die Knappheit der Mittel bedingt daher eine optimale Allokation. Dazu sind eventuell Prospektivstudien notwendig.

»Es fragt sich, ob sich eine wissenschaftspolitische Prioritätsordnung, in die alle Hauptaufgaben der staatlichen Hochschul- und Forschungsförderung eingefügt werden, überhaupt in politische Entscheidungen umsetzen lässt. Fest steht, dass dies jedenfalls nur dann möglich sein wird, wenn eine umfassende Prospektion und Planung auf mittlere Sicht die finanzielle Tragweite gegenwärtiger und zukünftiger Aufgaben mit einiger Verlässlichkeit abzuschätzen gestattet.« (3)

2. Schaffung bzw. Erhaltung einer ausgewogenen (dynamischen) Gesamtstruktur, d. h. Vergrößerung der Flexibilität, der Leistungs- und Innovationsfähigkeit des Systems

a) Dies bedingt die permanente Anpassung des *Fähigkeitspotentials*. M. a. W. neben den *Forschungsinvestitionen*, die darauf ausgerichtet sind, den Bestand an Erkenntnissen im Fähigkeitenkapital zu vergrössern, müssen auch *Ausbildungsinvestitionen* getätigt werden, die den Bestand an Erkenntnissen im Fähigkeitenkapital den Wirtschaftssubjekten zugänglich machen. (4) Konkret ist damit der Ausbau der Mittel- und Hochschulen anvisiert. Was den Ausbau der Hochschulen anbetrifft, so sind die Kantone ja finanziell schon längstens überfordert. Das Hochschulförderungsgesetz, das die Bundesleistungen an die kantonalen Universitäten regelt, sieht denn auch für die Jahre 1969/74 Beiträge im Ausmass von 500 Mio. Fr. an die Betriebsausgaben und von 600 Mio. Fr. für die Sachinvestitionen vor. Schon 1967 betrugen die Ausgaben der Kantone Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Neuenburg, Zürich und St. Gallen für ihre Hochschulen 339 Mio. Fr. (5) Davon waren nach Schätzungen des Nationalfonds 30% für die Forschung verwendet worden. Die ETH kostete den Bund im Jahr 1967 allein 108 Mio. Fr. usw.

b) Ca. 30% der Ausgaben von Bund und Kantonen für die Hochschulen werden also zu Forschungszwecken verwendet, und zwar handelt es sich meistens um *Grundlagenforschung*, die ja von der Privatwirtschaft nur in Ausnahmefällen betrieben wird. Die Einheit von Lehre und Forschung (sofern sie überhaupt noch besteht) ermöglicht eine direkte Vermittlung der neuesten Erkenntnisse an den Studierenden, den zukünftigen Praktikern; oder der Student nimmt nach einer Grundausbildung selbst an der Forschung aktiv teil, er lernt, indem er forscht.

Die direkten Ausgaben für die Hochschulen genügen jedoch nicht, um die Grundlagenforschung hinreichend zu finanzieren. Dieser zusätzlichen Finanzierung widmet sich in der Schweiz der 1951 gegründete *Nationalfonds*. Dieser Fonds hat den Rechtscharakter einer privatrechtlichen Stiftung, gebildet aus einem *Forschungsrat*, bestehend aus 29 Vertretern der Hochschulen (Dozenten) und 6 Vertretern des Bundes, einem *Stiftungsrat* und einer Anzahl von *Forschungskommissionen* (an jeder Universität).

Jeder Forscher oder jede Forschungsgruppe kann ein Gesuch um Unterstützung einreichen. Der Fonds wird vollumfänglich vom Bund finanziert. 1969 beliefen sich die Zuwendungen auf 60 Mio. Fr. Sie werden nun jährlich (bis 1974) um je 10 Mio. Fr. erhöht. In Zukunft sollen nun auch die Förderungsgelder des Nationalfonds im Rahmen einer konzentrierten Forschungsplanung gezielt eingesetzt

werden, wobei allerdings die Selektionskriterien nirgends expliziert werden.

»Der Forschungsrat unterscheidet zwischen »Institutionen von nationaler Bedeutung« und »Centres d'excellence«. Die »Institute von nationaler Bedeutung« besitzen entsprechend ihren besonderen Aufgaben auf gesamtschweizerischer Ebene einen dauerhaften Charakter; sie erfordern gewöhnlich einen besonders hohen Investitionsaufwand. Zu den »Centres d'excellence« gehören hervorragende Forschergruppen, die voll in einzelne Hochschulen oder andere wissenschaftliche Institutionen integriert sind. Wenn die Qualität der wissenschaftlichen Leistung sinkt, sollten im Falle der »Institute von nationaler Bedeutung« die Leiter der Forschung ausgewechselt werden (?), da die Anlagen nicht einfach aufgegeben werden können. Bei den »Centres d'excellence« wird hingegen in einem solchen Fall die finanzielle Hilfe eingestellt. ... Es sind die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit bei Projekten für neue Institute alle Instanzen, die in der schweizerischen Wissenschaftspolitik und für die Zusammenarbeit der Hochschulen Verantwortung tragen (?), bei den wesentlichen Entscheidungen mitwirken können. Im Fall der »Centres« steht die Qualität der Forschungsarbeit im Vordergrund.« (6)

Eine ähnliche Aufgabe – wenn sich die finanzielle Unterstützung hier auch auf den Bereich der angewandten Forschung erstreckt – kommt in der BRD der *Max-Planck-Gesellschaft* und der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* zu. (7) Es sei an dieser Stelle auf die äusserst interessante Analyse von Hirsch verwiesen.

Von 1952 bis 1969 hat der Nationalfonds ca. 400 Mio. Fr. (nominelle Zahlen) zur Förderung der Grundlagenforschung in Form von Forschungsbeiträgen (für max. 3 Jahre zugesprochen, können sie nach Entscheidung des Fortsetzungsgesuchs evtl. weitergeführt werden), Publikationsbeiträgen, Nachwuchsstipendien, persönlichen Beiträgen ausbezahlt (Tabelle 2 und 3).

Diese Art der Förderung der Grundlagenforschung mit Zentrum *Hochschule* ist natürlich nicht die einzige mögliche. Es ist durchaus denkbar, dass der Staat selbst Forschungsinstitutionen ins Leben ruft und unterhält. Dies geschieht in grossem Rahmen vor allem in den Staaten, die eine intensive militärtechnologische Forschung betreiben, vor allem in den USA (detaillierte Analyse siehe in Krauch »Forschungsplanung«). (8)

3. Festlegung spezieller Programme

»Sodann haben Forschung und Entwicklung zur Lösung der grossen geistigen, soziologischen, wirtschaftlichen und technischen Probleme beizutragen, die die Fortentwicklung der Zivilisation für das menschliche Zusammenleben in unserem Land wie in allen entwickel-

ten Industrienationen mit sich bringt.« (9)

Hier wird auf ein Strukturmerkmal unseres Wirtschaftssystems hingewiesen: auf die Unterversorgung mit Kollektivgütern. Kollektivgüter, Infrastrukturleistungen, wie die Reinhaltung der natürlichen Lebensumwelt (Forschungen auf dem Gebiete der Ökologie und des Umweltschutzes, z. B. auf dem Gebiet der Luft- und Gewässerverschmutzung), rationale Besiedlung des Wohn- und Arbeitsraums (Bauforschung, Planungs- und Systemforschung, Städtebau), Verbesserung des Bildungswesens (Bildungsforschung, Bildungsökonomie), Verbesserung der medizinischen Betreuung (sozial- und präventivmedizinische Forschung, angewandte medizinische Forschung) eignen sich nicht zur Erzielung von Profitten, es sei denn, der Staat habe diese oben erwähnten Aufgaben als ihm zukommende erkannt und sei für diejenigen Firmen, die diese »öffentliche« Nachfrage wirkungsvoll befriedigen können, ein zahlungskräftiger Kunde.

Es kann jedoch nicht so lange zugewartet werden, bis die Privatwirtschaft diese Marktlücke entdeckt hat. Der Staat – auch der schweizerische – muss unbedingt in grösserem Umfang gerade auf diesen Gebieten selbst mehr Forschung betreiben, sei es an den bestehenden Hochschulen oder in eigens zu schaffenden Institutionen. Die Finanzierung derartiger Projekte muss unbedingt in nächster Zeit abgeklärt werden. Es wäre z. B. zu prüfen, inwieweit und in welchem Umfang die Industrie, die von den staatlichen Investitionen in der »Grundlagenforschung« profitiert, zu gewissen Leistungen verpflichtet werden könnte.

Fortsetzung in der nächsten Nummer.

- (1) Joachim Hirsch, »Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System«, Frankfurt 1970; zu dieser Frage siehe auch Felix Streichenberg, »Forschung und volkswirtschaftliches Wachstum unter besonderer Berücksichtigung schweizerischer Verhältnisse«, Bern 1968, S. 36 ff
- (2) H. Krauch und andere, »Forschungsplanung, eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute«, München, 1966, darin Habermas, »Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft«, S. 137
- (3) »Wissenschaftspolitik«, Mitteilungsblatt des Schweizerischen Wissenschaftsrates Nr. 170, S. 19
- (4) Streichenberg, op. cit. S. 52 ff
- (5) Bundesblatt, 2. Bd. 1969, Eingabe des Nationalfonds, S. 524
- (6) Bundesblatt, 2. Bd. 1969, »Botschaft des Bundesrates... über die Neuordnung des jährlichen Beitrages an die Stiftung »Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung««, S. 499
- (7) J. Hirsch, op. cit. S. 150 ff
- (8) Krauch, »Forschungsplanung...«, S. 177 ff
- (9) »Wissenschaftspolitik«, 1/70, S. 13

Tabelle 1

Aufwendungen der schweizerischen Industrie für Forschung und Entwicklung im Jahr 1965

	(in Mio. Franken)
(1) Aufwand der Betriebe (Schweiz und Ausland zusammengerechnet) für laufende Forschung und Entwicklung (Personalausgaben, Sachausgaben, Amortisationen, jedoch exkl. Zins)	965
(2) Davon für Zwecke der Forschung und Entwicklung in der Schweiz direkt oder indirekt von der öffentlichen Hand (inkl. Regiebetriebe) zur Verfügung gestellt	10
(3) Allgemeine Zuwendungen und Vergaben an Hochschulen und Förderungsinstitutionen, Kliniken, Stipendienfonds, Stiftungen und dergleichen	14
(4) Andere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung ausserhalb der eigenen Betriebe, wie z. B. in Form von Forschungsaufträgen oder laufenden Beiträgen an die Ausgaben von Institutionen der Gemeinschaftsforschung (wie Laboratorien, Prüfungsanstalten, Kliniken)	41

Tabelle 2

Überblick über den Gesamtaufwand des Nationalfonds in den Jahren 1952 bis 1968

	Zahl	Betrag in 1000 Fr.	%
Forschungsbeiträge	5 015	309 596	88,6
Publikationsbeiträge	573	6 261	1,8
Nachwuchsstipendien	1 934	13 112	3,8
Persönliche Beiträge	46	9 771	2,8
Stipendien auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften sowie der Mathematik	31	2 427	0,7
Kosten für wissenschaftliche Begutachtung und Entscheide	2 535	0,7	
Verwaltungskosten der Geschäftsstelle inkl. Immobilienaufwand und Abschreibungen	5 694	1,6	
	349 396	100,0	

Tabelle 3

Verteilung der Forschungs- und Publikationsbeiträge auf die drei grossen Fachrichtungen¹⁾ in den ersten 17 Jahren (1952–1968)

	Zahl der Zusprachen	%	Beiträge in Fr.	%
Geisteswissenschaften	1 767	31,8	39 187	12,5
Exakte Naturwissenschaften	1 742	31,4	164 548	52,3
Biologie und Medizin	2 042	36,8	110 693	35,2
Total	5 551	100	314 228	100



Freihofer AG

Universitätsstrasse 11, 8006 Zürich

Telephon 47 08 33 / 32 24 07

Buchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare Buch
Grosse Auswahl an englischsprachigen Titeln



Ein Brief des Schulrates...

Artikel 12 der Uebergangsregelung und ETH-Reglement

Sehr geehrte Herren,
im Einvernehmen mit Herrn Rektor Marmier erlaube ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Der Schweizerische Schulrat besprach an seiner Sitzung vom 10. November 1970 die Lage, wie sie seit dem Inkrafttreten des Bundesbeschlusses vom 24. Juni 1970 über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Uebergangsregelung) hinsichtlich der Mitwirkung von Studenten und Assistenten auf Abteilungs- und Assistenz-Ebene besteht; er nahm auch Kenntnis von den Vorfällen an der Abteilung für Architektur, wo eine auf den 30. Oktober 1970 angesetzte Abteilungskonferenz nicht ordnungsgemäss hatte durchgeführt werden können, weil Studenten und Assistenten unter Berufung auf Art. 12 der Uebergangsregelung das Recht beanspruchten, der Abteilungskonferenz mit vollem Stimm- und Antragsrecht anzugehören.

Für den Schulrat präsentiert sich die Rechtslage wie folgt:

1. Art. 12 der Uebergangsregelung beinhaltet zunächst eine *formelle Vorschrift*: Der Schulrat darf Beschlüsse über Lehr- und Forschungsbereiche, Studienpläne, Prüfungsordnungen und Ausbildungsmethoden erst fassen, wenn er hiezu die Meinungsäusserung der interessierten Abteilungen und Institute eingeholt hat. Diese Einholung ist somit *Gültigkeitsvoraussetzung* für entsprechende Beschlüsse des Schulrates.

2. Art. 12 räumt insbesondere den Abteilungen aber zudem das Recht ein, gegenüber dem Schulrat die *Initiative* über Themen zu ergreifen, welche Lehrbereiche, Studienpläne, Prüfungsordnungen und Ausbildungsmethoden zum Gegenstand haben. Ueber solche Fragen können sie von sich aus jeder-

Auf dieser Seite erhält der Anfänger Einblick in ein Spiel, das sich an vielen Hochschulen höchster Popularität erfreut. Für den Universitätsangehörigen, der sich auch über die Entwicklung an der ETH ein Bild machen will, wird allerdings nichts wesentlich Neues geboten. Die Tendenz, juristische vor inhaltliche Fragen, das Gesetz vor den Menschen, der schaffen und verändern kann, zu stellen, scheint auch an der ETH nicht unbekannt zu sein. Dafür um so mehr jener näherliegende Weg, der mit der Diskussion relevanter Problemkreise beginnt und bei dem die Juristen erst dann auf den Plan treten, wenn es darum geht, die Resultate in politische Entscheidungsprozesse einzugliedern.

Die Redaktion

sein. Hierauf wird dem Bundesrat die entsprechende Reglementsänderung beantragt.

*

Nachdem sich innerhalb der ETH Zürich alle interessierten Gruppen zum Vorschlag der Gemischten Kommission positiv geäussert haben, erachtet es der Schulrat als zweckmässig, wenn die Abteilungen schon jetzt, also vor formeller Aenderung des ETH-Reglementes, sich mit der erforderlichen Anpassung ihrer Organisation befassen und, wenn darüber Verständigung erzielt ist, die Meinungsbildung nach den Vorschlägen der Gemischten Kommission vollziehen.

Ueber Gegenstände nach Art. 12 der Uebergangsregelung soll die Aeusserung namens der Abteilung durch den *Abteilungsrat* erfolgen, sobald dieser eingesetzt ist, wenn es um Meinungsäusserungen, Vorschläge oder Anträge an den Schulrat geht. Für alle übrigen Geschäfte gemäss den Artikeln 83 und 87 des ETH-Reglementes bleibt weiterhin ausschliesslich die Abteilungskonferenz (= Konferenz der Dozenten) zuständig. Das gilt insbesondere für die Wahl des Abteilungspräsidenten.

Ich überreiche Ihnen in der Beilage eine Ausfertigung des betreffenden Schulratsbeschlusses vom 10. November 1970 (siehe grosser Kasten, Red.).

Für die Besprechung von Fragen, die in diesem Zusammenhang auftauchen könnten, halte ich mich gerne zu Ihrer Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
ETH-Zürich – Der Präsident:
gez. Prof. H. H. Hauri

... und eine Stellungnahme des VSETH

Zur Situation an der ETH

Der Bundesbeschluss über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Uebergangsregelung) vom 24. Juni 1970 ist seit 1. Okt. 1970 in Kraft. Die dadurch bedingten Änderungen und Ergänzungen des ETH-Reglementes (die sich besonders durch den Art. 12 der Uebergangsregelung aufdrängen) wurden vom Schulrat noch nicht verabschiedet. Dieser Zustand ist allein auf die Haltung des Schulrates zurückzuführen.

Am 5. Mai 1970 wurde den Schulratsmitgliedern der erste Entwurf einer Reglementsänderung unterbreitet. Es ging dabei nur um eine provisorische Regelung bis zum Inkrafttreten der Uebergangsregelung. Der Schulrat sah aber selber ein, dass der Vorschlag unbrauchbar war, und verzichtete darauf (Protokoll der Schulratssitzung, Seite 376).

Erst in der Sitzung vom 6. Juni 1970 kam ein zweiter Vorschlag zur Sprache. Der Vorschlag wurde als vertraulich bezeichnet (eine Begründung liegt im Protokoll nicht vor), und es war beabsichtigt, «aus Zeitgründen» auf eine Vernehmlassung zu verzichten. Erst auf massiven Druck von Seite der Hochschulstände hin wurde auf dem Korrespondenzweg beschlossen, doch eine Vernehmlassung durchzuführen. Somit war endgültig die Gelegenheit verpasst worden, rechtzeitig das ETH-Reglement im Sinne der Uebergangsregelung abzuändern.

Eine juristische Ueberlegung

Die juristische Situation sieht nun folgendermassen aus:

Im ETH-Reglement vom 16. April 1924 heisst es: »Der Bundesrat, in Anwendung des Bundesgesetzes vom 7. Februar 1854... beschliesst...« (erster Abschnitt Seite 1)

Art. 17 der Uebergangsregelung, Absatz 1, bestimmt: »Soweit die vorstehenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 7. Februar 1854 betreffend die Einrichtung einer Eidgenössischen Politechnischen Schule nicht widersprechen, bleibt dieses weiterhin in Kraft.«

Anders ausgedrückt: Das Reglement der ETH ist so lange rechtsgültig, als es sich auf Paragraphen des ETH-Gesetzes von 1854 stützt, die nicht in Widerspruch mit der Uebergangsregelung stehen bzw. solange seine Bestimmungen

selbst der Uebergangsregelung nicht widersprechen.

Eine andere Interpretation, nämlich die, dass das ETH-Reglement in Kraft bleibe, solange es offiziell nicht abgeändert wird, führt zwangsläufig zu Widersprüchen, die die ETH in eine merkwürdige Situation verlegen. So existiert z. B. nach Reglement nur eine ETH, die Hochschule sollte vorläufig die EPFL ignorieren, es sollten weiterhin Preis-Aufgaben gestellt werden, obwohl die Uebergangsregelung die entsprechenden Bestimmungen des ETH-Gesetzes im Art. 17, Absatz 3, ausdrücklich aufhebt, usw.

Aenderung des ETH-Reglements (Auszug aus dem Protokoll des Schweiz. Schulrates)

Auf Antrag von Ständerat Dr. H. Hürlimann wird beschlossen:

- 1) Ein Antrag zur Aenderung des ETH-Reglements vom 16. April 1924, zur Anpassung an den Bundesbeschluss vom 24. Juni 1970 betreffend die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Uebergangsregelung), insbesondere betreffend die Errichtung von neuen Organen der Abteilungen und von einer Reformkommission, wird dem Schulrat an einer der nächsten Sitzungen zur Beschlussfassung zuhanden des Bundesrats unterbreitet.
- 2) Bis zum Inkrafttreten dieser Reglementsänderungen wird den Abteilungen der ETH-Zürich empfohlen, neue Organe im Sinne des Entwurfs der Gemischten Kommission vom

26. Oktober 1970 zur Meinungsbildung gemäss Art. 12 der Uebergangsregelung einzusetzen.

3) Die Gemischte Kommission wird gebeten, sich zur Frage zu äussern, ob die Angelegenheiten gemäss Art. 86 Absatz h und i sowie Art. 87 Absatz a und c des ETH-Reglementes 1924 weiterhin zu den Befugnissen der Abteilungskonferenzen gehören sollen.

4) Mitteilung an den Präsidenten der ETH (für sich und zuhanden des Rektors der ETHZ, des Präsidenten der Gemischten Kommission sowie der Assistentenvereinigung und des VSETH).

Für die Richtigkeit:

Der Sekretär des Schweiz. Schulrates

P. Schindler

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Uebergangsregelung in jenen Punkten *sinnsgemäss* anzuwenden, in welchen sie materiell dem alten ETH-Reglement widerspricht. Diese Auffassung entspricht der in der Botschaft zum Bundesbeschluss (vergl. Bundesblatt Nr. 1 vom 9. Jan. 1970) geäusserten Absicht, »die im Gange befindlichen Bestrebungen zu einer Hochschulreform zu erleichtern. Sie (die Uebergangsregelung, Red.) lässt ein weites Feld für Versuche offen, deren Ausgang dann für die Gestaltung eines neuen Bundesgesetzes über die Technischen Hochschulen wesentlich mitbestimmend sein wird.«

Die vom Schulrat gebilligten Aeusserungen des Schulratspräsidenten (vgl. ETH-Bulletin Nr. 12 vom Dezember 1969) gehen in dieselbe Richtung:

»Es ist wichtig, jetzt Gelegenheit zum Experimentieren zu geben. Eine einheitliche Regelung ist nicht nötig. Die Regelungen, die dem ETH-Reglement entgegenlaufen, sollen bis zu jenem Zeitpunkt (Inkrafttreten des neuen ETH-Gesetzes) nicht korrigiert werden.«

In dieser Uebergangsphase, wo Reglementsabänderungen oder Ergänzungen nicht vorliegen, müssen subsidiäre Entscheide innerhalb der Generalklausel des »Experimentierens« gefällt werden.

Durch den Art. 12, Absatz 1, der Uebergangsregelung ist der Schulrat verpflichtet, die Meinung der Abteilungen und Institute einzuholen in den Fragen der

- Lehr- und Forschungsbereiche
- Studienpläne
- Prüfungsordnungen
- Ausbildungsmethoden

Dieser Artikel wurde bewusst ins Gesetz aufgenommen, um die Stellungen der Abteilungen, ihre Autonomie und Verantwortung in diesen Fragen zu verstärken. Diesem Art. 12 entsprechen die bis anhin gültigen Artikel 48, 86 und 87 des ETH-Reglementes, die den

Zuständigkeitsbereich der Abteilungskonferenz festlegen.

Die Vernehmlassung, zu der der Schulrat jetzt auf gesetzlicher Ebene verpflichtet ist, entspricht einem Teil der bisherigen Rechte und Pflichten der Abteilungskonferenzen, Konferenzen der Dozenten also.

Die »Meinungsäusserung« der Abteilungen gegenüber dem Schulrat in den in Art. 85, 86 und 87 umschriebenen Fragen stellt die formale Umschreibung der faktischen Kompetenzen der Abteilung dar, dem Schulrat fällt somit in erster Linie der formale Entscheid zu (Ablehnung oder Annahme). Ständen bisher diese faktischen Rechte und Pflichten den Dozenten zu, so stellt Art. 12 der Uebergangsregelung diese Rechte von Gesetzes wegen in die Kompetenz der Abteilung als Ganzes.

Der zweite Absatz des Art. 12 stellt klar fest, dass die (formale) »Meinungsbildung« der Abteilung, die den faktischen Rechten entspricht, von allen Abteilungsangehörigen getragen werden muss, und anders ausgedrückt, dass die Dozenten, Assistenten und Studenten sich, in irgendeiner Form, eine gemeinsame Meinung zu bilden haben.

Konsequenzen

• In all jenen Fragen, in denen die Abteilung nach Art. 12 faktisch zuständig ist, ist es seit 1. Okt. 1970 nicht mehr die Abteilungskonferenz, die sich für die Abteilung gültig äussert, sondern es muss ein neues Organ, der »Abteilungsrat«, sein, das die Meinungsbildung der 3 Stände ermöglicht.

• Die bisherigen Strukturen der Abteilung lassen eine gemeinsame Meinungsbildung der 3 Stände nicht zu.

• Die Abteilungskonferenz (Dozenten) hat seit 1. Okt. 1970 die Kompetenz, über die Ergebnisse von Diplom- und Doktorprüfungen zu entscheiden und dem Schulrat die Erteilung von Diplomen und Preisen, der Vorstandskonferenz Promotionen zu beantragen.

• Alle anderen Kompetenzen, die die Art. 85-87 des ETH-Reglementes bisher den Dozenten zugestanden hatten, fallen heute in den Kompetenzbereich des Abteilungsrates.

• Die Abteilungskonferenz hat aus diesen Gründen heute die Funktion der Versammlung der Dozenten, der gewisse Kompetenzen (Prüfungen und Promotionen) zustehen. Im weiteren repräsentiert sie aber keineswegs die Abteilung. Um die Entscheide, die für den ordnungsgemässen Ablauf des Unterrichtes unerlässlich sind, im gesetzlich festgelegten Rahmen fällen zu können, muss die Schaffung neuer Entscheidungsorgane (»Meinungsbildungsorgane«) unverzüglich an die Hand genommen werden.

SAB-Generalversammlung

Freitag, den 11. Dezember 1970, 20.15 Uhr, im Rest. Sunnehus, Sonneggstrasse 17

Traktanden:

1. Wahl der Stimmzähler, des Tagespräsidenten und der Protokollführer.
 2. Protokoll der 11. ordentlichen Generalversammlung.
 3. Jahresbericht des Obmanns.
 4. Abnahme der Jahresrechnung und der Bilanz. Bericht der Kontrollstelle, Entlastung der Verwaltung.
 5. Verwendung des Reingewinns.
 6. Wahl der Verwaltung.
 7. Wahl der Kontrollstelle.
 8. Varia.
- Alle Genossenschafter sind herzlich eingeladen. Als Ausweis ist der Anteilchein mitzubringen.

Für die Verwaltung:
G. Loewensberg



zeit entsprechende Vorschläge oder Anträge unterbreiten.

3. Nur insofern, als eine Abteilung als Einheit um ihre Meinung angefragt werden muss oder die Initiative ergreifen will, soll die *Meinungsbildung* im Zusammenwirken von Dozenten, Assistenten, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden zustande kommen. Aus Absatz 2 von Artikel 12 der Uebergangsregelung folgt, dass die bisherige Abteilungsorganisation durch eine neue ergänzt werden muss, soweit die Abteilungen über Lehrbereiche, Studienpläne, Prüfungsordnungen und Ausbildungsmethoden vom Schulrat konsultiert werden müssen oder ihm Vorschläge und Anträge unterbreiten wollen. Zu diesen Themen hat sich die einzelne Abteilung seit dem 1. Oktober 1970 nicht mehr durch das Kollegium der Dozenten, sondern durch alle drei Gruppen zu äussern.

4. Art. 12 der Uebergangsregelung ist für uns *unmittelbar anwendbar*; es bedarf an sich keiner weiteren Ausführungsbestimmungen auf der Stufe des ETH-Reglementes. Durch diesen Artikel werden die Bestimmungen der Art. 83 bis 87 des ETH-Reglementes insoweit berührt, als die vorstehend umschriebene Konsultationspflicht bzw. Initiative im Verhältnis zum Schulrat zur Frage steht.

5. Das ETH-Reglement hat im übrigen weiterhin Gültigkeit, soweit es nicht durch Bestimmungen der Uebergangsregelung materiell ausser Kraft gesetzt wurde; es bildet nach wie vor

Machtfragen und mächtige Antworten

Aus der Stilblütensammlung des VSS

Wer sich – wie wir – die Freiheit herausnimmt, die Situation der eidgenössischen Wissenschaftspolitik mit der des Auslandes zu vergleichen, auf neue Universitätsgesetze, auf ausländische Struktur- und Ausbaupläne zu verweisen, wird von Professoren hierzulande umgehend eines Besseren belehrt: Die Hochschulen im Ausland seien »kaputt«, wird pauschal beschieden. Einfach kaputt. Nichts weiter. Eine klare, konkrete und kompetente Antwort, um beim Werbeslogan einer führenden Tageszeitung zu bleiben. Mehr zu sagen, wäre offenbar weniger...

Wer sich mit dieser Antwort nicht begnügt und nach einer Begründung fragt, muss sehen, dass der vielgepriesene Dialog tatsächlich klappt: Die Universitäten seien kaputt, heisst es dann, weil es den Professoren nicht mehr behage, weil sie deshalb Auswanderungspläne schmiedeten, weil ihre Freiheit empfindlich beschnitten worden sei. Aus dieser überzeugenden Antwort kann folgendes geschlossen werden: Wenn sich Studenten unbehaglich oder gar unzufrieden fühlen, da zuwenig Raum und zuwenig Dozenten vorhanden sind, da sie den Sinn der überkommenen Lehrgänge anzweifeln, da sie von Grundsatzentscheidungen ausgeschlossen sind und sich also wie unmündige Kinder vorkommen müssen, da sie anstatt Faktenwissen lieber Denk- und Lernmethoden lernen möchten, dann sind unsere Universitäten so richtig ganz. Man merkt also: Wenn ein Professor, der über seinen Privilegien bald senil geworden wäre, sich demokratisch bescheiden sollte, fühlt er sich mehr als unbehaglich und dem Untergang der Alma mater nahe.

Geistige Immigration

Schweizer Wissenschaftspolitiker – man verzeihe die verquerte Anwendung sowohl von Wissenschaft als auch von Politik – stellen mit Genugtuung fest, dass nach Amerika ausgewanderte Schweizer Wissenschaftler wieder in die Heimat zurückfinden. Die Unruhe und Unrast der amerikanischen Studenten treibe sie in den Schoß der Mutter Helvetia zurück, wird warnfingend als Erklärung herbeigeholt. (Professor

Richard Kimble – auf der Flucht – vor den Studenten.) Deutsche Wissenschaftspolitiker, die den rückläufigen »brain drain« auch mit Zufriedenheit feststellen, sehen, wie man hört, die Beweggründe allerdings etwas anders. Reformen hätten die Forschersituation an deutschen Hochschulen entschieden verbessert, neue Forschungskonzeptionen erwiesen sich als zukunftsfruchtiger, der (deutschen) Wissenschaft sei wieder jener politische Stellenwert zugeordnet worden, der ihr schon längst gebühre. Deshalb fänden die durch den damaligen »Muff« Vertriebenen wieder in vaterländische Gefilde zurück.

Am Rhein trennen sich offenbar Welten...

Student Power

Studentenfunktionäre – entweder sind sie Studenten oder Funktionäre – machen sich allenthalben unbeliebt. Dass sie nicht repräsentativ sind, müsste ein Liberaler eigentlich verstehen, zusätzlich missfällt vor allem höhererorts, nämlich dort wo bildungs- und forschungspolitische Entscheide gefällt werden, ihre Arbeitsweise und Aktivität. Als sich ein Professor unlängst erlaubte, sich mit einer studentischen Aktion zu solidarisieren, wurde er obrigkeitlich gerüffelt: Man erwarte Solidarität mit seinesgleichen, hiess es, und ob er denn total verkenne, wie gefährlich es sei, sich den studentischen Argumentationen anzuschliessen.

Man lernt also: Studenten, die nicht fleissig studieren, sondern sich um die Zukunft unserer Bildungseinrichtungen kümmern, sind gefährlich. Oder spitzer ausgedrückt: Wer politisch in einer Weise aktiv ist, die sich nicht in allen Belangen mit den herrschenden Vorstellungen deckt, ist ein Staatsfeind. Als es kürzlich um die Frage der Zusammenarbeit mit einer wissenschaftspolitischen Institution ging, wurde die Alternative gestellt: Entweder man akzeptiere die erlassenen Empfehlungen und Arbeiten, oder es gebe keine Zusammenarbeit. Kritik und Widerspruch, das hiess schon den »Krieg« wolle.

Ein Jammer, dass man nicht deutlich werden darf...

Ho Ho Hochschulförderung: Warten auf Bildungspolitik

Das Bundesgesetz über die Hochschulförderung, noch keine zwei Jahre alt, erwies sich bald als wenig tauglich. Mit Subventionen allein lässt sich eine nationale Koordination, eine nationale Bildungspolitik noch nicht bewerkstelligen. Kritik, die gar in offiziellen Gremien laut wurde, verstummte schnell. Es käme einer Entwürdigung des Parlamentes gleich, ein vor knapp zwei Jahren erlassenes Gesetz schon revidieren zu wollen.

Nach dem nämlichen Hochschulförderungsgesetz haben die Kantone jährlich über ihre Entwicklungs- und Ausbaupläne zu berichten. Die Berichte fielen – mit zwei Ausnahmen – derart mager aus, dass beschlossen werden musste, sie nicht zu veröffentlichen, um die Erziehungsdirektoren der betreffenden Kantone nicht zu diskriminieren. Die Publikation der zwei genügenden Berichte als Pilotstudien wurde mit dem Hinweis verhindert, dann würde gefragt, warum ausgerechnet diese beiden und nicht andere, und dann käme die Sache ja doch an den Tag.

In »Schmutzgefühlen wühlen«

Die schweizerische Eigenart erlaubt es nicht, weitere schmutzige Wäsche zu waschen. Tatsachen dürfen nicht konstatiert werden, bevor eine aufbauende Alternative gefunden ist. Nur: die schmutzige Wäsche (die unbedarften Entgegnungen auf studentische Vorstösse) ist recht eigentlich nur scheinbar schmutzig. »So wird in der Schweiz heute in einem der wichtigsten und zukunftsentscheidenden Gebiete der Politik, in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik, gemuschelt, verdunkelt, geheimgehalten und ohne politische Konzeption gearbeitet. Ein Gremium versucht, das andere vor Kontrolle und Kritik zu schützen und die Öffentlichkeit, damit an der Nase herumzuführen. Solch eine Politik ist unverantwortlich und wird sich, wenn keine entscheidenden Änderungen eintreten, in wenigen Jahren bitter auszahlen und die Schweiz dann zur bildungsmissigen und wissenschaftlichen Provinz absinken lassen«, schreibt K. Jochims in der Basler National-Zeitung.

Es kann also durchaus Aufgabe der Studenten sein, eine unverantwortliche Politik schonungslos aufzuzeigen und blosszustellen. Auch mit gutem Willen

ganisationsfragen macht es notwendig, die Argumente vollständig verbal zu übermitteln. Aus diesem Grunde wehren sich viele der älteren und ranghöheren Wissenschaftler – häufig unter Berufung auf Intuition und Erfahrung –, den Entscheidungsprozess vollständig zu rationalisieren und zu verbalisieren und jüngere Mitarbeiter und Studenten an der Problemdefinition partizipieren zu lassen.« Von einem Professor den Professoren ins Album.

Eine Planungskonzeption verlangt vorgängig nach einer politischen Entscheidung. Und da geraten die Professoren vollends ins Dilemma. Sie müssten ihre wahren Interessen – Wahrung ihrer Privilegien – preisgeben. Studentenfunktionäre, die sich in die Problematik einlesen und einarbeiten und dergestalt professorale Ideologien bald einmal zu durchschauen imstande sind, müssen dann als inkompetente – »machen Sie zuerst einmal ihre Prüfung« – Schwätzer qualifiziert werden. »Wenn Sie einmal so alt sind wie ich, dann reden Sie auch nicht mehr von Planung...«

Kürzlich, am Radio, wurden studentischerseits Fragen zum Aerztebedarf und zur fehlenden Öffentlichkeit bei

bildungspolitischen Entscheiden aufgeworfen. Die Sendung platzte. Die »Autorität« verweigerte die Antworten, weil sie »in der Luft gehangen« wäre.

Die Suche nach Verbündeten

Frischfröhlich, da Studenten ohnehin zu nichts taugen, wird nach Verbündeten Ausschau gehalten. Einer findet sich ohne langes Suchen, weil er gleichsam schon gewartet hat. Hand in Hand mit der Privatwirtschaft suchen Professoren alsbald nach Lösungen für ihre verzwickte Situation. Wirtschaft, »efficiency« gewohnt, gibt gute Ratschläge: Das Studium daure zu lange und sei deshalb unökonomisch, allzu viele Nieten würden hochgepöppelt, das Studienangebot sei zu reichhaltig und der Betrieb folglich viel zu teuer. Die Konsequenzen dieser Zweckehe zwischen Industrie und Hochschule schlagen sich in folgenden Richtlinien nieder: Das Studium muss gerafft werden (bedeutet Zwangsexmatrikulation), Zulassungsdifferenzierungen (übersetzt: Numerus clausus) werden verlangt, Semesterprüfungen für die quantitative Selektion eingesetzt, die Spezialisierung wird vorangetrieben, um für die Industrie einseitige und willige Facharbeiter heranzuziehen. Das Ganze nennt sich technokratische Hochschulreform. Studenten sind Unkenruffer in der Wüste, wenn sie fordern, die Wirtschaft müsse in den Dienst des Menschen und nicht der Mensch in den Dienst der Wirtschaft gestellt werden. Sie fordern weiter,



dass über die Zusammenhänge von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft vorerst einmal kritisch räsoniert wird, bevor man darauflos wurstelt, und dass diese Zusammenhänge analysiert und publiziert werden müssen, da sie Bestandteile eines langfristigen wissenschaftspolitischen Konzepts bilden. Ein Wissenschaftspolitiker, daraufhin angesprochen: »Das haben wir längst gemacht, die Sache hin und her überlegt, nur – Sie haben ja keine Ahnung, wie brisant dieses Thema ist.« Wir haben.

Der Vorstand des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften kann nichts dafür: Wo immer er hingreift, die Eisen sind verteuft heiss. Und da er – mangels Informationen durch die Bildungsinstitutionen – sich blindlings vortasten muss, verbrennt er sich oft die Finger...

»Wird der Leser lachen, wenn er liest, dass diese Leute das im Auftrag der Vernunft tun, für die Sache der ganzen Menschheit?« (Brecht)

Peter Wettler
(Vorstandsmitglied VSS)

Der Austritt Freiburgs aus dem VSS

Die Begründung...

Unsere Absicht, aus dem Verband auszutreten, und der Austrittsbeschluss selber gehen auf gewisse Erfahrungen zurück, die wir, während der letzten zwölf Monate hauptsächlich im Verband gemacht haben. Etwas pauschal ausgedrückt: Wir haben die Erfahrung einer Arbeitsunfähigkeit im Delegiertenrat und in der Verbandstätigkeit allgemein gemacht, einer Arbeitsunfähigkeit, die die weitgehende Unwirksamkeit vieler Aktionen des Verbandes erklärt. Die Feststellung dieser Arbeitsunfähigkeit ist unsere Interpretation der genannten Erfahrungen (so z.B. der Strukturkommission, die für uns nach wie vor gescheitert ist). Es ist durchaus möglich, wenn auch erstaunlich, dass dieselben Phänomene andersorts anders, positiver interpretiert werden. Es ist dann auch weiter nicht verwunderlich, wenn unser Austritt dort lediglich Kopfschütteln hervorruft.

Man mag sich fürs erste mit dem Ausdruck »Arbeitsunfähigkeit« begnügen. Ihn begründen oder herleiten hiess die Studententpolitik als Ganzes und in ihrer heutigen Form erklären: Die Kausalzusammenhänge, die zum Phänomen führen, das wir Arbeitsunfähigkeit nennen, sind äusserst kompliziert, und wer an einem kleinen Ende zieht, läuft Gefahr, den Ratten-schwanz sämtlicher studentischer Malaiseerscheinungen der Gegenwart hervorzu ziehen.

Verwissenschaftlichung

Ein zweites prominentes und allseits anerkanntes Phänomen im VSS besteht in der Verwissenschaftlichung seiner Themen, namentlich der Bildungspolitik. Gegen die Tatsache der Verwissenschaftlichung an sich kann nichts gesagt werden. Wer eine wirksame Bildungspolitik anregen und treiben will, wird dies nur gestützt auf wissenschaftlich fundierte Kenntnisse tun können.

Diese Themen, mit denen sich der Verband, in der Bildungspolitik beispielsweise, auseinandersetzen hat, liegen zum jetzigen Zeitpunkt erwiesenermassen nicht im Interessenbereich des Durchschnittsstudenten: Er hat es also nicht nur mit Themen zu tun, die grosse Kenntnisse voraussetzen, sondern es handelt sich zudem um Probleme, deren Dringlichkeit beispielsweise erst aufgrund einiger gedanklicher Arbeit erkannt werden kann. Dass nun der Funktionär oder Manager einer Studentenschaft, der gleichzeitig verwissenschaftlichte verbandspolitische Themen und Basis-studentenprobleme zu bewältigen hat, weder der einen noch der andern Aufgabe voll gerecht werden kann, ist naheliegend. Dass er deswegen nicht wirksam informieren kann, ist auch erklärlich. Er wird dabei, weil er auch zu wenig Zeit hat, den Basisstudentenproblemen den Vorrang geben, denn erstens bekommt er darauf ein Echo, und zweitens kann er da direkt noch etwas

erreichen. Dass der Student an der Basis dabei, über das Geschehen im Dachverband schlecht informiert und den Problemen selber fern, in bezug auf den Dachverband desinteressiert wird, ist nicht erstaunlich. Auf die Dauer muss all das, wie man gesehen hat, zu einer »Verfremdung« zwischen Basis und Verbandsspitze führen, einer Verfremdung, welche heute eine Tatsache ist und die, solange man in der alten Struktur des koordinativ tätigen Verbandes weiterarbeitet, eher noch zunimmt. Diese Verfremdung verhindert in zunehmendem Masse, dass die Tätigkeit und auch die Beschlüsse, die zu dieser Tätigkeit führen, einigermaßen demokratisch festgelegt werden können.

Man ist also gezwungen, neue Strukturen zu schaffen. Dass dieser Vorgang weder darin besteht, aus dem Steigfeld zu sprengen oder anzukleben, noch darin, unmittelbar von einem neugebastelten Zweckartikel ausgehend wieder eine

Der Beschluss Freiburgs, aus dem VSS auszutreten, geht bereits auf den 22. April zurück. Da eine finanzielle Entlastung aber erst auf Ende Mai 1971 möglich ist, wurde der ganze Komplex nochmals überdacht, auch im Hinblick auf eine sorgfältig und überzeugend abgefasste Redaktion der Austrittsbegründung. An der Sitzung vom 10. November 1970 lehnte der Studentenrat Freiburg bei 10 Stimmen (erforderliches Zweidrittelmehr: 11 2/3 Stimmen) einen Rückkommensantrag auf Aufhebung des Entscheids vom 22. April ab. Die Studentenschaft der Uni Freiburg tritt damit auf Ende Mai 1971 aus dem VSS aus.

Struktur hinzustellen, dürfte klar sein. Der Schaffung neuer Strukturen muss eine vermutlich lange, fundierte analytische Arbeit vorausgehen, analytisch, indem von vielen Tatsachen und Gegebenheiten, die zum Teil in sich noch unklar sind, ausgegangen werden muss.

Diese Tätigkeit der Restrukturierung ist heute, wir stützen uns in dieser Aussage nun auf die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit, innerhalb des Verbandes nicht mehr möglich. Diese Erkenntnis hat letztlich zum Aussprechen unserer Kündigung geführt.

Dachverband und Bildungspolitik

Ich wiederhole mich: Die Tatsache, dass der VSS sich in einer Krise befindet, einerseits, die Erkenntnis, dass diese Krise vom Verband nicht gelöst werden kann, andererseits haben uns zur Kündigung veranlasst.

Dadurch wird aber unser grundsätzliches Interesse an der Lösung der Krise keineswegs beeinträchtigt. Es muss in diesem Zusammenhang nochmals hervorgehoben werden, dass wir nicht gegen einen Dachverband an sich sind, sondern gegen den Dachverband VSS, wie er sich heute zeigt. Es ist möglich, für eine bestimmte Idee grundsätzlich einzutreten, gleichzeitig aber eine bestimmte Konkretisierung dieser Idee zu verneinen. Die Bildungspolitik, die aus unserer Sicht verbindlichste Umschreibung der Aufgabe einer gegenwärtigen und künftigen Studententpolitik, bleibt nach wie vor der Mittelpunkt unserer Bemühungen. Unnötig zu sagen, dass der Austrittsbeschluss dieser Tatsache Rechnung trägt. Wir kennen die heutige Bedeutung des VSS im bildungspolitischen Sektor ungefähr. Wenn wir uns trotzdem gegen den VSS ausgesprochen haben, geschah das, weil wir der Meinung sind, dass der heutige Verband mit seiner Struktur dieser Aufgabe nicht gerecht werden kann.

Benno Glauser, Delegierter VSS

... und die Stellungnahme des VSS

Die Gründe, die die Studentenschaft Freiburg zum Austritt aus dem VSS bewegen haben, sind nicht leichtfertig mit ähnlichen Erscheinungsbildern in unserem Staat gleichzusetzen. Nicht Trägheit, nicht Desinteresse, wie dies etwa festzustellen ist gegenüber Kirche, politischen Parteien, Vereinen und bei der mangelnden Stimmbeteiligung bei Abstimmungen, haben zur Fri-bourger Kündigung geführt. Der Studentenrat Freiburg handelte konsequent und in echter Sorge um die Zukunft der Demokratie. Die liberaleren und hierarchischen Entscheidungsstrukturen des Verbandes liessen bei zunehmender Verwissenschaftlichung der studentischen Bildungs- und Forschungspolitik einen Meinungs- und Willensbildungsprozess zusehends weniger zu und erschwerten damit gesicherte demokratische Entscheide der Mitglieder. Die Alternative zwischen

dem »Ja« und dem »Nein« genügt nicht mehr; wer verantwortlich handeln will, muss die Entstehung einer Entscheidung mit- und nachvollziehen können. Mitbestimmung und Demokratisierung sind nicht leere Schlagworte. In anerkennenswerter Weise hat der Studentenrat Freiburg diese Forderung an sich selber und an alle Studenten gestellt. Der Vorstand des VSS nimmt den Beschluss Freiburgs ernst und wird alles unternehmen, aus der formalen Verbandsdemokratie zu einer Verbandsstruktur zu finden, die den Namen Demokratie wirklich verdient.

Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn alle Studentenschaften den Vorstand bei seinen Bemühungen tatkräftig unterstützen und nicht einfach den Austritt beschliessen.

Vorstand des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften

Wer sind die Lonzer?

Menschen, die mehr für Sie tun, als Sie ahnen.
Pioniere, die an die Zukunft denken. Partner.

Mit dem, was die Lonzer tun, haben auch Sie zu tun. Wenn Sie über einen modernen Bodenbelag gehen. Wenn Ihnen ein Medikament die Erkältung stoppt. Wenn Sie aus schlechter Erde eine gute Ernte herausholen. Wenn Sie im WK mit dem Sturmgewehr feuern. Oder wenn Sie Ihren Wagen sicher über den griffigen Hartbelag steuern. An solchen und an tausend anderen Dingen des täglichen Lebens sind die Lonzer beteiligt.

Weil sie spezielle Produkte schaffen. Weil sie nach Grundlagen forschen. Nach neuen Methoden, neuen Stoffen – Stichwort Dynamik.

Dynamisch ist auch das Fabrikationsprogramm.

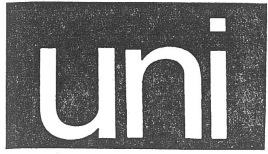
Die Lonzer produzieren, was aufgeschlossene Partner benötigen. Chemikalien, Kunststoffe, Lösungsmittel. Sie liefern Ausgangsstoffe, Zwischenprodukte, Endprodukte. In zahllosen Varianten. Einfache, verfeinerte oder extrem hochwertige Spezialstoffe. Tonnenweise oder in kleinen Mengen. Produkte, die es in sich haben.

Damit die Industrie produzieren kann, was zum modernen Leben gehört. Wer also sind die Lonzer? Planer, Forscher, Chemiker, Ingenieure, Laboranten, Facharbeiter – Menschen wie Sie. Das einzige, was sie anders macht: Sie arbeiten in der Lonza.

Damit die Sachen, die Sie brauchen, besser werden.

LONZA Pioniere und Partner.

LONZA AG, 4002 Basel. Werke in Visp, Lalden, Gampel, Sins, Schweizerhalle. Forschungslaboratorien in Fribourg, Visp, Basel, Sins. Tochtergesellschaften in Sins, Bodio, Weil/Waldshut (BRD), Säckingen (BRD), Fair Lawn, N.J. (USA)



Hochschulreformkommission

Man erinnert sich an den »Aufakt« zu den Auseinandersetzungen um die von der Schweizerischen Hochschulkonferenz empfohlene Experimentierphase: Am 9. Juli wurde die Aula der Uni Zürich vorübergehend besetzt. Hier eine kurze Rekonstruktion der Ereignisse, die zu dieser Aktion geführt hatten:

Am vorhergehenden Abend beriet der Senatsausschuss über die Anträge betreffend Experimentierphase, im speziellen über die Einsetzung einer Experimentierkommission. Die inhaltlichen Probleme wurden damals – einmal mehr – vor sich hergeschoben, wurde doch lediglich über die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die eine weitere Kommission vorbereiten sollte. Den Studenten schienen bestimmte Probleme, wie Bildungs- und Berufsplanung (unter anderem im Hinblick auf die Uni-Erweiterung), wie Studien- und Strukturreform, wie Uni-leitung und Mitbestimmung, nicht mehr länger aufschiebbar. Nach unendlich langem Hinauszögern schien der Zeitpunkt der materiellen Behandlung überfällig. Deshalb platze nach dieser Senatsausschussitzung einigen Studentenvertretern der Kragen, und nach der Information einer breiten studentischen Öffentlichkeit wurde eine Aulabesetzung beschlossen, um den gestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Was niemand für möglich gehalten hatte, geschah: Am gleichen Tag trat das Büro des Senatsausschusses zusammen und wies die Beschlüsse des Senatsausschusses. Einer GSIR-Abordnung wurde die Zusage gegeben, eine Experimentierkommission, deren Aufgabenkatalog durch den am 23. Juni erneut zusammengetretenen Senatsausschuss beschlossen werde, könne sofort eingesetzt werden. Dieser Aufgabenkatalog (Wortlaut siehe Kasten) war ziemlich umfassend, und die Studenten willigten in den Kompromissvorschlag ein. Zumal noch die Zusage gegeben wurde, die Kommission könne nach Bedarf beliebig erweitert werden.

Zu diesem Zeitpunkt schien also die Aulaaktion durchaus einem Erfolg gleichzukommen. Führe sie doch zur (für gewisse Leute etwas bitteren) Erkenntnis, dass offenbar auch an unserer Uni durch Druck mehr zu erreichen ist als durch Argumente. Betrachtet man allerdings die ganze Angelegenheit im Rückblick, kommt man zu der Feststellung, dass wir uns im Laufe der Kommissionsarbeit übers Ohr hauen liessen, nicht herum. Der Rektor kann heute behaupten, die Kommission habe die einzige Aufgabe gehabt, eine neue Kommission vorzubereiten. Die Aussage wird allerdings widerlegt durch eine protokollierte Äusserung desselben Rektors: Mit dieser Kommission seien zunächst einmal die dringlichsten Aufgaben in Angriff zu nehmen (Protokoll der Sitzung vom 9. Juli). Weiter steht sie im Widerspruch zur Tatsache, dass in dieser Hochschulreformkommission anfänglich durchaus materielle Probleme diskutiert wurden. Der erste (und leider auch einzige) Problemkomplex der angegangen wurde, war die Frage der Uni-leitung. Diese Diskussion endete allerdings sehr rasch in einer allseitigen Ratlosigkeit, kam man doch nirgends zu einem Ergebnis. Erst nach diesem anfänglichen Misserfolg verlegte man sich, anstatt

nach Wegen aus dieser Sackgasse zu suchen, ausschliesslich auf formale Fragen. Z. B. auf das Ausarbeiten einer Rahmenordnung für eine neue, vom Senat am 4. Dezember einzusetzende Kommission. Diese Rahmenordnung stellt heute das einzige Ergebnis der Kommissionsarbeit dar.

Arbeit der Kommission

Im folgenden bleibt noch auszuführen, wieso die Kommission ihre Aufgabe keineswegs erfüllt hat. Dazu eine fragmentarische Gegenüberstellung der vom Senatsausschuss beschlossenen Aufgabenstellung mit den Arbeitsergebnissen:

Rechtliche Lage

Der Rektor berichtete in einer Sitzung über die Auffassung des Erziehungsssekretärs, wonach Mitbestimmung der Studenten nach dem geltenden Unterrichtsgesetz nicht möglich sei. Abgesehen davon, dass diese »Auffassung« nicht über jeden Zweifel erhaben ist, fanden keine weiteren Abklärungen im Hinblick auf weitere Experimente, z. B. auf solche didaktischer Natur, statt.

Uniplanung

Die Probleme der Uniplanung, der Formulierung der Bedürfnisse der Uni, der Anforderungen der Uni an Erweiterungsbauten und dergleichen mehr, sollen weiteren Universitätssekretären, also der Verwaltung, zugeschoben werden. Dieser Trend zu einer isolierten und unkontrollierbaren Verstärkung der Verwaltung schien den Studentenvertretern von allem Anfang an als sehr gefährlicher und äusserst fragwürdiger Weg zur Universitätsreform. Wie bereits erwähnt, blieb dieser Problemkomplex der einzige materiell diskutierte. Allerdings gelangte man weder bei den Fragen eines Dauerrektors, eines Universitätspräsidenten und eines Universitätsrates noch bei denjenigen der parlamentarischen Kontrolle und der Mitbestimmung zu einem Ergebnis.

Beratung der Fakultätskommissionen

Eine sinnvolle Beratung der Fakultätskommissionen erfordert die Kenntnis des Status quo sowie der beabsichtigten Änderungen. Zu diesem Zweck stellten die Studentenvertreter einen Brief an die Fakultäten und einen Fragenkatalog zusammen. Dummerweise konnte man sich in der Kommission nicht abschliessend auf den Fragebogen einigen, und der Rektor erklärte sich in der Folge bereit, »die Dekane mündlich zu befragen, ob die Fakultäten entsprechende Experimentierkommissionen haben und welches deren Aufgabenkreis sei« (Protokoll vom 16. November). Diese Bereitschaft war sehr anerkanntswert, doch schiesst sie weit am Ziel, einer ersten Aufnahme des Status quo in die Fakultäten, vorbei.

Einführungserlass zum Hochschulförderungsgesetz

Die Hochschulkantone haben bis zum 1. Januar 1971 einen Einführungserlass zum HFG auszuarbeiten. Zu diesem Punkt wies der Rektor in der Sitzung vom 9. Juli darauf hin, dass der Erzie-

hungsssekretär »bereit sei, nach Rücksprache mit ihm auf Wunsch einen ersten Vorentwurf zu erstellen. Betrachtet man die Aufgabenstellung des Einführungserlasses, die unter anderem vorschreibt:

»Planung und Vorbereitung des weiteren Ausbaus der Hochschule, auch mit Bezug auf Struktur- und Studienreform...«, mutet der Glaube, dass diese Aufgabe von einem einzelnen Mann gelöst werden könne, wie ein schlechter Witz an. Zudem müssen hier Fragen behandelt werden, die nur von der Uni selbst gelöst werden können. Ergebnis auch in diesem Punkt: null.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass diese Kommission ihren Auftrag in keiner Weise erfüllt hat. Aufgrund dieser Tatsache und aus der Erkenntnis heraus, dass die Hochschulreformkommission in der jetzigen Zusammensetzung und in der jetzigen Arbeitsweise nicht mehr arbeitsfähig sein kann, brachte der GSIR im Senat vom 4. Dezember zwei Anträge ein, die er als »conditio sine qua non« betrachtete, damit eine weitere Mitarbeit in der Hochschulreformkommission einen Sinn haben kann.

Die beiden Anträge:

1. Einsetzen von mindestens zwei wissenschaftlichen Arbeitsgruppen, die die Probleme der Hochschulreform grundsätzlich angehen sollen.

2. Ein Ausbau und eine Verstärkung der Univerwaltung kommt nur unter gleichzeitiger Einführung der Mitbestimmung in Frage.

Senat vom 4. Dezember

Der Senat trat am 4. Dezember zusammen, um über die Experimentierphase zu beraten. Dabei wurden folgende Beschlüsse gefasst:

– Die Berichte der Subkommissionen der Hochschulreformkommission wurden in positivem Sinn zur Kenntnis genommen (Der GSIR hatte sie in negativem Sinn zur Kenntnis genommen).

Kritische Gedanken zur Experimentierphase

Experimentierphase – den Studenten Hoffnung, den Professoren ein Greuel. Warum wohl?

● **Ausgangspunkt der ersten** ist die am eigenen Leib täglich zu erfahrende Studiensituation, die für Erwachsene unannehmbar erscheint: von den überfüllten Hörsälen bis hin zu den kleinteilig vorgeschriebenen Anforderungen, die in keinem Verhältnis zu den individuellen Bedürfnissen stehen und an aktuellen Aufgaben konsequent vorbeischieben.

● **Ansatzpunkt der letzteren** sind der Status quo und die damit verbundenen Annehmlichkeiten des »Arrivierseins«. Wer wollte gern etwas von seiner Machtvolle abgeben, auf der sich so herrlich ausruhen lässt. Dass man dabei wichtige Entscheidungen verschläft – wie etwa die Ausarbeitung eines Einführungserlasses zum Hochschulförderungsgesetz –, was tut's! Es gibt ja Gott sei Dank immer noch organisatorische und juristische Mittel (Numerus clausus und Disziplinarrecht), um allenfalls »überflüssige« bzw. unliebsame Elementen auszumerzen. Im übrigen erklärt man Studentenvertretern gegenüber, man sei »doch nicht besoffen, einen studentischen Antrag zu unterstützen«, und verzichtet zufolge zwanzigjähriger Mehrerfahrung darauf, noch an so etwas wie »Planung« zu glauben.

Helvetische Straussenfarm

Unter diesen Aspekten droht z. B. der Strickhof schon jetzt eine der grössten helvetischen Straussenfarmen zu werden, weil »Vogel-Strauss-Politik« in der heute herrschenden Gremien gross geschrieben wird. Und selbstverständlich alles auf Kosten der Studierenden, denen man dann so fein »Sachzwänge« vormonstrieren kann – die eigene Unfähigkeit erst entstehen liess. Das hinwiederum will man natürlich nicht zugeben, weshalb man Zuflucht zur Geheimpolitik nimmt in bezug auf die eigentlichen Hintergründe und Argumentationen (Referat Dr. Seitz bezüglich gesetzlich zulässiger Mitbestimmungsmöglichkeit anscheinend vergriffen?); nur das vordergründige Geplapper kommt an die Öffentlichkeit und »amtliche Stellungnahmen«, die deutlich genug sind: denn danach sind die »wichtigsten Differenzen« zwischen Dozenten und Studenten im »Schlussbericht der (vorläufigen) Senatsausschuss-Kommission für die Schaffung einer Rahmenordnung für künftige Experimente im Sinn der Empfehlungen der Schweiz. Hochschulkonferenz vom 21. 11. 1969 betreffend »Experimentierphase zur Schaffung neuer Hochschulgesetz« folgende (Aktuelle Mitteilun-

– Der Antrag betreffend gleichzeitige Einführung der Mitbestimmung mit einer Verstärkung der Verwaltung wurde einhellig (127:0) abgelehnt.

– Dem Antrag auf Einsetzen von bezahlten Arbeitsgruppen hatte der Rektor einen Antrag auf Einsetzen eines Sekretariats, verbunden mit einer Dokumentationsstelle, entgegengesetzt. Der Hauptunterschied der beiden Anträge lag darin, dass nach dem zweiten von dieser Arbeitsgruppe weder Probleme der Bildungs- und Berufsplanung noch solche der Studienreform behandelt werden sollten. Ein jüngerer Professor erklärte diesen Unterschied sinngemäss folgendermassen:

»Bildungsforschung fragt nach den tatsächlichen Verhältnissen im Bildungswesen. Sie könnte darum unter Umständen zu einer Veränderung der Universität beitragen. Die Professoren jedoch sind in ihrer grossen Mehrheit der Überzeugung, dass die Universität so, wie sie immer war und heute ist, auch gut ist. Für sie gibt es daher keinen Grund zu fragen, ob die Universität gut ist, und noch viel weniger, ob sie auch verbessert werden könnte. Also brauchen sie auch keine Bildungsforschung...«

Überraschenderweise entspann sich im Senat trotzdem eine ziemlich intensive Diskussion über die beiden Anträge. In der Abstimmung geschah die kleine »Sensation«: dem studentischen Antrag, leicht modifiziert durch einen Änderungsantrag, wurde mit 60:57 Stimmen gegenüber dem rektoralen der Vorzug gegeben. Der Senat, von dem kurz zuvor jemand gesagt hatte, seine Beschlüsse seien fast ausschliesslich Prinzipie durchbrochen und völlig unerwartet einen Entscheid gegen den Rektor gefällt.

Nach dem teilweisen Entgegenkommen des Senats sehen sich nun die Studentenvertreter vor die Frage gestellt, ob die vom GSIR formulierten Bedingungen als erfüllt zu betrachten sind, obwohl der Antrag betreffend

Aufgabenkatalog der Hochschulreformkommission

Am 23. Juni fasste der Senatsausschuss die Aufgaben der Hochschulreformkommission dahingehend zusammen, dass sie in einer ersten Etappe sehen solle, wie die Aufgaben und Bedürfnisse seien, wobei die Aufgaben der Empfehlung der Hochschulkonferenz entsprechen. Im einzelnen bedeutet dies:

1. Zusammen mit der Erziehungsdirektion ist die rechtliche Lage abzuklären, was heute möglich sei und was nicht.
2. Unter Berücksichtigung der abzuändernden oder zu suspendierenden Bestimmungen ist ein Vorschlag für eine Rahmenordnung auszuarbeiten. Diese sollte Fragen wie ein Gremium für Universitätsplanung, Koordinationsgremium, Universitätsrat, Dauerrektorat sowie eine Prioritätsordnung der Experimente (Experimentenkatalog, Abbruch bzw. Beurteilung der Experimente) enthalten.
3. Die Kommission hat die einzusetzenden Fakultätskommissionen zu beraten.
4. Sie hat einen Einführungserlass zum Hochschulförderungsgesetz zu entwerfen.

Mitbestimmung und die eindeutige Absage an eine isolierte Verstärkung der universitären Verwaltung einstimmig abgelehnt worden ist. Mit andern Worten: Können wir es unter den gegebenen Umständen und den gemachten Erfahrungen verantworten, in der neu zu bildenden Hochschulreformkommission mitzuarbeiten? Ist von dieser Kommission mehr zu erwarten als erneute Frustrationen und keine Ergebnisse?

Der Entscheid über diese Frage ist noch nicht gefallen und kann folglich im jetzigen Zeitpunkt nicht weiter kommentiert werden.

Matthias Jäger, KStR

den des Rektorats der Universität Zürich vom 25. 11. 70):

1. Der Vorschlag der Mehrheit betreffend die Einsetzung von Arbeitsgruppen unterscheidet sich von den studentischen Wünschen dadurch, dass die Studentenschaft ausdrücklich die Probleme des Bildungswesens (Bildungsplanung, Studienreform usw.) in die Arbeit der Kommission einbezogen wissen wollte.

2. Die gewünschte Einführung der Mitbestimmung, gleichzeitig mit dem Ausbau der Verwaltung, ist nach Ansicht des Senatsausschusses rechtlich nicht ohne weiteres möglich. (N.B.: Man vergleiche mit dem vollständigen Wortlaut der »Empfehlungen«)

Was bleibt?

Man kann sich füglich fragen, was nach diesen professoralen Abstrichen von der Experimentierphase noch bleibt, wenn

- a) Bildungsplanung
- b) Studienreform
- c) Mitbestimmung

im vornherein ausgeklammert werden. Anscheinend will man Studenten nur dort zu Worte kommen lassen, wo sie als »billige Arbeitskräfte« Handlangerdienste leisten. Oder aber: Man will Entscheidungskompetenz nur dort sehen, wo

– ein Fetzen Papier sie bescheinigt, der von Parteigängern verfertigt wurde (Zulassungs- bzw. Berufungsurkunden);

– ein gewisses Alter als Massstab für Intelligenz angenommen wird (Senat = Rat der Greise, lies – zumindest innerlich – »Vergreisten«);

– der obrigkeitliche Segen ausgeschüttet wurde oder eine finanzielle Einspritzung interessierter Wirtschaftskreise erfolgte.

Dass dies für Studenten, die leider noch etwas über die eigene Nasenspitze hinaus denken, unannehmbar ist, ruft paradoxerweise immer noch Verwunderung hervor; man ist sich eben nicht gewohnt, den ganzen Menschen vorurteilsfrei ins Zentrum aller Überlegungen zu stellen! Wenn man das nämlich wirklich täte – und zwar nicht nur bei festlichen Anlässen mit abgedroschenen Phrasen, die der unbegreifliche Sozialkritiker Heinrich Pestalozzi schon seinerzeit als »Maulbräute« der Gelehrtenwelt apostrophierte – würde man anders handeln. Man würde sich nicht ins Laufgitter der Gesetzesparagrafen zurückziehen, sondern endlich einmal die Phase dieser Gehparkgängelung hinter sich bringen und in freier Selbständigkeit und Selbstverantwortung Entscheide treffen.

fen, die nicht den Krankheitskeim des Ewiggestrigen in sich tragen.

So gälte es z. B., endlich einmal mit der »Autonomie« der Universität Ernst zu machen, d. h. diese aus dem Gehege der Politik und aus den Fallgruben der Wirtschaft zu befreien, weil man sich der Einsicht nicht länger verschliessen könnte, dass eine wahrhaft pluralistische Gesellschaft nur bestehen kann, wenn ihr ein absolut freies Geistesleben zugeordnet wird, in dem die verschiedensten Argumente sich in aller Offenheit (Transparenz) gegenseitig konkurrieren können.

Studentischer Sandkasten?

Freilich müssten dann auch die Studierenden sich anders engagieren: mit blosser Konsumentenhaltung ist es einmal noch nie etwas Hervorragendes geleistet worden. Wenn wir aber in Zukunft nicht unter denselben miserablen Bedingungen geistig »andeln« wollen, müssen wir »dieses Opfer bringen, um wenigstens ein »gegengewicht« gegen die grassierende Suche der Mittelmässigkeit zu schaffen. Wir können es uns heute einfach nicht mehr leisten, dass wissenschaftliche Arbeit unter der Hypothek des »Peter-Prinzips« geleistet werden muss. Nur eine umfassende Neuorientierung einerseits und ein Bewusstsein auf das »Unum necessarium«, wie J. A. Comenius es seinerzeit nannte, bieten Gewähr, dass die Menschheit »sch nicht eines schönen Tages selbst vernichtet«.

So gesehen sind die Probleme im heutigen Bildungswesen und in der Sozialstruktur wichtige Symptome. Einzelne betrachtet könnte man zwar sagen, es sei nicht der Mühe wert, sich damit zu befassen. Wenn man jedoch durch umfassende Schau dazu kommt, sie in ihrem Stellenwert zu würdigen, erkennt man ihre grundlegende Bedeutung der »Weichenstellung«, womit es zur moralischen Pflicht eines jeden einzelnen wird, sich bis zur letzten Faser für eine sofort beginnende Reform des Bildungswesens einzusetzen.

Andres Studer-Frangi

Medizinische Fachliteratur

BUCHHANDLUNG HANS RAUNHARDT



Inhaber
Gerhard Heinmann & Co.

8001 Zürich, Kirchgasse 17
beim Grossmünster
Telephon (051) 32 13 68

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

»Die Konzentration unkontrollierter wirtschaftlicher Macht bedroht nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische und geistige Freiheit.«

Standortsbestimmung und Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich

Wie richtig diese Feststellung ist, beweist einmal mehr ein am 29. November in der Sonntagsbeilage der »National-Zeitung« erschienener Artikel von Frank A. Meyer. Der Verfasser berichtet über bedenkliche Pressionsversuche von Inserenten gegen das missliebige Presseorgan »Zür-

cher Student«. Weil es ja »ein kommunistisches Blatt« sei, kündigte ein Industrieller — für wie viele Gesinnungsfreunde mag er wohl stehen? — sein Inserat.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Redaktion des »Zürcher Studenten« gegen die Unterstellung zu verteidigen — das kann sie am besten selber. Entscheidend an diesem Vor- kommen scheint uns aber die latente Bereitschaft von Wirtschaftskreisen, gegen Andersdenkende wirtschaftlichen Druck einzusetzen.

Leider ist dieser Fall kein Einzelfall. Er liegt auf einer Linie mit der kürzlichen Kündigung eines Basler Lehrlings, der sich in einem Aktionskomitee gegen die teilweise rechtswidrigen Behandlungsmethoden seitens mehrerer Lehrfirmen wehrte. Und er liegt auf einer Linie mit den zahllosen Pressionen gegen SP-Mitglieder von Arbeitgebern, Wohnungsvermietern usw.

»Das Problem ist universell. Entweder gelingt es, die anonymen und unkontrollierten Kräfte, die von der modernen Wirtschaft ausgehen, demokratischen Massstäben und demokratischer Kontrolle zu unterwerfen, oder sie machen sich den Menschen untertan.«

TALON

(Bitte einsenden an Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich, Engelstrasse 64, 8004 Zürich, Tel. 051/23 71 70.)
☐ Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft bei der Sozialdemokratischen Partei. Bitte senden Sie mir Informationsmaterial, insbesondere das neue Aktionsprogramm.
☐ Ich interessiere mich für SP-nahe Organisationen, denen ich auch als Nicht-Mitglied Ihrer Partei beitreten kann. Gewünschtes bitte ankreuzen!

Name: _____

Vorname: _____

Wohnort: _____

Beruf: _____

Alter: _____



Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG WURZEL

Mühlegasse 19 bei der Zentralbibliothek

Telephon 32 14 80

DIE FACHBUCHHANDLUNG
FÜR WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG

Wir besorgen auf schnellstem Wege alle lieferbaren
Bücher und Zeitschriften in jeder Sprache

DF 812

Die Umstellung von Mono auf

Stereo

kann viel Geld kosten.
Aber auch nur

290.-



Teleton CR 10 T/Stereo-Anlage

(Steuergerät mit 2 Lautsprecherboxen für stereophonische Wiedergabemöglichkeit in hoher Qualität.)

Ein elegantes, sehr flaches und besonders leichtes Steuergerät von erstklassiger

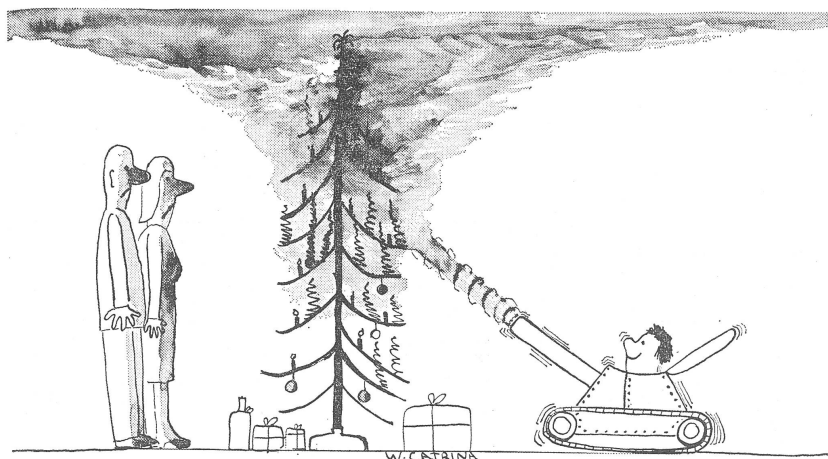
Werkarbeit. Ausgezeichnete Empfangsqualität für UKW und Mittelwellen. Zusammen mit den beiden Lautsprecherboxen die richtige Stereo-Anlage fürs Studio.

Technische Daten: UKW und Mittelwellen — 2 x 4 Watt — Anschlüsse für Tonband, Plattenspieler und Lautsprecher — Masse des Steuergerätes 38 x 9 x 23 cm — Masse der Boxen 16 x 24 x 9,5 cm

MM

MIGROS MARKTE

der Genossenschaft MIGROS Zürich



Kanonen neben Friedensengeln

Pralle Warenhäuser erinnern daran, dass der Geschenkmarathon wieder bevorsteht. Weihnachtsdekorationen pflegen Jahr für Jahr früher aufgezogen zu werden. Die Ladenbesitzer und Geschäftsleute einzelner Strassen schliessen sich zu gemeinsamem Tun zusammen und ermöglichen die Installation leuchtender Figuren. Weihnachtsdekoration enthält sich so als das, was sie ist: Kaufanreiz zwecks Umsatzsteigerung. Das Kerzenlicht, einstmals schwaches Symbol eines kommenden grösseren Lichts, ist vor die Hunde gegangen und nunmehr auch als elektrische Spielerei zu haben, samt flackernder Flamme. Wo die christliche Heilsbotschaft ihren verheissenden Charakter für viele eingebüsst hat, kann wenigstens der im Kirchenjahr vorgesehene Termin für das grösste Geschäft des Jahres benutzt werden. Das alljährliche Ritual findet so garantiert statt. Sich ihm entziehen heisst Unverständnis heraufbeschwören, heisst brechen mit leergewordenen Konventionen. Die liebende Geste bleibt allemal hinter dem protzenden Geschenk zurück, sofern sie überhaupt intendiert war. Eine wahre Arithmetik von Geben und Nehmen verhindert zu

aufwendige und zu billige Artikel: die Preissumme der in den letzten fünf Jahren erhaltenen Geschenke, geteilt durch die Anzahl Jahre, ergibt den Preis, für welchen die damals schenkende Person auch diesmal bedacht werden soll.

Es liegt nahe, aus dem so heruntergekommenen Fest wenigstens eines für die Kinder zu machen. Wo für die Erwachsenen der Sinn verlorengegangen ist, sollen wenigstens die Kinder auf ihre Rechnung kommen. Da und dort mag noch das verlogene Spiel mit dem Christkind getrieben werden, welches die aufgeschriebenen Wünsche der Kinder in der Nacht holen kommt. Die moralische Pointe wird dann gleich mitverabfolgt: wenn du nicht brav bist usw. Zu was für Erklärungskonstruktionen ein Kind dann Zuflucht nehmen muss, wenn ein heissersehnter Gegenstand nicht unterm Christbaum liegt, kümmert wahrscheinlich die wenigsten Eltern. Es dürfte immerhin zunehmend schwieriger sein, Kinder von der Spenderfunktion des Christkinds zu überzeugen, denn auch sie können mit offenen Augen das für sie in Frage kommende bewundern.

Kinder erhalten zu Weihnachten viel Spielsachen. Daneben bekommen sie natürlich auch nützliche Dinge, für den Alltagsgebrauch und für die kalte Jahreszeit. Aber Spielsachen stehen doch eher im Vordergrund.

Es gibt äusserst raffiniertes Spielzeug, Miniaturausgaben irgendwelcher Geräte unserer technisierten Zivilisation. Man findet mehr oder weniger sinnvolles Spielzeug, welches sich zwar selber bewegt und auf den geringsten Druck hin davonfährt, sich aber im übrigen der Verfügung durch das Kind entzieht. Aktiv lässt sich damit nichts machen, im Gegenteil: zu aktives Eingreifen stört den komplizierten Mechanismus. Das Kind steht so zwar stauend da, betastet etwa auch vorsichtig und lacht auf, wenn der tanzende Affe sich dreht, aber auf die Dauer lässt sich damit nicht spielen. Denn spielen heisst ja auch, etwas bewältigen können. Spielen ist nicht blosser Zeitvertreib oder gar Zeitverlust. Gerade für das Kind dient Spielen in erheblichem Masse der Verfügbarmachung von Welt. Wirklichkeit kann im Spiel leicht bewältigt werden, und diese Bewältigung dient der zunehmenden Festigung der kindlichen Persönlichkeit. Im

Spiel lassen sich Konflikte zur Darstellung bringen, verlieren Ängste ihre Bedeutung und Affekte ihre Schärfe. Spiel ist, soweit es eine wirkungsvolle Weise der Realitätsbewältigung darstellt, nicht auf raffiniertes Spielzeug angewiesen. Im Gegenteil: wo die Art der Bewegung vom elektrisch getriebenen Motor vorgeschrieben ist, bleibt der Phantasie und schon gar der Handlung wenig Spielraum.

Raffiniertes und roboterhaft angefertigtes Spielzeug kann aber auch die Kooperation von Kindern untereinander erfolgreich verhindern. Soziales Rollenspiel ist mit einem Verkäuferladen zu bewerkstelligen, wenn auch zugegeben werden muss, dass moderne Supermärkte die im Spieladen suggerierte klare, durch eine Theke getrennte Funktionsaufteilung zwischen Käufer und Verkäufer nicht mehr zulassen. Auch Spielen mit einer elektrischen Eisenbahn kann noch dazu beitragen, kooperierendes Handeln anzuregen, zum mindesten solange eine komplizierte Anlage im Bau ist. Die Holz- und Metallbaukästen schliesslich haben sich erfolgreich behauptet, und aus Plastik gefertigte Elemente lassen beim Zusammenbau der Phantasie grossen Raum.

Es gibt auch anderes Spielzeug, welches sich über die Generationen gerettet hat. Waren früher Bleisoldaten und Bleindianer dazu da, Kinder erfolgreich darauf vorzubereiten, dass menschliche Aggressivität in Kriegen sich zu entladen pflegt, so können heute dieselbe Rolle Panzerfahrzeuge, Flugzeuge, Kanonen und Minieschiessgewehre übernehmen. Kinder können so lernen, wie mit möglichen Feinden umzugehen ist, und erhalten auch noch Einblick in die Raffinerie moderner Kriegsmaterials. Zu welchem Zweck letztlich Kriegsspielzeug hergestellt wird, mag zwar nicht so recht einleuchten, passt aber immerhin in die Landschaft einer Menschheit, die dauernd von Frieden spricht, aber dessen ungeachtet den grössten Teil ihres Vermögens in die Entwicklung immer effizienteren Kriegsgüter steckt. Wenn durch Spielen Realitätsbewältigung eingeübt werden kann und Spielzeug hier eigentlich eine Hilfsfunktion übernehmen müsste, dann fragt sich, was denn mit Kriegsspielzeug eingeübt werden soll. Soll das etwa dazu beitragen, dem Kinde eine Art von Aggressivitätsabfuhr vor Augen zu führen? Oder soll damit dem Kinde weigermacht werden, das ganze Kriegsgewimmel sei so schlimm nicht? Vermutlich wäre es zu naiv, Entwerfer von Kriegsspielzeug zu fragen, warum sie

das täten. Es lässt sich verkaufen und hat sich seit Generationen verkauft, damit hat sich's.

Wenn man sich erinnert, dass Weihnachten als Friedensfest angepiessen wird, dann erstaunt die Gedankenlosigkeit und schrankenlose Profitgier, die auch vor Spielsachen nicht haltmacht. Unter Verkenning des kindlichen Spielcharakters wird für Kinder drauflos produziert, ohne auch nur die eigene Verantwortlichkeit zu bedenken. Besonders schreiend wirkt der Widerspruch, wenn Kanonen neben Friedensengeln angeboten werden. Offenbar aber zwingen nicht einmal solche Widersprüche zu grösserem Nachdenken.

Martin Michel

Erster ordentlicher DC des Wintersemesters 1970/71

Der Bericht über den 1. DC dieses Wintersemesters konnte – weil erst 1 Woche nach Redaktionsschluss eingetroffen – nicht mehr in ganzer Länge aufgenommen werden. Im folgenden die Ergebnisse der Wahlen:

Alberto Lenz	Präsident
Res Ellenberger	Vizepräsident für Internationales
Roger Cothier	Quästor
Ernst Häberli	
Peter Dubs	Vizepräsidenten
David Parnitzki	
Ch. Blumer	

Als Delegierte in den VSS wählte der DC Roland Sauter und Andreas Müller. Als zweiter Redaktor der ETH für den »ZS« wählte der DC Ueli Gugerli. Weiter wurden gewählt ein Vertreter in die Expertenkommission, fünf Vertreter in die Foyer-Kommission (früher sechs) und zwei Revisoren, darunter Ueli Hahnloser, der als Quästor während des vergangenen Studienjahres vorzügliche Arbeit geleistet hat.

Die Statutenrevision wurde Aenderung für Aenderung beraten und am Schluss gesamthaft gutgeheissen. Grösstenteils handelte es sich um Aenderungen, die lediglich eine Anpassung an den Ist-Zustand darstellen und weitgehend formaler Natur waren.

Der zweite Antrag des Vorstands befasste sich mit der Vertretung der Studentenschaft im Schulrat. Es wurde betont, dass für uns die Informationsbeschaffung im Mittelpunkt steht und nicht die »Zusammenarbeit«, wie die offizielle Version des Schulrats lautet. Der Vorstand erhielt die Kompetenz, den Vertreter selbst zu bestimmen, wenn möglich aus seiner Mitte.

Ueli S. Gugerli

Dow Chemical gehört zu den zehn größten Chemiekonzernen der Welt.

Dow stellt tausend verschiedene Produkte her – chemische Grundstoffe und Spezialprodukte, Metalle und Kunststoffe.

Dow Chemical Europe, 1954 gegründet, hat Büros in 13 Ländern, 10 Fabriken und 3 Laboratorien. In den nächsten fünf Jahren sollen im Rahmen der weiteren Expansion über eine Milliarde Schweizerfranken investiert werden.

Der Hauptsitz der Dow Chemical Europe befindet sich in Zürich, das europäische Zentrallabor in Horgen.

**Dow Chemical Europe S.A.
Alfred-Escher-Str. 82
8027 Zürich**



Ihr Besuch freut uns

Unibar

Universitätsgebäude

Mensa der Universität

Erfrischungsraum
Erfrischungsraum
Karl der Grosse
Olivenbaum

Zahnärztliches Institut
Tierspital
Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)
Stadelhoferstr. 10 (auch 1. Stock)

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

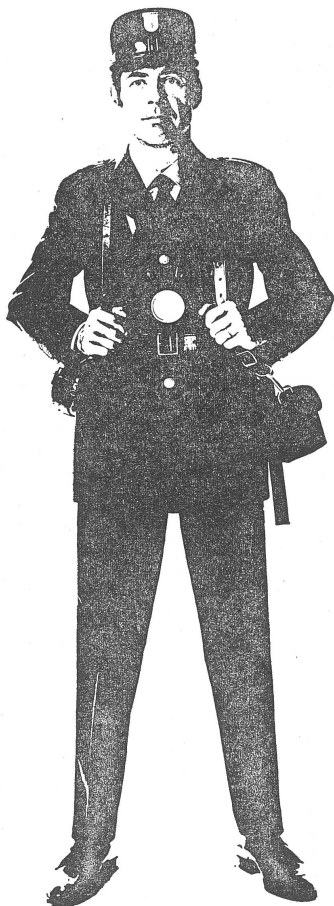
Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarbband zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichnerarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

**Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Tel. 27 77 27 (gegründet 1945)**



STUDENTEN arbeiten als

SECURITAS- WÄCHTER

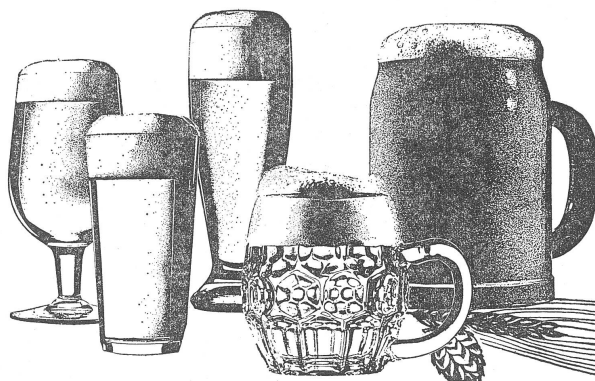
Einsatzmöglichkeiten:

- Nebenbeschäftigung im stundenweisen Einsatz an Veranstaltungen aller Art.
- Nebenbeschäftigung während einzelner Nächte über längere Zeit.
- Vollbeschäftigung als Nachtwächter während mindestens vier Wochen.
- Kurzfristige Vollbeschäftigung im Ordnungs- und Kontrolldienst an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie gerne über unsere Anstellungsbedingungen.

SECURITAS AG
Schweizerische Bewachungs-
gesellschaft
Filiale Zürich
Militärstrasse 24
8021 Zürich, Tel. 27 43 10

Köstlich bis zum letzten Tropfen



...natürlich – rassiges, schäumendes

Zürcher Bier

Für Nachschub sorgen

BRAUEREI A. HÜRLIMANN AG, ZÜRICH
LÖWENBRÄU ZÜRICH AG, ZÜRICH
BRAUEREI WÄDENSWIL, WEBER & CIE.

BETINA

BETINA ist eine Uhr – eine Schweizer Qualitäts-Uhr! BETINA, die Schweizer Qualitäts-Uhr zu Preisen, die Sie staunen lassen! BETINA Uhren sind antimagnetisch, mit Incabloc und unzerbrechlicher Feder! 1 Jahr Garantie! 2 Revisionen mit jeweilig neuer, einjähriger Garantie! BETINA Service wird direkt und ausschliesslich durch die Fabrik besorgt! BETINA, eine Coop-Leistung! BETINA Uhren sind in Zürich nur im St. Annahof und im LVZ erhältlich.

BETINA

in folgenden Verkaufsstellen

St. Annahof Stadt*
St. Annahof Oerlikon*
LVZ-Bahnhofbrücke*
Grosswiesenstrasse 149*
Lindenplatz*
Wehntalerstrasse 549*
Thalwil, Florastrasse*
Uster, Zürichstrasse*
Albisstrasse 109
Badenerstrasse 244
Gutstrasse 159
Höschgasse 45
Konrad-Ilg-Strasse 4
Milchbuckstrasse 5
Scheffelstrasse 3
Schweighofstrasse 226
Winterthurerstrasse 537
Zürliendenstrasse 300
Bassersdorf, Klotenerstrasse 26
Bülach, City
Glattbrugg, Schaffhauserstrasse 124
Niederglatt, Grafschaftsstrasse
Rümlang, Oberdorfstrasse
Schlieren, Zürcherstrasse 20
* mit erweitertem Sortiment

BETINA Chronograph – garantiert höchste Präzision!

17 Rubis, Gehäuse und Boden aus rostfreiem Stahl, mit zwei Drückern, 30-Minuten-Totalisator, Leuchtpunkte, wasserdicht, nur 128.– mit 8% in Marken = netto 117.75



117.75



Was wollen die politischen Hochschulgruppen?

Das traditionelle Selbstverständnis der Hochschule ist bis zur Auflösung problematisiert. Gerade während des Studiums wird der einzelne – verdrängt er nicht die Möglichkeit kritischer Einsicht – mit dieser Struktur konfrontiert; eine Struktur, deren Analyse unmittelbar zu einer Analyse der Gesellschaft führt, die die Universität trägt.

Diese Strukturkrise – einmal manifest geworden – führte dazu, dass an den Universitäten wieder die dezidierte politische Argumentation an Platz gewann. Die damit verbundene Polarisierung (auch innerhalb der Studentenschaften) kann – sofern sie nicht zum Fetisch emporstilisiert wird – durchaus von Nutzen sein.

Um den Lesern die gegenwärtig in Zürich aktiven politischen Hochschulgruppen kurz vorzustellen, stellte der »zsa« an die SHG (»Sozialistische Hochschulgrup-

pe«), die LSZ (»Liberaler Hochschulgruppe Zürich«) und an den »Studenten-Ring« einige Fragen (auf die soeben neu gegründete RSZ, »Revolutionäre Studentenorganisation«, wird der »zsa« in seiner nächsten Nummer zurückkommen):

Welches ist – kurz zusammengefasst – das Grundkonzept eurer politischen Tätigkeit?

Wie stellt ihr euch zur Frage

- der Mitbestimmung?
- der Experimentierphase?
- des Lausanner Modells?

Ist eure Aktivität auf den Problembereich Universität beschränkt, oder beschäftigt ihr euch auch noch mit anderen Fragen? Wenn ja, in welchem Rahmen?

tierphase, die in ihrer ursprünglichen Konzeption übrigens auf eine Initiative von liberalen VSS-Vertretern zurückgeht, von Anfang an begründet. Sie liess sich dabei von der Ueberlegung leiten, dass sich die oben skizzierten Ziele auf diesem Weg der kleinen Schritte leichter verwirklichen liessen als auf dem früher vorgesehenen Weg der Gesetzesrevision. Wenn sich diese Hoffnung inzwischen als Illusion erwiesen hat, hat dies wenig mit der Experimentierphase, um so mehr dagegen mit der mangelnden Reformbereitschaft der tonangebenden Professoren zu tun.

Besonders eingehend hat sich die LSZ mit dem Lausanner Modell beschäftigt. Dieses Projekt, das unter massgeblicher Beteiligung liberaler Studentengruppen ausgearbeitet worden ist und nun in Form einer Verfassungskommission weiterverfolgt werden soll, sieht eine alle Studenten umfassende Elternunabhängige Studienfinanzierung vor, die an die Stelle des heutigen Stipendiums treten soll. Die dem Lausanner Modell zugrunde liegenden Gedanken sind – wenn man von einigen konservativen Splittergruppen absieht – unter den Studenten inzwischen weitgehend Allgemeingut geworden. Im letzten Sommer haben sich denn auch die Zürcher Studenten in einer Urabstimmung mit erdrückender Mehrheit für das Lausanner Modell ausgesprochen.

Weitere Aktivitäten

Somit hat also die liberale Studentenschaft in den letzten zwei Jahren auf der praktischen Ebene einiges geleistet. Indessen hat sich im Verlauf dieser Tätigkeit immer deutlicher gezeigt, dass eine Gruppe wie die LSZ auf die Dauer nur dann fundiert Stellung beziehen kann, wenn ihre Mitglieder über eine gemeinsame Plattform oder ideologische Grundlage (wie immer man das nennen will) verfügen. Ohne dieses Fundament ist die Gruppe stets in Gefahr, einem reinen Pragmatismus zu verfallen, der schliesslich bis zur Politik der reinen Reaktion auf spektakuläre Ereignisse führen kann – was, nebenbei gesagt, das typische Merkmal der konservativen Studentengruppen ist. Um also dieser Gefahr zu begegnen, hat sich die LSZ entschlossen, dieses Wintersemester vor allem die grundsätzliche Diskussion über das, was wir als liberale Gruppe in der Hochschulpolitik zu suchen haben, wieder stärker zu betonen. Im Vordergrund steht dabei die intensive Beschäftigung mit verschiedenen soziologischen und philosophischen Texten. Begonnen wurde mit dem Aufsatz von Stegmüller über Wissenschaftstheorie. Im weiteren erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die LSZ-Arbeitsgruppe »Verhaltensforschung«, die sich bemüht, Grundfragen der menschlichen Gesellschaft (zum Beispiel: Welches sind die naturgegebenen Bedürfnisse des Menschen?) anhand einer Konfrontation von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen mit politischen Ordnungsvorstellungen zu diskutieren.

Nun noch einiges zu unserer Organisation. Die LSZ wird seit einiger Zeit nicht mehr durch einen Präsidenten »geführt«. Ihr Kurs im allgemeinen und die praktische Arbeit im besonderen werden von allen jenen bestimmt, die sich an den regelmässigen und öffentlichen Zusammenkünften beteiligen. Die Präsidentin besorgt dabei das administrative und organisatorische Ungemühe. – Die LSZ verfügt als einzige Studentengruppe unserer Universität über einen handlungsfähigen Dachverband, der Schweizerische Liberale Studentenverband (SLS) besteht

zurzeit aus drei offiziellen Sektionen (Bern, St. Gallen, Zürich) und steht in ständigem Kontakt mit ähnlichen Gruppierungen der Westschweiz. Bei Problemen auf gesamtschweizerischer Ebene (z. B. Verfassungskommission für eine Elternunabhängige Studienfinanzierung; Hochschulförderungsgesetz) ist ein solcher Zusammenschluss von grosser Bedeutung.

Wer unsere Arbeit einmal aus der Nähe verfolgen möchte (ohne gleich als engagiertes Mitglied gelten zu müssen), möge sich mit einem der nachstehend aufgeführten LSZ-Mitarbeiter in Verbindung setzen.

Renée Bienz (iur) Tel. 26 89 17
Conrad E. Frei (theol) Tel. 52 62 00 (tagsüber)
Tel. 52 72 00 (abends)

Martin Killias (iur) Tel. 53 00 41
Tobias Hauser (iur) Tel. 73 40 49

Liberaler Studentenschaft Zürich, Postfach 168, 8028 Zürich

Studenten-Ring

Grundkonzept

»In einer Zeit, in der eine politische Richtung ihre Ziele mit Hilfe einer Sozialphilosophie zu erreichen sucht, die einen absoluten, dogmatischen Wahrheitsanspruch erhebt und offenbar bewusst auf die Verfügbbarkeit ihrer geschlossenen, scheinbar gesicherten Theorie vertraut, schliessen sich Studenten der Universität Zürich zusammen, um dieser einseitigen, apodiktischen Denkweise entgegenzutreten. Sie anerkennen hiermit die Wechselwirkung zwischen Wirklichkeit und Theorie wie auch zwischen Individuum und Kollektiv; sie anerkennen also die Tatsache, dass unser Denken und Handeln den Charakter der Veränderung tragen, dass es eine Wahrheit an sich demzufolge nicht gibt. In einer Geisteshaltung, die sich durch Freiheit und Offenheit auszeichnet und so ermöglicht, eine Gesellschaftstheorie zu entwickeln, die dank ihrer Offenheit eine adäquate Wirklichkeitserfassung gewährleistet, sehen sie die bestmögliche Voraussetzung für die Verwirklichung des wohl letzten Zieles der Menschheit, nämlich des Lebens und Ueberlebens auf menschenwürdige Weise.« (Entnommen aus den Statuten des Studenten-Rings.)

Der Studentenring ist kritisch gegenüber Erscheinungsformen unserer Gesellschaft und setzt sich für Reformen ein, wobei er grundsätzlich die Prinzipien dieser Gesellschaft anerkennt. Zur Durchsetzung politischer Ziele lehnt er jedes Mittel ab, das ausserhalb demokratischer Rechtsstaatlichkeit liegt.

Mitbestimmung

Wir treten für eine gezielte und permanente Verbesserung von Studium, Lehre und Forschung, für vermehrte Selbstbestimmung innerhalb des Lehr- und Lernbetriebes und für qualifizierte und differenzierte Mitsprache und Mitbestimmung ein. Wir wenden uns aber entschieden gegen eine Parlamentarisierung des Universitätsbetriebes und gegen das Entstehen von Studenten-funktionären. Bei der Forderung nach

Mitbestimmung sind u. a. folgende Aspekte zu berücksichtigen:

– Obwohl heute bereits zahlreiche Literatur über die Mitbestimmungproblematik besteht, fehlen nach wie vor ausreichende praktische Erfahrungen, die eine definitive Stellungnahme bereits heute erlauben würden.

– Ereignisse an deutschen Universitäten lehren, dass Mitbestimmung ausserordentlich hohe Anforderungen bezüglich Arbeitsleistung und Verantwortung der Studenten stellt. Dabei ist es heute nach wie vor so, dass die meisten Studenten die Hochschule lediglich als eine zu durchlaufende Phase ihrer Ausbildung betrachten. Wenn man an die Mühe denkt, die es kostet, Studenten nur schon für eine Urabstimmung aufzurufen, muss man sich ernsthaft fragen, ob dieselben Studenten zu vermehrter Arbeit und Verantwortung bereit sind.

– In diversen Betrieben, in denen Mitbestimmung eingeführt wurde (auch hier denken wir an Beispiele in Deutschland), wurde die Erfahrung gemacht, dass Mitbestimmung nicht unbedingt auch Demokratisierung bedeutet, wenn nicht genau analysiert wird, an welcher Stelle des Entscheidungsablaufs Mitbestimmung einsetzen muss. Es mag in vielen Fällen nötig sein, zuerst ein neues System der Entscheidungsfindung zu entwickeln, bevor Mitbestimmung sinnvoll eingebaut werden kann.

Experimentierphase

Der Begriff »Experiment« ist in diesem Zusammenhang fragwürdig. Die Etablierung eines »soziologischen Grosslabors« an der Universität kommt nicht in Frage, weil jeder Eingriff in einen lebendigen Sozialkörper bleibende Wirkungen hat. Insbesondere können gewährte Rechte nicht rückgängig gemacht werden. Wir begrüssen jedoch die Idee der Experimentierphase, wenn diese als eine Initialzündung für eine Phase gezielter, wissenschaftlich vorbereiteter Reform unserer Hochschule, wobei uns eine Voraussetzung für den Erfolg im intensiven Kontakt mit ausseruniversitären Kreisen zu liegen scheint.

Als konkreten Beitrag an die Experimentierphase verstehen wir unser mit Erfolg angelaufenes Projekt »Aktuelle Hochschule«, auf das später hinzuweisen sein wird.

Lausanner Modell

Wir halten grundsätzlich Massnahmen, die der Förderung der Chancengleichheit im Bildungswesen dienen, für dringend notwendig. Am LM kritisieren wir:

– Erst der mündige Studierende kommt in den Genuss der Leistungen des LM. Auf diese Weise erreicht das LM das Ziel der erhöhten Chancengleichheit nicht, da der Entscheid, ob man ein Studium ergreift, in einem früheren Stadium gefällt wird.

– Die im LM konzipierte automatische Darlehensabgabe bietet Missbrauchsmöglichkeiten.

– Die Rückzahlung benachteiligt all jene Studenten, die bisher in den Genuss von Stipendien gekommen sind.

Wir meinen, dass eine Synthese zwischen einigen Forderungen des LM einerseits und einer verbesserten Stipendienordnung andererseits, in welcher vor allem die kantonalen Unterschiede abgebaut werden müssten, darauf untersucht werden muss, ob auf diese Weise das Problem der Studienfinanzierung gelöst werden kann. In einem solchen Modell würden im Gegensatz zum LM die Stipendien in verbesserter Form beibehalten. In all jenen Fällen, wo die Stipendien nicht ausreichen oder aber familiäre Schwierigkeiten eine Bezahlung des Studiums nicht ermöglichen, wären in erleichteter Form Darlehen zu gewähren. Eine Arbeitsgruppe des Studentenrings ist im Begriff, diese Alternative in Bezug auf Funktionieren und politische Realisierbarkeit zu untersuchen.

Weitere Aktivitäten

Die Tätigkeit des Studentenrings ist nicht auf die Hochschule beschränkt. Es ist uns ein Anliegen, die Universität vermehrt in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, das heisst, das wissenschaftliche Arbeitspotential einer Hochschule sollte ausgenutzt werden für die Bewältigung von allgemeinen gegenwärtigen und Zukunftsproblemen.

In diesem Kontext ist unser Projekt »Aktuelle Hochschule« zu verstehen, bei dem es in einer ersten Konkretisierung darum geht, die Problematik der Ökologie und des Umweltschutzes zum Gegenstand einer ausgedehnten wissenschaftlichen Untersuchung zu machen.

Kontaktadresse: Studenten-Ring, Seefeldstrasse 47, 8008 Zürich.

SHG

Grundkonzept

Die Sozialistische Hochschulgruppe versteht sich als ein Teil jener weitverbreiteten Bewegung für einen demokratischen Sozialismus, die durch Aufklärung und demokratische Organisation der Massen den Kampf um deren Befreiung von Not, Unterdrückung und Ausbeutung führt.

Unser Leitbild ist dabei eine Gesellschaft, in der jedermann in vollständiger Freiheit seine sämtlichen Anlagen und Fähigkeiten entwickeln und betätigen kann, solange dadurch nicht die Grundbedingung dieser Gesellschaft, der gleichwertige Anspruch aller auf Entfaltung, angetastet wird.

Die SHG unterstützt alle Bestrebungen, die uns einem solchen Leitbild näherbringen können. Im jetzigen Zeitpunkt setzt sie sich innerhalb der bürgerlichen Demokratie für Reformen an strategisch entscheidenden Stellen ein. Solche Reformen sollen den die Emanzipation gegenwärtig tragenden Kräften Machtpositionen schaffen und eine Folge strukturerändernder und bewussterseinerweiternder Prozesse auslösen. Es ist klar, dass der Aufklärungsprozess dabei nicht einseitig, sondern dialektisch laufen muss. In der Kommunikation müssen diejenigen Leute, die insbesondere auch ihre wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst der Unterdrückten stellen wollen, diese Fähigkeiten andauernd überprüfen, der Praxis anpassen und weiterentwickeln.

Beim Kampf um solche Reformen ist primäres Aktionsfeld für eine Hochschulgruppe natürlich die Universität. Hier fordert die SHG eine gründliche Ausbildung in den verschiedenen wissenschaftlichen Methoden und Methodenkritik. Die Fachrichtungen sollen möglichst frei wähl- und kombinierbar sein und Praxisnähe garantieren. Da sich wissenschaftliche Tätigkeit nie in einem wertfreien Raum vollzieht und in jede wissenschaftliche Tätigkeit Werturteile einfließen, verlangt die SHG, dass jede wissenschaftliche Arbeit nach dem Interesse, dem sie verpflichtet ist, hinterfragt wird. Die Auswirkungen der Resultate müssen überdacht werden. Hauptaufgabe des Wissenschaftlers ist es, Bedingungen und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung aller zu schaffen und ungerechtfertigte Abhängigkeiten aufzudecken oder zu verhindern. Dies muss unserer Ansicht nach sein Erkenntnisleitendes Interesse sein.

Mitbestimmung – Experimentierphase – Lausanner Modell

Nach dem Gesagten ist es klar, dass sich die SHG für die paritätische Mitbestimmung unter Einbeziehung des Personals einsetzt. Die Schranken zwischen den sog. Hochschulständen sind abzubauen.

Zur vorgesehenen Experimentierphase, die wir unterstützen hätten, erlauben sich grosse Worte, da sie wegen der konservativen, i. e. konservierenden Haltung des Rektors und der Grosszahl der Professoren abgebrochen wurde, bevor es noch zum ersten Experimenten gekommen ist.

Wir setzen uns für eine Elternunabhängige Studienfinanzierung im Sinne des Lausanner Modells ein, wobei gleichzeitig auch Weiterbildung und Umschulung stark gefördert werden sollen. Dafür braucht es Institute, die rasch zu schaffen sind, damit endlich eine Oeffnung der Universität für alle Teile des Volkes möglich wird.

Weitere Aktivitäten

Wegen unserer beschränkten Mittel, personell und finanziell, sind wir vorwiegend an Universität und ETH aktiv. Ausseruniversitär arbeiten wir mit anderen Organisationen zusammen, besonders mit den Jungsozialisten. Gegenwärtig beschäftigen wir uns dabei mit Wohnungsproblem und Stadtplanung (daher die Vortragsreihe: Stadtplanung im Kapitalismus).

Kontaktadresse: SHG, Postfach 364, 8025 Zürich

WURZEL

bei der
Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST
FÜR DAS
WISSENSCHAFTLICHE
BUCH

LSZ

Die Voraussetzungen für unsere Arbeit

wi. – Als vor etwa drei Jahren auch in Zürich die Studentenschaft politisch zu erwachen begann, fing für die liberale Studentenschaft (LSZ) eine neue »Epoch« an. Aufgerüttelt aus ihrer bisherigen eher besinnlichen als engagierten Betrachtungsweise politischer Vorgänge, raffte sich die LSZ zu einer grundsätzlichen Ueberprüfung ihrer Stellung und ihrer politischen Richtung in der Hochschulpolitik auf: Es begann jene Neubestimmung auf das, was »liberale« in der heutigen Zeit und in unserem Land zu bedeuten habe, die, weil sie in eine konsequente Fragestellung des überkommenen – und im Laufe der Jahrzehnte auch stark verkommenen – Liberalismus-Begriffs der sich liberal nennenden Parteien ausmündete, seither von manchen als Abkehr vom Liberalismus missverstanden worden ist.

Von der allgemeinen Frage nach dem Inhalt des Liberalismus ausgehend, kam die LSZ auch sehr bald zu konkreten Problemen, von denen im folgenden einige erwähnt werden:

– Kann es, wenn man davon ausgeht, dass der Liberalismus die Selbstverwirklichung des Menschen zum Ziel hat, einen Liberalen kalt lassen, dass unsere Universitäten fast ausschliesslich nur den obersten Gesellschaftsschichten offenstehen? (Nur ca. 5% der Studierenden sind Arbeiter- oder Bauernkinder.)

– Ist es mit liberalen Prinzipien vereinbar, dass die Studierenden grundsätzlich von den Eltern abhängig bleiben, bis sie als ungefähr Dreissigjährige ins Erwerbsleben treten? Steht eine solche faktische Entmündigung der Selbstverwirklichung nicht entgegen?

– Wo bleibt die Möglichkeit zur Selbstentfaltung z. B. für einen Assistenten, der Professor werden möchte, sein Lebensziel aber nur erreichen kann, wenn der zuständige Lehrstuhlinhaber ihm »gnädig« ist – was immer das bedeuten mag?

– Wo bleiben die liberalen Prinzipien beim studentischen Disziplinarrecht, das noch heute die Züge schlimmster Kabinettsjustiz zeigt?

Mitbestimmung – Experimentierphase – Lausanner Modell

Solche und viele andere Fragen haben wir uns gestellt. Wir haben die Probleme jedoch nicht nur theoretisch zu lösen versucht, sondern uns auch bemüht, einen konkreten Beitrag zu deren Lösung in unserem eigenen Tätigkeitsbereich – d. h. an der Uni Zürich und im VSS – zu leisten. Dabei hat die LSZ auch zu umstrittenen Fragen stets eindeutig Stellung bezogen. So liess sie bereits vor bald zwei Jahren in einem Grundsatzdokument »Thesen zur Hochschulreform« erkennen, dass sie jeden Schritt zur Hochschulreform vor allem danach beurteilen wird, ob er geeignet ist, den heute minderberechtigten Assistenten und Studenten eine angemessene Mitbestimmung (die diesen Namen verdient) zu gewähren, oder ob er nur darauf abzielt, unsere Akademikerfabrik noch mehr auf die Bedürfnisse der Wirtschaft auszurichten. – In diesem Sinne hat die LSZ die Experimentier-

MO
DI
MI
DO
FR
jetzt
SA
SO
nz

**am
wochen-
ende** *Die neue
politisch-kulturelle
Beilage der
National-Zeitung*

BESTELLTALON

(Coupon ausschneiden und einsenden an: National-Zeitung, Postfach, 4002 Basel.)

Ich bestelle ein Wochenend-Abonnement der NZ für
1/2 Jahr Fr. 9.- 1 Jahr Fr. 16.-

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____

In jeder Sonntagsausgabe der National-Zeitung finden Sie jetzt die »NZ am Wochenende«. Hier äussern sich kompetente Persönlichkeiten in Kolumnen, Essays, Ueberblicken und Aufsätzen. Weiter finden Sie hier Textproben, Meinungsumfragen, Kritiken und Vorschauen. Kurz – die sechs Seiten »NZ am Wochenende« sind eine willkommene Ergänzung zur normalen Zeitungslektüre, darüber hinaus ein wichtiges Mittel zur Orientierung, als Anreiz für Diskussionen und eine Hilfe für die Meinungsbildung.

Die »NZ am Wochenende« ist auch im Abonnement erhältlich.

Was ist ein „Special Projects Engineer“?

Im Rahmen der internationalen Tätigkeit der Dow Chemical fallen immer wieder Aufgaben an, die ausserhalb der normalen Betriebsabläufe liegen oder völlig neuartige Lösungswege erfordern. Mit ihrer Bearbeitung werden bewegliche junge Fachleute betraut, die an einer vielseitigen Tätigkeit interessiert und bereit sind, sich kurzfristig intensiv auf spezielle Aufgaben einzusetzen. Für jedes einzelne Projekt ist der »Special Projects Engineer« bei Dow voll verantwortlich. Dabei kommen folgende Sachgebiete in Frage:

**Forschung und Entwicklung, Produktion
Marketing, Engineering
Datenverarbeitung, Economic Evaluation.**

Einem »Special Projects Engineer« bieten sich erfahrungsgemäss hervorragende Chancen, sollte er sich dazu entschliessen, seine Laufbahn in einer dieser Abteilungen fortzusetzen.

Gegenwärtig suchen wir zwei Hochschulabsolventen (Diplom oder Promotion), die gewillt sind, ihre überdurchschnittlichen Fähigkeiten in einem aussergewöhnlichen Job unter Beweis zu stellen.

Bitte wenden Sie sich mit einem Schreiben oder einem Anruf an Dow Chemical Europe S.A., Industrial Relations Department, Alfred-Escher-Strasse 82, 8027 Zürich
Telefon 36 50 00



Join an international company!

+GF+

In den 160 Jahren ihres Bestehens haben sich die +GF+ Werke zu einem Unternehmen von internationaler Bedeutung entwickelt. Sie beschäftigen in ihren in- und ausländischen Betrieben über 13'000 Personen.

Dem guten Ruf der +GF+ Giessereierzeugnisse und Maschinen dienen auch unsere Anstrengungen von heute. Wir stützen uns auf tüchtige Arbeiter und Angestellte, auf ein fortschrittliches Forschungs- und Leitungskader.

Hochschulabsolventen verschiedenster Richtung finden bei uns ein vielseitiges Arbeitsfeld und entwicklungsfähige Positionen.

Georg Fischer Aktiengesellschaft, Schaffhausen

»Mangel an historischem Denken« oder: Geschichte am Scheideweg?

In einer Gesellschaft von Dozenten – zwei Professoren stehen im Gespräch zusammen: »Aber weist du, was mich am meisten erschüttert, das ist dieser Mangel an historischem Denken.« Der Kollege nickt zustimmend. Beide sind Geisteswissenschaftler. Und für welche Disziplinen hätte dieses Thema eine grössere Bedeutung als für die geisteswissenschaftlichen? Denn wenn geschichtliches Bewusstsein im Vergehen sein sollte, stünden viele Fächer in der Tat am Scheideweg.

Es stellt sich heraus, dass von Studenten die Rede ist, von den unruhigen, den bösen, die den Ordinarien am meisten zu schaffen machen. (Gleichgültige Assistenten werden am Rande erwähnt – also solche, die sich an die Studenten anhängen.)

»Wenn ich das sehe – sie wollen immer gleich alles. Keine Geduld, kein Gespür dafür, dass Entwicklungen ihre Zeit brauchen, dass man eine Sache reifen lassen muss. Revolution – wenn ich das schon höre, aber schon mit ihren Reformen werden sie die Universität noch kaputt machen. Als ob man alles so aus dem Boden stampfen könnte!«

Historisches Denken wird hier mit Geduld und Warten gleichgesetzt. Man beruft sich darauf, dass jede Entwicklung an bestimmte historische Bedingungen gebunden ist. Wie lange, so frage ich mich, muss eigentlich eine Frucht bei uns »reifen«? Diese beiden Herren sind nicht solche, die Reformen um jeden Preis verhindern wollen, das weiss ich. Aber leisten sie nicht anders, die das wollen, Vorschub? Dieser Rede vom »Reifen« haftet ein bedenkliches Determinismus-Denken an: Wie ein Apfel reift eine Sache, ganz ohne unser Zutun.

Alles umstürzen?

Dass da Studenten auf den Gedanken verfallen können, die Professoren wollten – entgegen allen Beteuerungen – nichts ändern, erscheint als so verwunderlich nicht.

»Und sie wollen alles umstürzen. Sie haben keinen Sinn für Kontinuität und das Gewordensein.« Stimmt das wirklich? Handelt es sich nicht eher darum, dass viele Studenten meinen, das Gewordene sei eben nicht heilig, vielmehr müsse es, wenn es bleiben solle, dem Heute standhalten können.

»Und wenn ich denke, was unsere Studenten fordern, welche Vorschläge sie mir z. B. für Seminar und Vorlesung einreichen. Meistens Themen, die eine Frage völlig isolieren – Die Stellung der Frau bei... Schreibende Arbeiter in... usw. –, oder aber die heute so modernen Methoden-Fragen, fachintern oder metatheoretisch – wenn ich das schon höre. Die grossen Zusammenhänge, Literaturgeschichte etc., sind nicht mehr gefragt, höchstens als Skripten.« Der Kollege stimmt zu.

Auch er hat diese Erfahrung gemacht. Auch ihn stimmt sie bedenklich. Die ganze Geisteswissenschaft scheint ihnen letzten Endes gefährdet, wenn es nicht gelingt, dieser Entwicklung Einhalt zu bieten.

In der Tat bezeichnen diese Beispiele keine Einzelfälle. Es fragt sich nur, ob damit ein Trend zur »Enthistorisierung« eingesetzt hat. In meinen Augen ist eher das Gegenteil der Fall: Geschichtsbewusstes Denken erweist sich doch gerade am geschichtsspezifischen Detail. (Am Beispiel »Stellung der Frau in den Werken von...« heisst das, dass die geschichtlich-spezifisch ausgemerkte Weltanschauung eines Dichters erforscht wird.) Am Detail nämlich wird der Zwang zur historischen Differenzierung am spürbarsten, dort nämlich wird am ehesten die Bannmeile des Ewigwärtigen durchbrochen. Methodenseminare nehmen dem so leicht selbstverständlich gewordenen Umgang mit dem Material seine ungeschichtliche Unreflexivität. Sie rücken die Methoden unerbittlich in das Licht der Geschichtlichkeit und damit an den jeweils historisch bedingten, d. h. relativen Ort ihrer Entstehung und Berechtigung.

Und schliesslich die Ueberblicksvorlesungen! Gewiss, Ueberblick muss sein. Aber hinter der Klage steht etwas anderes: Die Sorge um den »Bildungsstand«, um das schlichte Wissen, das die Studenten heute von den Schulen nicht mehr mitbringen. Auch dieses Wissen läuft unter dem Titel »Geschichtsbewusstsein: Traditionsbewusstsein aus einem Wissensfundus von Fakten.«

Fakten oder Interpretationen?

Ich für mein Teil glaube nicht an ein historisches Bewusstsein, das auf einer – wie allgemein zugegeben wird – notwendigen oberflächlichen Grundlage beruht. Solche Oberflächlichkeit erzeugt Ideologie, denn nur das Detail bietet die Möglichkeit zur Ueberprüfung. Und überprüft werden müssen die »Fakten«, die in den Geisteswissenschaften eben zu 90 Prozent aus Interpretationen bestehen.

Es scheint, dass in diesem Gespräch Geschichte als das Statisch-Vorhandene gesehen wurde. Die Zukunft als eine weitere Dimension der Geschichte kam nicht in den Blick. Sonst wäre weniger von »Wissen« als von »Erfahrung« und »Anregung in der jeweils neuen Interpretation« die Rede gewesen. Es hätte von »Impulsen« und nicht dem »Gewordenen als solchem« gesprochen werden können.

Wohlgemerkt, beide Professoren würde ich nicht zur Gruppe der sog. »Orthodoxen« rechnen, die sich Reformen grundsätzlich verschliessen. Doch die entscheidende Differenz zur Auffassung der unruhigen Studenten liegt darin, dass diese Ordinarien der Geschichte einen anderen Stellwert geben: Bestimmt man Geschichts- und Tradi-

tionsbewusstsein als kritische Uebernahme, so liegt für sie der Akzent auf »Uebernahme«. In der grundsätzlichen Kritik vieler Studenten sehen sie das entscheidende Uebel, das sie – sehr zu Unrecht, wie ich meine – als unhistorisches Denken bezeichnen. Mir dagegen scheint gerade die relativ unbrochene Uebernahme der Geschichte in die Gegenwart allerdings als das Ungeschichtliche, als das, was der Geschichte nicht gerecht wird.

Inkonsequenz

Die beiden Ordinarien glaubten, dass alles, auch die Konflikte mit den Studenten, sich lösen liesse, wenn die Studenten, die Linken, nur historisch dächten. Einfach wäre das. Aber leider, meine Herren, enthält der Gedankengang eine Inkonsequenz: Gegen Jünger des Hegel-»Schülers« Marx soll historisches Bewusstsein helfen? Es trifft sich gut, dass dies Jahr ein Hegel-Jahr ist: Schon die Hegelsche Dialektik zeigt, wie dynamisch Geschichte ist. Gerade

historisches Bewusstsein ist kein Damm gegen studentische Unrast. Ganz im Gegenteil! Ich habe den Eindruck, dass die Herren sich geirrt haben, nicht in der Klage, wohl aber im Adressatenkreis: Fehlt nicht historisches Denken nicht gerade denen, die brav – und mehr oder minder teilnahmslos – in den Ueberblicksvorlesungen sitzen und die gebotene Geschichtsinterpretation schlucken, denen, die nicht aufwachen, wenn die Behandlung eines Einzelwerks die historische Einordnung des Schriftstellers und des Werks undiskutiert voraussetzt, Geschichtsbewusstsein?

Gerade jenes unbequeme Engagement, die Auseinandersetzung mit dem Bestehenden, dem bis heute Geschaffenen, und der Ruf nach Veränderung entspringen geschichtlichem Denken. Vielleicht ist es nur radikaler, geschichtsbewusster als bisher.

Bruno Hinrich

Nachwort der Redaktion: Falls sich jemand durch diesen Artikel provoziert fühlt: dies war beabsichtigt! Bruno Hinrichs Gedanken sollen Diskussionen und Selbstreflexionen hervorrufen. Die Redaktion des »zürcher student« lädt alle, Leser, Historiker oder Nichthistoriker ein, sich zu den angesprochenen Fragen zu äussern. Unsere Rubrik »Echo« wird sich freuen.

NB. Wir haben auch offene Spalten für Professoren.

Die aktuelle Diskussion:

Latein für Juristen?

Die Leidensgeschichte des Lateinobligatoriums für Juristen erstreckt sich bereits über Jahre; des Dramas letzter Akt wird vielleicht in Kürze folgen.

Am 22. Juni dieses Jahres reichte der freisinnige Rechtsanwalt und Kantonsrat Dr. H. Hüberling eine Motion ein, die eine Aufhebung des Lateinobligatoriums oder wenigstens die Aenderung des gegenwärtigen Zustandes (dreisemestriges Schnellbleiche lateinischer Grammatik, Prosa und Poesie) forderte. Mit einer nicht unbedingt überzeugenden Erklärung empfahl die Regierung den Ratsherren, die Motion nicht zu unterstützen und für Ablehnung zu stimmen. In der Folge entbrannte aber im Kantonsrat eine äusserst lebhaft diskutierte, und die Schlussabstimmung ergab eine deutliche 97:22-Mehrheit für den Motionär. Unter den Votanten befanden sich einige Juristen der Praxis, die unumwunden bekannten, dass das Rechtsstudium in keiner Weise die

Kenntnis der lateinischen Sprache verlange, vielmehr bedeute sie eine Belastung für Absolventen der Handels- und Oberrealschule.

Die von der Regierung zur Vernehmlassung an die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät weitergeleitete Motion harrt nun einer Antwort. Wie aus dem Protokoll des Regierungsrates hervorgeht, steht die Fakultät einem vollständigen Verzicht auf eine Lateinprüfung einhellig ablehnend gegenüber, da sie nach wie vor vom Wert und der Notwendigkeit genügender Kenntnisse der lateinischen Sprache für das Studium der Rechtswissenschaften überzeugt ist.

Um eine vertiefte Meinungsbildung in dieser Frage zu ermöglichen, führt der juristische Fachausschuss am Mittwoch, 16. Dezember um 19.30 Uhr in der Aula ein öffentliches Podiumsgespräch durch. Als Referent konnte unter anderem Prof. H. Peter, Ordinarius für römisches Recht gewonnen werden.

Martin Diggelmann

Professorenwahl im Hinterstübchen?

Zu einem Vortragszyklus

In den nächsten drei Jahren werden an der ökonomischen Abteilung der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät mindestens drei neue Professoren zu wählen sein. Den Ökonomiestudenten ist dabei die einmalige Chance geboten, durch eine Bedarfsanalyse, einen Kriterienkatalog und die Durchsicht der Publikationen der gewählten Kandidaten den üblichen parteipolitischen Sesseltanz zu verhindern, um endlich die Ökonomie in Zürich aus ihrem provinziellen Dornröschenschlaf aufzuwecken. Die sozialistische Basisgruppe Ökonomie hat in einem Arbeitspapier »Ökonomie Mängel und Fehler des heutigen Ökonombetriebs aufgezeigt. So gut es zeitlich möglich war, wurde in diesem Bericht auch versucht, einen Soll-Zustand für wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre zu definieren.

Es wird nun eine wichtige Aufgabe der nächsten Semester sein, aus diesem Soll-Zustand Anforderungen, die an neue Professoren zu stellen sind, abzuleiten. Um eine breite Meinungsbildung, eine grössere Auswahl und bessere Vergleichsmöglichkeiten bei der Professorenwahl zu schaffen, haben wir uns entschlossen, einen Vortragszyklus zu veranstalten:

Jüngere Ökonomen sollen die Gelegenheit haben, sich ihre Forschungsarbeiten hier in Zürich vorzustellen und mit Professoren, Assistenten und Studenten der Ökonomie darüber zu diskutieren.

Als Einleitung zu dieser Vortragsreihe wird

Joan Robinson am Freitag, 11. Dezember, 20.00 Uhr, in der Aula sprechen. Wenn sie auch schon altershalber nicht an einer Dozentur in Zürich interessiert sein dürfte, ist sie doch bestens geeignet, den Vortragszyklus einzuleiten. Ihre wissenschaftliche Tätigkeit kann charakterisiert werden als ein ständiger Kampf gegen überholte Theorien, deren einzige Legitimation die mit ihren Aussagen verknüpften Interessen sind.

Wir hoffen, mit den Vorträgen eine breitere studentische Öffentlichkeit für die Professorenwahl interessieren zu können. Denn den interessierten Wirtschaftskreisen, die zurzeit die Professorenwahl kontrollieren, können wir nur mit organisiertem Gegendruck erfolgreich begegnen.

Sozialistische Basisgruppe Ökonomie

P. S. Das Papier »Ökonomie« kann über unser Postfach 3077, 8023 Zürich, bezogen werden.

Aktuelle Vergangenheit

Aus alten »zs«-Nummern

Kleiner Splitter

zur Studienreform

(Heft 1, April 1948)

»Herr Psychologe, worin glauben Sie den Grund eines häufigen studentischen Unbehagens zu erblicken?«

»Der Erwerb unnützter Kenntnisse ist ein sicheres Mittel, einen Menschen zum Empörer zu machen.«

(Gustave Le Bon)

»Und Sie, Herr Unterrichtsminister, glauben auch Sie, dass es nur an der überreichen Dotierung unnützen Wissensstoffes liegt...?«

»Die vom Dozenten als alleinseligmachend betrachteten Lehrbücher wälzen, die von ihm verwendeten Elemente des – vielfach antiquierten – theoretisch-analytischen Apparates auswendig wissen, seine Lehrmeinungen im Examen genau im Echo wiedergeben, sich seinen psychischen Eigenheiten und Schwächen gut anpassen, das ist eine komische Erziehung, bei der jede Anstrengung nur ein Beweis des Glaubens an die Unfehlbarkeit des Lehrers ist und dazu führen kann, den

Studenten herabzusetzen und unfähig zu machen.«

(Frei nach Jules Simon, ehemaliger französischer Unterrichtsminister)

»Donnerwetter! Wie reagiert da wohl die studentische Elite auf diese intolante Attitüde?«

»Besser ein eigenes, wohlhabendes Urteil in wissenschaftlichen Fragen und erfüllt mit dem fanatischen Willen zur weiteren Suche der Wahrheit, als kritikloses Schlucken professoraler Ansichten, deren Antipateristatik bestenfalls zur Prüfungserfolge verhilft.«

Wie man kann vermelden zum Post-scripte soll an hoher Stelle sitzen zu Gerichte und wettern und toben gegen obig bananaenhafte Geflücker und einmütig verdammen des Bösewichts Gestunker der hehren Professoren-schafte Höchst-Instanz. Auch deren Studienkabinette »Nimbus durch Distanz.«

Ballard, oec.

Neu: Self-Service in der ZB

Dass es mit unserer altherwürdigen Zentralbibliothek gar so schlimm nicht steht, erlebte ich bei einem kürzlichen Besuch. Ich wollte ein (ziemlich gebogtes) Lehrbuch für meine Prüfungsvorbereitung ausleihen und fand auch bald im Katalogsaal die Signatur. Früher hätte man nun das Buch bestellt, 20 Minuten (oder noch länger, wenn gerade Kaffeepause war) gewartet, bis... nicht etwa das Buch kam, sondern der (mit einem Kreuzchen versehene) Bestellschein und die Auskunft, das Buch sei gerade ausgeliehen, beim Buchbinder oder nur im Lesesaal einzusehen.

Seit nun der Bücherlift der ZB seinen Geist aufgegeben hat, ist das Personal für jede Erleichterung und Vereinfachung dankbar. Auf meine Frage, ob das gewünschte Buch wohl noch zu haben sei, wies man mich zu den Bücherregalen, und tatsächlich – das Buch war zufällig gerade hier. Zeit- und Aufwand: 3 Minuten. Solche erfreulichen Lichtblicke lassen doch wieder viele früheren Enttäuschungen vergessen, die man mit der ZB und ihrem oft etwas antiquiert anmutenden Ausleihsystem gemacht hatte. Werner Neuhaus

Zentralstelle bleibt (vorläufig)

»Zentralstelle«

Der Zentralstellenkommission (ZEKO) sind auf den Namenswettbewerb zahlreiche, teils originelle, teils bissige Vorschläge zugegangen. Darunter war allerdings keiner, der so eingeschlagen hätte, dass das »Lädeli« an der Kunstlergasse gleich umgetauft hätte werden müssen.

Ausgezeichnet wurden die Anregungen von R. Dürsteler (»Studio-Dis



Professorenwahl bei den Ökonomen: Wie wird man sein Nachfolger?

count«) und von R. Guggenbühl (»Unipap«), die übrigen Teilnehmer erhalten einen kleinen Trostpreis.

Die mit dem Wettbewerb verbundene Umfrage ergab einige wertvolle Hinweise. So wurde im neuen Semester die Anregung einer Ladenöffnung über Mittag aufgegriffen – die Zentralstelle steht nun allen von 10.00 Uhr bis 13.15 Uhr und von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr offen. Sollte sich dieser von vielen gewünschte Versuch – wie es sich abzeichnet – nicht bewähren, müsste man allerdings noch andere Öffnungszeiten ins Auge fassen. Mögen auch die Ladenzeiten ändern, im Moment sieht es so aus, als ob die Zentralstelle noch einige Zeit an der Kunstlergasse bleibe, denn der Umzug ins »Belmont« wird kaum vor Ende 1971 zustande kommen.

Hans-Ruedi Schupissier

Chemie

Vorbereitung auf
Propädeutikum, Vordiplom

Dr. Cantieni

Untere Zäune 21, Zürich 1
Tel. 34 50 77

Zuerst abstimmen — dann planen?

Die Strickhof-Debatte des Zürcher Kantonsrates

Berichterstattungen über Ratssitzungen sind problematisch, zumal dann, wenn es über eine mehrstündige Monsterverhandlung zu informieren gibt. Vor einiger Zeit hat Bruno Klee im »zs« die Berichte mehrerer Zürcher Tageszeitungen zur Globus-Krawall-Debatte im Zürcher Gemeinderat verglichen. Das Ergebnis war niederschmetternd, Übereinstimmungen in den Resümés der Voten freudig begrüßte Ausnahmen. Wenn wir jetzt über die Strickhof-Debatte im Kantonsrat be-

richten, so sind wir uns der Schwierigkeiten einer fairen Information durchaus bewusst. Anhand der Tageszeitungen wird sich der Leser bereits ein Bild von der Atmosphäre im Rathaus gemacht haben. Hier kann es deshalb lediglich darum gehen, getrennt nach Problemkreisen jene Voten zusammenzustellen, die sich direkt oder indirekt auf die von studentischer Seite geäußerten Vorbehalte bezogen haben.

Werner Bosshardt

Während vier Halbtagen beschäftigte sich der Zürcher Kantonsrat am 30. November und 7. Dezember mit der Gesetzesvorlage über die Teilverlegung der Universität Zürich auf das Strickhof-Areal. Die Probleme der Verlegung, der Planung und der Ausführung sowie ihre strukturellen Konsequenzen, auf welche von der Studentenschaft immer wieder hingewiesen worden ist (siehe Kästchen), standen bei der Debatte über den Antrag der vorbereitenden kantonsrätlichen Kommission im Hintergrund; *abstimmungstaktische und werbepsychologische Aspekte* bestimmten sowohl die Abänderungsvorschläge der Kommission gegenüber der Regierungsrätlichen Vorlage vom 20. November 1969 wie auch die Diskussion. Hauptpunkte der abgeänderten Vorlage sind – so Kommissionspräsident Nehrwein (soz.) in seinem Einführungsreferat – die Grünzonenklausel, nach der 15 Hektaren, also rund ein Drittel des Strickhof-Areals, als Grünfläche freizuhalten ist, die Finanzdelegation an den Kantonsrat und die neugewählte Form eines Kreditbeschlusses (im Gegensatz zur ersten Vorlage ist die kantonsrätliche Kompetenz auf 600 Millionen Nettokredite plus Teuerung limitiert).

Schnellbauverfahren trotz mehrmaligen Vorstößen der Studentenschaft nicht geprüft worden. Für Zürichs Spezialbauten auf dem Strickhof kämen solche schneller fertiggestellten und billigen Schnellbauten nicht in Frage. Vorschläge von Braunschweig (soz.) und Diggelmann, zu prüfen, ob nicht provisorische und billige Schnellbauten zur Deckung des momentanen akuten Nachholbedarfs erstellt oder die bestehende Universität kurzfristig weiter rationalisiert werden könnte, damit mit einer weitsichtigeren, grosszügigen Planung einer neuen, modernen und zeitgemäss konzipierten Universität begonnen werden könnte – solche Vorschläge wurden allenfalls als Kuriosa belächelt oder den Rednern böse Absichten unterstellt. Ueber das in diesem Zusammenhang ebenfalls wichtige Problem der Koordination der Uni und ETH Zürich verlor der Kantonsrat kein Wort.

«Kein direkter Zusammenhang»?

Hefig entgegengetreten wurde der studentischen These, Hochschulplanung lasse sich nur zusammen mit einer Strukturreform, zumindest nur auf der Grundlage einer Bildungskonzeption,

verwirklichen. »Keinen direkten Zusammenhang« sieht Rosenbusch (soz.) zwischen diesen beiden Bereichen, B. Schmid (LdU), welcher Zusammenhänge wohl sieht, glaubt, dass mit der internen »Ordnungsstruktur vor allem der Geist der Universität« erhalten werden muss. U. Bremi (freis.) sagte es ehrlicher: »Wir haben jetzt einfach keine Zeit, um uns mit Strukturfragen auseinanderzusetzen; wir müssen jetzt irgend etwas tun, um uns Luft zu schaffen, um den dringenden Nachholbedarf zu stillen.«

»Taschenspielertricks«?

Ebenfalls »nicht im Vordergrund« steht – so Nehrwein im Einführungsreferat – der Fonds, der aus den dem Kanton gemäss Hochschulförderungsgesetz zustehenden Betriebsbeiträgen gebildet werden soll und aus dem die jährlichen Tilgungsraten gedeckt werden sollen. (Für jede Baustappe wird die Bauschuld in vierprozentigen Tilgungsraten in 25 Jahren abgetragen.) Dank dieser Amortisationsfondsleistung müssen – so Rosenbusch – keine »zürcherischen Steuergelder« für den Universitätsausbau verwendet werden. H. Oester (ev.) wollte diese Formu-

lierung als »Taschenspielertrick« verstanden wissen: Die Betriebsbeiträge, welche der Bund den Kantonen an die »Betriebskosten ihrer Hochschulen« leistet, fehlen dann einfach in der Ordentlichen Betriebsrechnung. Zürcherische Steuergelder in der gleichen Höhe wie die Bundesbeiträge (für den Fonds) müssen dann mehr in den ordentlichen Betrieb der Universität gesteckt werden. Ueberdies müssen durch zürcherische Steuergelder auch die Zinslasten getragen werden.

Zusammen oder in Raten?

Zentrales Prunkstück der ganzen Vorlage ist die Kompetenzdelegation an den Kantonsrat. »Endgültig«, d.h. ohne die Möglichkeit eines fakultativen Referendums für die Bevölkerung, beschliesst der Kantonsrat über die einzelnen Teilkredite für die in mehreren Etappen zu erstellenden Neubauten. Begründet wird dieser Schritt zu Recht mit dem Argument, dass die einzelnen Bauten nur dann einen Sinn hätten, wenn der gesamte Bau gesichert sei, zudem sei es ein Problem der Rationalisierung. »Wenn eine Baugrube fertig ausgehoben ist, muss mit der nächsten begonnen werden können, sonst können die Bauinstallationen nicht rationell eingesetzt werden. Das nennt man Planung«, meinte Rosenbusch. (Wir meinen: das nennt man Koordination.)

So oder so: Der Behauptung, die Planung sei »langfristig und sehr sorgfältig« durchgeführt worden (Prof. Schwarz), die Kommission habe nochmals »sehr eingehend über die Vorlage gebrütet« (Nehrwein), steht der Behauptung gegenüber, die Planung sei »schon lange überholt« (Diggelmann), noch in einem Anfangsstadium – es geht ja jetzt erst darum, die Finanzierung zu sichern (Schlappner), und müsse »nochmals überarbeitet werden« (Braunschweig.) Die Bedenken der Studentenschaft konnten, darüber besteht kein Zweifel, nicht behoben werden.



Eine ohne Zweifel schwere und bittere Entscheidung hat die Kantonsratsdebatte über die Teilverlegung der Universität auf das Strickhof-Areal für die Studentenschaft gebracht. Nicht nur, dass die vorbereitende Kommission der am Strickhof-Projekt interessierten Studentenschaft und sogar einigen Parteigenossen, die als Strickhof-Spezialisten gelten, den Abschluss ihrer Arbeit verheimlicht hat,

nicht nur, dass Kommissionspräsident Nehrwein in seinem Einführungsreferat in diesem Zusammenhang irreführende und falsche Äusserungen, welche an der gemeinsamen Sitzung der Kommission und der Studentenschaft gefallen sein sollen, zitierte,

nicht nur, dass – gerade von der Sozialdemokratischen Partei aus – diejenigen Studenten, die sich intensiv mit dem Strickhof-Projekt befasst haben, als »diejenigen 5 Prozent der Studenten, welche die Gesellschaft kritisieren und an die wir uns deshalb nicht wenden können, diskriminiert wurden, enttäuschend für uns Studenten war vor allem, mit welcher leichtfertigen Achselzucken, mit welcher Nonchalance und welchen oberflächlichen Argumenten unsere nicht immer unbegründeten Bedenken übergangen wurden.

Von »reinen Wein einschenken« war während der Debatte oft die Rede; H. Hungerbühler (chr.) lobte die Kommission gar, sie habe »den Weg der absoluten Ehrlichkeit« gewählt. Doch wenig war die Rede davon, wer denn die fehlenden Bundesbeiträge in der Ordentlichen Betriebsrechnung bezahle, welche nach der Vorlage in den Fonds umgelegt werden. Wenig war auch die Rede von der Zukunft des Fonds, wenn in wenigen Jahren die von den meisten Hochschulkantonen geforderte Revision des Hochschulförderungsgesetzes die Aufteilung der Bundesbeiträge neu ordnet. Wenig die Rede war von den weiteren Ausbauprojekten, die neben dem Strickhof geplant sind.

Viel dagegen war in dieser Debatte die Rede von den Volksrechten, vom Vertrauen des Volkes und von der Regierung, welche im Namen des Volkes (Regierungspräsident Meier) ihre Aufgaben bewältige. Von einer Beschränkung der Volksrechte könne keine Rede sein, eher von einer Bereicherung, hiess es: Das Projekt kommt ja nach der Abstimmung wieder vor den Kantonsrat und damit vor die Öffentlichkeit, hiess es bei Bremi vertrauensvoll. Die Konsequenz allerdings, die Kredite dem fakultativen Referendum zu unterstellen, wollte der Rat nicht ziehen: »Der Kantonsrat traut sich zu, vernünftige Entschiede endgültig fällen zu können.«

Und eben gerade das ist es, was man nach der beinahe drei Halbtage dauernden Diskussion um das Strickhof-Projekt so leise zu bezweifeln beginnt.

Christian Rentsch

Standortfrage

Die Standortfrage wurde von Nehrwein mit einem Satz abgetan: »Es ist ein Glücksfall ohnehin, dass an so zentraler Stelle und so nahe bei den bisherigen Hochschulbauten ein so günstiges Gelände zur Verfügung steht.« Kritik am gewählten Standort, etwa von W. Diggelmann (freis.), wurde mit persönlichen Angriffen pariert, auf die immerhin zentrale Frage nach verkehrstechnischen Lösungen (3500 Studenten mehr in Stosszeiten auf der heute bereits überlasteten Winterthurerstrasse) hatte auch die Kommission keine Antwort.

Keine Rede von Numerus clausus?

Unklar blieb die Stellungnahme zu einem der zentralsten Anliegen der Studentenschaft: zum Numerus clausus. (Bereits nächstes Jahr erreicht die Zahl der immatrikulierten Studenten 10 000, also das Planungsziel, das mit der Teilverlegung – etwa 1990 – angestrebt wird.) Zwar sprachen sich zahlreiche Redner gegen eine »Mammuto-Universität« aus, »deren verheerende Folgen wir ja alle kennen« (Prof. Schwarz, freis.), oder schoben den Schwarzen Peter anderen Kantonen zu, trotzdem aber »kann von einem Numerus clausus keine Rede sein« (Prof. Schwarz). Kommissionspräsident Nehrwein dagegen wollte diese grundsätzliche Frage als »für die Vorlage absolut nebensächlich« taxiert wissen. Konsequenterweise war denn von der Kommission die mit dem Problem des Numerus clausus aufs engste zusammenhängende Frage nach

Argumente der Studentenschaft zur Debatte im Kantonsrat

Die Studentenschaft hat sich seit einiger Zeit intensiv mit dem geplanten Erweiterungsbau der Universität auf dem Strickhof-Areal befasst. Sie ging dabei von einer klaren Unterstützung der Bestrebungen von Erweiterung und Ausbau der Universität aus. (Einstimmige Erklärung des Grossen Studententrates an der Presseorientierung vom 12. 12. 69.)

Die anschliessenden Untersuchungen der Strickhof-Delegierten und des Kleinen Studententrates hatten demnach nur den Zweck, das bestehende Projekt daraufhin zu prüfen, ob – es eine rasche und wirksame Abhilfe der unbestrittenen Raumnot garantierte,

– bei der Planung die Interessen der folgenden Studentengenerationen ausreichend berücksichtigt sind. Im folgenden wird die Problematik des Strickhof-Projekts, wie es sich aus unserer Sicht ergibt, stichwortartig erläutert:

1. Studentenzahlen

Es wird an einem Planungsziel festgehalten, das einen Endausbau der Universität von 10 000 Studenten vorsieht. Heute studieren aber bereits 9000 Studenten an der Universität Zürich. Diese Zahl wird in der massgeblichen Prognose von 1964 erst für das Jahr 1995 erwartet, man nimmt also bewusst einen Numerus clausus in Kauf. Die Teilverlegung auf den Strickhof stellt daher keine in die Zukunft gerichtete Planung dar, sie vermag höchstens

einen dringenden Nachholbedarf zu decken.

2. Finanzielles, Bauzeit

Obwohl die zur Debatte stehende Vorlage einen blossen Nachholbedarf deckt, bindet sie die Investitionsmöglichkeiten des Kantons Zürich im Sektor Hochschule für die nächsten 15 Jahre weitgehend.

Es stellt sich hier die dringende Frage, ob nicht mit wesentlich geringeren finanziellen Aufwand und innerhalb kürzerer Frist der Nachholbedarf gedeckt werden könnte. Unabhängig davon sollte die langfristige Planung auf besserer Grundlage durchgeführt werden.

Das Schnellbauverfahren für Hochschulen hat in Deutschland eindeutig gezeigt, dass eine solche Lösung möglich ist. So wurden in verschiedenen Städten (Köln, Bonn, Trier, Münster, Aachen, Freiburg u.a.m.) Schnellbauten für den dringenden Nachholbedarf in 6-12 Monaten erstellt. Dabei war ein Finanzaufwand von 1300-1500 DM/qm Bruttogeschossfläche die Regel, während man für die erste Etappe auf dem Strickhof 2050 Fr. für die folgenden 4450 Fr. berechnet!

Auch Vergleiche innerhalb der Schweiz zeigen, dass man billiger und lausamer zugleich bauen kann: In Lausanne-Dorigny (Universität) wurde in 18 Monaten für 27,5 Mio. Fr. ein Centre Propédeutique erstellt, das 900 Labor- und 1200 Hörsaalplätze umfasst. Längerfristig ist geplant, die Universität in Dorigny

– bis 1982 für 4000 Studenten (275 Mio Fr.),
– bis 2000 für 8000-9000 Studenten (insgesamt 535 Mio. Fr.)

auszubauen. In diesen Summen ist nicht nur der Landerwerb, sondern auch der Neubau der geisteswissenschaftlichen Fakultäten eingeschlossen.

3. Bildungskonzeption

Durch Erweiterungsbauten allein kann die Raumnot nicht bekämpft werden, dazu ist auch eine winnere Reform der Universität nötig: Studien- und Studentenberatung, Strukturreform, Einführung neuer Lehr- und Lernmethoden (Fernunterricht etc.). Der Einführungserlass zum Hochschulförderungsgesetz sollte diesen Erfordernissen Rechnung tragen. Obwohl die Studentenschaft dessen Ausarbeitung dringend verlangt hat und er laut Hochschulförderungsgesetz bis Ende 1970 vorliegen sollte, ist von Kanton und Universität in dieser Sache wenig unternommen worden.

4. Folgerungen

In Berichten und mündlichen Stellungnahmen haben wir diese verschiedenen Punkte ausführlich dargelegt; dass unsere Argumente im wesentlichen zutreffen, wurde nie bestritten. Wir möchten jedoch unserer Besorgnis darüber Ausdruck verleihen, dass in einer Abstimmung von derartiger Tragweite dem Volk ein Projekt vorgelegt wird, das so offensichtliche Mängel – und damit Angriffsflächen – aufweist.

KStR

UNIBALL 71

Hilfe? Hilfe!

Saalchefs Dekorateure Installateure Losverkäuferpaare

erleben ein viel intensiveres Ballgefühl, wenn sie an den Vorbereitungen kreativ mitgewirkt haben.

Wenn Du eine Freipaarkarte gegen 16 Stunden Mithilfe verdienst, so melde Dich umgehend bei der

FEKO Rämistrasse 66 3. Stock Tel. 34 94 01

Zum Phänomen der politischen Gewalt

Gewalt als Mittel zur Verwirklichung politisch-sozialer Zielsetzungen – auch wenn ihr ein rational bestimmbarer, emanzipatorischer Charakter zukommen sollte – ist problematisch. Für die einen ist jede Gewalttat (z. B. von Minderheiten), die das jeweilige kodifizierte Recht verletzt, der Anlass dazu, die Rechtsordnung zu substantiieren und den Rückfall in die Steinzeit zu proklamieren. Für die anderen steht Gewalt als legitimes Mittel gegen eine illegitime Ordnung gar nicht mehr zur Diskussion; es geht nur noch darum, die effizienteste Organisationsform zu suchen. Dieses Spannungsfeld zwingt zur Analyse: Wie ist das Verhältnis zwischen Recht und Gewalt zu bestimmen?

Als erstes drängt sich eine Begriffsklärung auf: Die Begriffe *Macht* und *Gewalt*, – in Verwendung in der Alltagssprache oft von Unklarheiten belastet, sind so zu definieren, dass mit ihnen analytisch gearbeitet werden kann, d.h. es muss ihnen ein fester Bedeutungsinhalt zugeordnet werden. Max Weber definiert *Macht* als die *Chance, sich in sozialen Beziehungen durchsetzen zu können*. Dieser *Macht* kommt dabei jeweils ein unterschiedlicher Grad an Legitimation zu, d.h. sie ist in je unterschiedlichem Masse allgemein sozial anerkannt (ohne dass damit die Legitimationskriterien schon ausformuliert wären). Das gleiche gilt auch für die *Mittel der Machtausübung*. Da es in allen – bisher bekannten – sozialen Systemen knappe Güter gibt, deren Kontrolle *Macht* impliziert, schließt *Macht* allen (bisherigen und gegenwärtigen) menschlichen Gemeinschaften inhärent zu sein.

Nach Weber ist der Staat *kein* auf das *Mittel der legitimen...Gewalt*smasse gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen, wobei ihm *das Monopol legitimer, physischer Gewaltsmasse* zukommt. Daraus wird nun nicht genau ersichtlich, ob die *Macht* des Staates insofern zur *Gewalt* wird, indem sie ein Herrschaftsverhältnis impliziert, oder ob *Macht* sich von *Gewalt* nur dadurch unterscheidet, dass sie beschränkte, institutionalisierte *Gewalt* ist, woraus folgte: *Gewalt* kann Vorbedingung resp. Ursache von *Macht* sein. – Damit ist einmal gesagt, dass für den Staat, das Recht, dem das Monopol zur Ausübung der *Gewalt* zu Rechtswert (Walter Benjamin) zukommt, damit jede andere, von Gruppen oder Individuen ausserhalb des kodifizierten Rechtes ausgeübte – damit potenziell rechtsetzende – *Gewalt*, ganz abgesehen von den Zwecken, die sie verfolgt, illegitim ist. Woraus *Macht* – nicht nur politische – jeweils resultiert und in welchem Verhältnis sie zur *Gewalt* steht, wird dabei nicht deutlich.

»Ueber *Macht* verfügt niemals ein einzelner, sie ist im Dienste einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält. Wenn wir von jemandem sagen, er habe die *Macht*, heisst das in Wirklichkeit, dass er von einer bestimmten Anzahl Menschen ermächtigt worden ist, in ihrem Namen zu handeln.« (1)

Damit scheint in erster Linie politische *Macht* anvisiert zu sein: »Verliehen auf Grund bestimmter Regeln. Im Idealfall bleibt dabei nach diesem Konzept die *Macht* bei den Verleiher, kann also – zumindest theoretisch – zu jedem beliebigen Zeitpunkt zurückgenommen werden. Vielfach ist jedoch politische *Macht* nur ein Spezialfall der eigentlich sozialen *Macht*, die

ausübung sozial als nicht gerechtfertigt empfunden wird.

Gewalt definiert Hannah Arendt instrumental: »Wie alle *Mittel* und *Zwecke*, der sie dirigiert und ihren Gebrauch rechtfertigt. Und das, was eines anderen *bedarft*, ist funktioneller, aber nicht essentieller Art...*Gewalt* kann gerechtfertigt, aber sie kann niemals legitim sein.« (2). Jeder sozialen Position kommt ein bestimmtes Quantum *Macht* zu, d.h. der Positionsinhaber hat Zugang zu legitimen Mitteln, um die in der jeweiligen Gesellschaft allgemein für legitim erachteten Ziele zu erreichen. Solange der Gebrauch bestimmter *Mittel* für bestimmte Ziele als legitim betrachtet wird, kann man nach H. Arendt nicht eigentlich von einer Rechtfertigung sprechen. *Gewalt* wird man somit wohl nur dort diagnostizieren lassen, wo

a) der Legitimationsgrad von Positionen, die viel *Macht* auf sich vereinigen, schwindet, der Gebrauch der vordem legitimierten *Mittel* als nicht mehr legitim empfunden wird und wo b) »machtarme« Positionen ihre unterprivilegierte Stellung durch den Gebrauch nichtlegitimierter *Mittel* zu verbessern versuchen.

Diese Begriffsmanipulation kann vielleicht dazu dienen, den Begriff *Gewalt* als deskriptiv-analytischen in die Diskussion einzuführen. – Dabei scheint es jetzt durchaus möglich, dass – lässt

Gesellschaft, soziale Struktur und Recht

Eine Gesellschaft lässt sich als soziale Struktur betrachten, die nach der unterschiedlichen Verteilung von *Macht* geschichtet ist. In einer Wechselwirkung zu dieser Struktur steht die Rechtsordnung als Ausdruck der Tendenz, die Struktur zu stabilisieren, d.h. um »menschenliches Verhalten bis zu einem bestimmten Grad vorhersehbar, berechenbar zu machen« (4). An dieses Wechselverhältnis knüpfen sich verschiedene Interpretationen: Für die einen ist das Recht juristisch domestizierte, legitime *Gewalt*, »der zum Gesetz erhobene Wille einer (der bürgerlichen) Klasse, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen einer Klasse« (Marx, kommunistisches Manifest). Alles Recht ist damit Klassenrecht (auch das proletarische). Für die anderen ist nach Locke (*where there is no law, there is no freedom*) das Recht – gesetzt durch die vernünftig diskutierende Öffentlichkeit – Voraussetzung für die Freiheit vom Zwang und der *Gewalt* anderer. An diesem Punkt setzt nun gerade die Liberalismuskritik ein: Die Freiheitsrechte sind primär Abwehrrechte (frei von), sie haben negativen Charakter. Freiheit ist zu wenig bestimmt als positives Gestaltungsrecht resp. Gestaltungsaufgabe:

»Hat das Recht jedoch nicht nur private Herrschaftssphären gegeneinander abzusichern, sondern einem freihetlichen Sozialgefüge zur Wirklichkeit zu verhelfen, hat es schöpferisch nicht nur konservativ zu sein, dann... steht das jeweils geltende Gesetz keineswegs notwendigerweise auf der Seite der Freiheit.« (5)

Gewalt wäre somit eher ein Gegenbegriff zu Freiheit als zu Recht. Sowohl die marxistische als – zumindest potentiell – auch die aufgeklärte-liberale Kritik lokalisieren also im Recht *Gewalt*. Im ersten Falle ist jedes Recht Indiz dafür, dass die Herrschaft des Menschen über den Menschen noch besteht, sich in den Interaktionen von Mensch zu Mensch noch *Gewalt* findet; im letzteren wird nur insofern von *Gewalt* gesprochen, als die Rechtsetzung sich nicht unter der Beteiligung aller Betroffenen in rationaler Diskussion abgespielt hatte, Freiheitsrechte letztlich also noch das Privileg einer Minderheit sind:

»Das ist *Gewalt* auch im Sinne der entwickelten Begriffsbestimmung: Wo

man die Zeitdimension nicht ausser acht – durch *Gewalt* Machtpositionen besitzt und mit der Zeit die dazu notwendige gesellschaftliche Legitimation produziert werden kann. *Gewalt* könnte somit in dem Masse legitim werden, in dem sie zur *Macht* wird.

Hannah Arendts Unterscheidung ist also mit Vorbehalten zu begegnen: »*Macht* und *Gewalt* sind Gegensätze, wie die eine absolut herrscht, ist die andere nicht vorhanden. *Gewalt* tritt auf den Plan, wo *Macht* in Gefahr ist; überlässt man sie den ihr selbst innewohnenden Gesetzen, so ist ihr Endziel... das Verschwinden der *Macht*. So kann man auch nicht eigentlich sagen, das Gegenteil von *Gewalt* sei *Gewaltlosigkeit*... Zwischen *Macht* und *Gewalt* gibt es keine quantitativen und qualitativen Uebergänge; man kann weder die *Macht* als den sanften Modus der *Gewalt* noch die *Gewalt* als die eklatanteste Manifestation der *Gewalt* verstehen.« (3)

In den folgenden Ausführungen wird nun nicht immer zwischen deskriptiver und normativer Bedeutung des *Gewalt*-begriffs unterschieden. Wenn daher in der Folge von *Gewalt* gesprochen wird, so heisst das – wo nicht anders definiert – *Gewalt* im Sinne der Nichtbeachtung des kodifizierten Rechts als institutionalisierter Mechanismus zur Konfliktregulierung.

eine rationale Diskussion politischer Entscheidung nicht stattfindet, kann die Entscheidung nicht beanspruchen, Vernunft zu repräsentieren« (6).

Was weiter eingeführt werden muss, ist die Zeitdimension: Eine Gesellschaft, eine soziale Struktur hat sich in bestimmten Prozessen geformt, ist evtl. teilweise erstarrt, während gleichzeitig Faktoren auf ihre Veränderung hin arbeiten, d.h.: Der Gültigkeitsanspruch der normativen Struktur der Rechtsordnung einer Gesellschaft ist historisch auf seine Genese zu befragen. Zunächst partikuläre, von Minderheiten verfochtene Ideen wurden – historisch gesehen – mit *Gewalt* verwirklicht und nahmen dann allgemeine Gültigkeit an gegen die von neuen Minderheiten geübte *Gewalt*. So ist z.B. die liberale Rechtsordnung das Produkt eines gewaltsamen Kampfes gegen den feudalen Absolutismus, ein Tatbestand, den gewisse dezidierte Vertreter des Status quo des öftern verdrängen, indem sie die Rechtsordnung gleichsam zum Festisch substantiieren. Deshalb ist Oskar Negt zuzustimmen: »Vor heute das Problem der *Gewalt*, ausschliesslich unter moralischen Gesichtspunkten behandelt oder *Gewalt* schlicht der bestehenden Rechtsordnung entgegenzusetzen, muss... von vornherein darauf verzichten, ihre wechselnde Bedeutung im Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen« (7).

Bis jetzt wurde relativ abstrakt von sozialer Struktur, Gesellschaft und Rechtsordnung gesprochen. Jeder Versuch, diese Problematik zu konkretisieren, wird jedoch auf das Niveau der Gruppen resp. Individuen, die diese Struktur bilden, sie bewahren und evtl. auf ihre Veränderung hin arbeiten, Bezug nehmen müssen. Das ganze Wechselverhältnis zwischen spezifischen individuellen Charaktereigenschaften (z.B. Aggressivität) und der sie bedingenden und von ihr andererseits gestützten gesellschaftlichen Struktur muss der Gegenstand von Spezialuntersuchungen sein.

Das emanzipatorische Defizit

Galtungs Definition: »Violence is... the cause of the difference between the potential and the actual... violence is that which increases the distance

between the potential and the actual and which impedes the decrease of this distance« (8) führt uns auf den Begriff des emanzipatorischen Defizits: Ueberall da, wo der gegenwärtige Entwicklungsstand hinter dem – unter möglichst effizientem Einsatz aller vorhandenen Ressourcen – potentiell erreichbaren zurückhängt, wird strukturelle *Gewalt* oder, wie es Galtung auch nennt, soziale Ungerechtigkeit diagnostiziert.

Damit wird auf ein aufklärerisch-emanzipatives Legitimationskonzept verwiesen: Legitimiert ist, was vernünftig ist; die sich perpetuierende soziale Unvernunft, repräsentiert durch die strukturelle *Gewalt*, muss qua ihrer Unvernunft bekämpft werden. Nun wird aber dieser Standpunkt (legitimiert ist, was im oben dargelegten Sinne vernünftig ist) nur von bestimmten Randgruppen vertreten. D.h.: soziale Phänomene können als legitimiert betrachtet werden, obwohl sich ihr aktueller Entwicklungsgrad nicht mit dem potentiellen (= vernünftig bestimmbar) deckt. Diejenigen, die gegen diese Legitimationssynthese ankämpfen, werden dafür, obwohl sie behaupten, das vernünftige Interesse aller zu vertreten, zu Vertretern partikulärer Positionen abgestempelt; historisch gesehen nichts Neues: Die heute allgemein anerkannten persönlichen Freiheitsrechte waren einmal partiku-

läre Werte, die gegen den Widerstand überlieferter Legitimationskomplexe durchgesetzt werden mussten.

An die Analyse des Ist-Zustandes knüpft sich die Entwicklung des Soll-Zustandes. Geht man davon aus, dass es darum geht, »*Freiheit und Glück der Menschen in einem Gemeinwesen, von welcher Regierungsform auch immer, herzustellen, zu befördern oder zu erweitern*« (9), so stellt sich sofort die Frage, ob es rationale Kriterien zur Bestimmung der Möglichkeiten menschlicher Freiheit und menschlichen Glücks gibt, die einer Gesellschaft in einer spezifischen geschichtlichen Situation zur Verfügung stehen.

Die Vermittlung zwischen Ist- und Soll-Zustand kann nun unter Umständen – als radikale, qualitative Veränderung – *Gewalt* einschliessen, *Gewalt*, die nicht um ihrer selbst willen, sondern als rationales Mittel zur Herstellung oder Beförderung menschlicher Freiheit (Marcuse) ausgeübt werden soll. Solche *Gewalt* bestimmt sich als *Gegengewalt*, d.h. »als *Gewalt*, notwendig, um höhere Formen der Freiheit gegen den Widerstand der etablierten Formen zu sichern« (10), die, indem sie die strukturelle *Gewalt* bekämpft, an ihrer eigenen Abschaffung arbeiten soll: »Wenn sie *Gewalt* anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte.« (11)



Paris 1968: Lag die *Macht* wirklich auf den Strassen?

Die Zweck-Mittel-Beziehung

Damit stellt sich nun die Frage: Verletzen nicht die *Mittel* den Zweck, dem sie angeblich dienen? Lässt sich durch die Anwendung von *Gegengewalt* (z.B. Guerillas, oder in struktureller Form, z.B. Erziehungsdictatur) das emanzipatorische Defizit optimal reduzieren?

»Es liegt im Wesen der *Gewalt*handlung, dass sie wie alle anderen Herstellungsprozesse im Sinne der Zweck-Mittel-Kategorie verläuft. Wird diese Herstellungs-kategorie auf den Bereich der menschlichen Angelegenheiten angewandt, so hat sich noch immer herausgestellt, dass die Vorrangstellung des Zwecks im Verlauf der Handlung verlorengeht; der Zweck, der die *Mittel* bestimmt, die zu seiner Erreichung notwendig sind, und sie daher rechtfertigt, wird von den Mitteln überwältigt.« (12)

»*Gewalt*, dazu bestimmt, die Freiheit zu erweitern, ist... von einem gewissen Punkt der politischen Entwicklung an ein Widerspruch in sich: Sie widerspricht dann gerade denjenigen Grundsätzen, mit deren Hilfe sie legitimiert werden soll.« (13)

Gerade in extremen kolonialen Unterdrückungssituationen besteht die Gefahr, dass die gewalttätige Handlung einem gewissen (vorübergehenden) Fetischisierungstrend unterliegt. Aus einem rational kalkuliert eingesetzten Mittel kann ein idealisierter, alle dem Kolonialisierten anerzogenen Minderwertigkeitsgefühle vernichtender Prozess der Selbstschöpfung werden: »Der kolonialisierte Mensch befreit sich in der *Gewalt* und durch sie.« (14) »... das kolonialisierte Volk erlebt es, dass diese *Gewalt*, weil sie seine einzige Arbeit darstellt, positive und aufbauende Züge annimmt. Die gewalttätige Praxis wirkt integrierend, weil sich jeder zum gewalttätigen Glied der grossen Kette, der grossen gewalttätigen Organisation macht, die als Reaktion auf die primäre *Gewalt* des Kolonialisten aufstanden ist.« (15)

(Diese Fetischisierung der *Gewalt*...

tigkeit dürfte wohl vor allem in der Anfangsphase einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung zu erwarten sein, reflektiert sie doch noch in extremem Masse die reale Machtlosigkeit des Kolonialisierten, m.a.W. das Gefühl des Manipuliert-Seins, die Entfremdung.)

Ist *Gewalt* kein Mittel zur Erweiterung der Freiheit? Ist sie dieser »wesensmässige entgegengesetzt? Oder hängt es nur von der Quantität der *Gewalt*anwendung ab? Gelten für die *Mittel* und die Zwecke die gleichen Massstäbe zur Kritik, oder sind *Mittel* und Zwecke je nach nach besonderen Kriterien zu kritisieren? M.a.W., ist *Gewalt* als »essentiell« ahumanes Mittel zu verwerfen oder nur aus teleologischen Gründen, also wegen der möglichen negativen Einwirkungen auf das Ziel?

Nach Marcuse muss eine revolutionäre Bewegung insofern sein, zu begründen, dass ihre *Mittel* dem gestellten Zweck angemessen sind. (?) Gleichzeitig sei auch hier wieder die historische Dimension einzuführen: »Nur wenn das Problem in einer historischen Zusammenhang gestellt wird, ist es einer rationalen Diskussion zugänglich. Anderenfalls bleiben nur zwei Positionen offen, nämlich alle Revolution und revolutionäre *Gewalt* a priori abzulehnen oder zuzulassen. Beide Positionen... verstossen gegen die historischen Tatsachen.« (16)

Es gilt also zu bestimmen ob die jeweils verübte *Gewalt* Veränderungen emanzipativer oder einschränkender Natur initiiert. Die prinzipielle Richtung einer Bewegung lässt sich nach Marcuse abschätzen. Dazu seien Opfer zu berücksichtigen, die den lebenden Generationen im Namen des Etablierten abgefordert werden und mit denen zu vergleichen, die eine evtl. gewalttätige Umwälzung fordern könnten. Dabei ist klar: Opfer sind sich schon un-menschlich, doch sind keine absoluten, sondern historische Massstäbe die Grundlage für die Ethik der Revolution.
(Fortsetzung Seite 17)

»Seht doch endlich folgendes ein: Wenn die *Gewalt* heute abend begonnen hätte, wenn es auf der Erde niemals Ausbeutung noch Unterdrückung gegeben hätte, dann könnte die demonstrative *Gewaltlosigkeit* vielleicht den Streit befähigen. Aber wenn das ganze System bis zu euren gewaltlosen Gedanken von einer tausendjährigen Unterdrückung bedingt ist, dann dient eure Passivität nur dazu, euch auf die Seite der Unterdrücker zu treiben.«

(J. D. Sartre, 25)

aus Kontrolle der in den jeweiligen sozialen Systemen knappen Güter resultiert. Der Zugang zu diesen machthaltigen Positionen kann mehr oder weniger offen sein, die *Macht*, die diese Position konkret ausübt, mehr oder weniger legitimiert sein. Geringe Legitimation bedeutet dabei, dass die *Macht*

GAULOISES



**Französischer
Charme und die Gauloises:
das sind Dinge, die ich mag.
Und – die Gauloises ist ja
die Zigarette mit
echt französischem Tabak.**

Sie zählen auf Ihre Zukunft- wir rechnen damit

Sie schätzen Ihre Arbeitskraft. Für den zukünftigen Akademiker ist sie Hunderttausende von Franken wert, vielleicht eine Million. Haben Sie dieses Kapital sichergestellt?

Wer verunfallt, kann die Arbeitskraft verlieren. Unwiederbringlich. Wie steht es dann um die Zukunft, um die Karriere? Die Einkommensentwicklung eines Akademikers zeigt fast immer, dass die Arbeitskraft sein wertvollster Besitz ist. Wer sie in jungen Jahren ganz oder teilweise verliert, erleidet somit einen harten Schicksalsschlag. Weil dieses Problem so schwerwiegend ist, wollen wir es gemeinsam mit Ihnen lösen. Individuell.

Ob Sie bei einer beruflichen Tätigkeit, im Militärdienst, beim Sport, in Ihrer Freizeit oder in den Ferien verunfallen, Ihre Zukunft soll finanziell gesichert sein. Die neue Unfallversicherung der Winterthur-Unfall bietet Ihnen diese umfassende, weltweite Deckung.

**Winterthur
UNFALL**

Schweizerische
Unfallversicherungs-
Gesellschaft in Winterthur
General Guisan-Strasse 40
8401 Winterthur

COUPON

Bitte ausschneiden und
in offenem Kuvert mit
10 Rp. frankiert einsenden
an Winterthur-Unfall,
Postfach, 8401 Winterthur

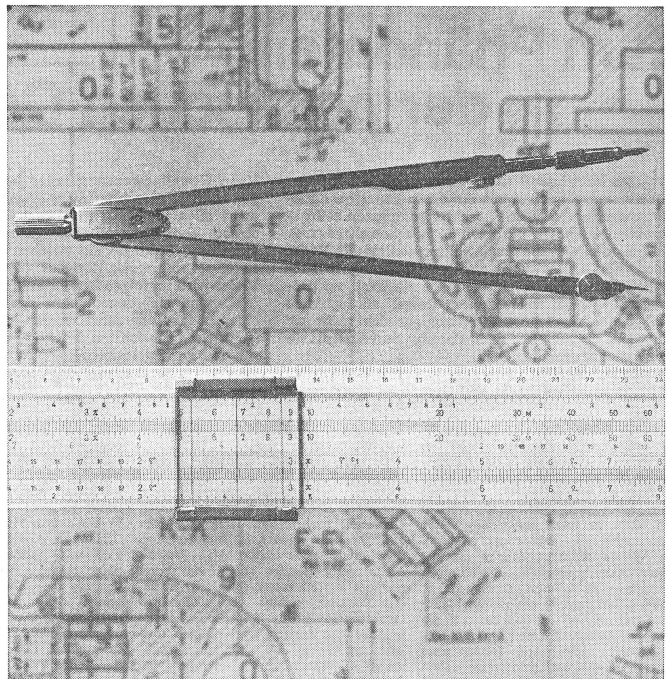
Ich wünsche

☐ Informationschrift
«Schätzen Sie
Ihre Arbeitskraft?»

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

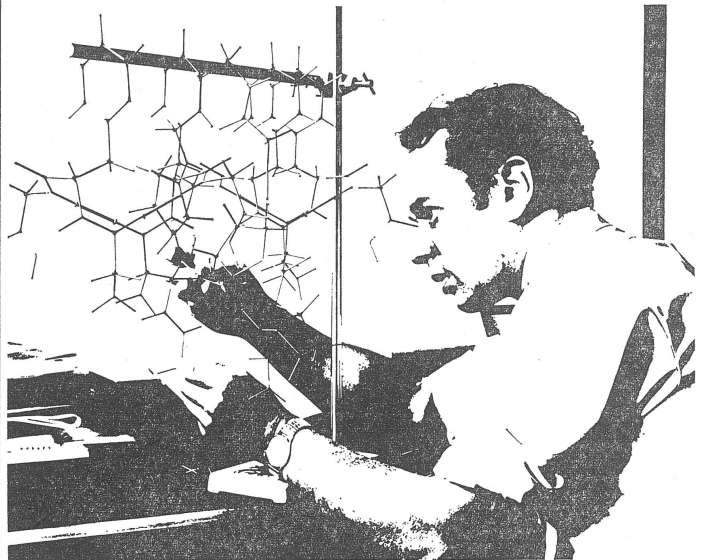


Entwicklung

wird in der Industrie gross geschrieben. Auch bei uns in der Oerlikon-Bührle-Gruppe. Zum Beispiel im Maschinen- und Waffenbau. Auf den Gebieten der Elektronik und des Hochvakuum. In der Schweisstechnik und in der Präzisionsmechanik. Im Flugzeugbau und in der Textilindustrie. Unsere Produkte müssen up to date sein. Denn wir arbeiten für den Export. Und das heisst: Spitzenprodukte entwickeln und produzieren.

Oerlikon-Bührle Zürich

9-102



Der Urquell aller technischen Errungenschaften ist die göttliche Neugier und der Spieltrieb des bastelnden und grübelnden Forschers und nicht minder die konstruktive Phantasie des technischen Erfinders.

Albert Einstein

C I B A

Heilmittel
Farbstoffe und Pigmente
Technische Applikationsprodukte
Kunststoffe
Agrochemische Produkte
Photochemische Materialien
Farbfernsehen in Grossprojektion
Kosmetika

film

Waterloo

Sergeï Bondartchouk

Après des films aussi mauvais que »Le lion en hiver« et froids comme »Tora! Tora! Tora!« c'était avec une certaine appréhension qu'on attendait cette nouvelle superproduction à prétention historique, que devait être »Waterloo« de Sergeï Bondartchouk. Bien sûr, ce dernier avait assez bien réussi »Guerre et Paix« où il s'était révélé un excellent spécialiste de la tactique napoléonienne, mais le film était tiré de l'ouvrage de Tolstoï, alors que relater »Waterloo« en coproduction russo-italienne (S. Bondartchouk et V. Bonicelli) sur une idée d'un anglais (H. A. L. Graig) semblait dans le moins original.

On discutera encore longtemps sur ces dix heures de combats du 18 juin 1815 – un siècle avant la saignée de Verdun – où les troupes des deux bords se sont massacrées avec ardeur (50 000 morts) pour se terminer par le résultat que l'on sait et que l'éloquence hugolienne a fixé pour la postérité:

»Il avait l'offensive et presque la victoire....

Soudain, joyeux, il dit: Grouchy! C'était Blücher«

Tout cette légende napoléonienne et imagerie d'Epinal a fait de l'empereur une grande victime du destin, de son étoile comme l'on dit; en fait une étude sérieuse de l'état économique et démographique de la France, saignée à blanc par les campagnes napoléoniennes, montre la logique de cette défaite. Ce fut à Waterloo, ça aurait pu être dans une quelconque plaine de la Prusse ou de l'Empire autrichien. S. Bondartchouk ne fait malheureusement



»Waterloo: Un film conventionnel reproduisant sur un air de ballet, le jeu d'echec de deux généraux.

ment qu'ajouter une nouvelle pièce à la légende, ce qui venant d'un russe, marxiste de surcroît, ne manque pas de piquant; tout de même une analyse historique un peu plus sérieuse aurait été la bienvenue.

Nous sommes le 6 avril 1814 sous la pression des événements et de ses maréchaux, l'empereur, mal rasé, les yeux rougis de fatigue, vieilli et bedonnant, signe son abdication. Le premier moment de surprise passé on se prend à espérer une mise à nu de la figure légendaire, l'espoir est bref, Rod Steiger, en pleine forme, en rajoute: grimacant, hurlant et gesticulant nous n'avons plus un homme devant nous mais un pantin jouant le héros-légendaire-résistant-à-la-douleur-du-mal-quel-le-ron. A l'opposé, le grand Wellington (Christopher Plummer), l'Adversaire avec un grand A, du moins dans le film, noble et généreux, »british« jusqu'au bout des ongles est un modèle de calme et de puissance tranquille. C'est, à ne pas en douter, la figure la plus réussie du film. Ce qui gêne cependant dans cette opposition des deux personnalités est l'impression, que l'on a exagéré le côté vulgaire de l'un pour mettre en valeur la noblesse et le raffinement de l'autre. Ménageant son effet, Bondartchouk nous présente Wellington avec un certain retard, au point que l'on est saisi par une certaine

impatience de voir enfin celui qui est le cauchemar de Napoléon. Utilisant le cadre somptueux et très aristocratique d'un bal organisé par la comtesse de Richmond (V. McKenna), Bondartchouk nous présente le généralissime des troupes anglaises comme un homme du monde, très »gentleman« et par la même occasion il met en relief la grossièreté du militarisme français face à la civilisation. Ce parti pris s'il est juste dans le fond, me semble un peu exagéré dans la forme, mais l'idée étant d'un anglais, on ne saurait lui en reprocher. Enfin un troisième personnage, Louis XVIII, nous est campé avec une superbe maestria par Orson Welles, malheureusement le temps d'une fuite.

En ce qui concerne la bataille proprement dite, il faut avouer que Bondartchouk se révèle un excellent général-régisseur; ce qui est la charge terrible des »Scots Grey«, un chef-d'œuvre du genre, ou la magnificence vue aérienne des assauts répétés de la cavalerie de Ney sur l'infanterie anglaise, tout est d'une beauté et d'une ampleur absolument extraordinaires. Rien n'est oublié que ce soit les »Vive l'Empereur« et les roulements de tambour du côté français ou le quart de gin et les slogans du genre:

»Who's gonna beat the Boney!«
»It's our Arthur!«

seits sind die Randbedingungen, unter denen sich organisierte Gegengewalt weder gegen diejenigen richtet, die sich ihrer bedienen, noch zu einem neuen – verbal in emanzipatorischer Absicht strukturell gewalttätigen – System verfestigt, genügend bekannt.

»Das Verhältnis von Mitteln und Zweck ist das ethische Problem der Revolution. In gewissem Sinne rechtfertigt der Zweck die Mittel, dann nämlich, wenn sie nachweislich den menschlichen Fortschritt in Freiheit fördern. Dieser legitime Zweck, der einzige legitime Zweck, erfordert die Schaffung von Verhältnissen, die seine Verwirklichung erleichtern... würden. Und das Schaffen dieser Verhältnisse kann Opfer rechtfertigen, wie es die ganze Geschichte hindurch Opfer gerechtfertigt hat. Aber diese Beziehung zwischen Mitteln und Zwecken ist in der repressiven, Der Zweck muss in den repressiven Mitteln, ihn zu erreichen, am Werk sein. Auch dann setzen die Opfer Gewalt voraus – die gewaltlose Gesellschaft bleibt die Möglichkeit einer geschichtlichen Stufe, die erst zu erkämpfen ist.« (21)

(Fortsetzung und Schluss in der nächsten Nummer)

- (1) Hannah Arendt, »Macht und Gewalt«, München 1970, S. 45
- (2) ebenda S. 52
- (3) ebenda S. 57
- (4) Günter Stratenwerth, »Recht und Gewalt«, NZ 133/70
- (5) ebenda
- (6) ebenda
- (7) Oskar Negt, »Rechtsordnung, Öffentlichkeit und Gewalt in »Die Aufrechterhaltung der Gewalt«, Frankfurt 1968, S. 174
- (8) Hannah Galtung, »Violence, Peace and Peace Research«, in Journal of Peace Research, 1969, S. 168
- (9) Herbert Marcuse, »Ethik und Revolution«, in »Kultur und Gesellschaft 2«, Frankfurt 1967, S. 130
- (10) ebenda S. 132
- (11) Herbert Marcuse, »Repressive Toleranz«, Frankfurt 1968, S. 127
- (12) Arendt, op. cit. S. 8
- (13) Stratenwerth, op. cit.
- (14) Frantz Fanon, »Die Verdammten dieser Erde«, Hamburg, 1969, S. 66
- (15) Fanon op. cit. S. 72
- (16) Marcuse, »Ethik und Revolution«, S. 142
- (17) ebenda S. 142
- (18) Mihailo Markovic, »Dialektik der Praxis«, Frankfurt 1968, S. 172
- (19) Robespierre, »Tête choisie«, Paris 1958, S. 119
- (20) Marcuse, »Ethik und Revolution«, S. 145
- (21) ebenda S. 146

ECHO

Berichtigung zu: »Blick auf den Uni-Spielplan 1970/71« (zs' 48/5)

In dem Artikel steht, »für die beurlaubten Germanisten Binder, Sonderegger und Taroté gebe es »den an anderen Universitäten verbreiteten Gastersatz« nicht, d. h. es sei nichts für ihre Vertretung geschehen. Es sind fünf Personen mit zusammen 14 Wochenstunden für ihre Vertretung aufgezogen. Drei stehen im Vorlesungsverzeichnis, zwei – Prof. Kolb, Berlin, und Prof. Kaiser, Freiburg/Br. – nicht, weil bei der Drucklegung des Vorlesungsverzeichnisses die Beurlaubungen Sonderegger und Binder noch nicht genehmigt waren. Am Ende der Ankündigungen heisst es aber: »Weitere Vorlesungen in Germanistik werden eventuell später angezeigt.« Ein Anruf beim Deutschen Seminar oder ein Blick auf das Schwarze Brett hätten Klarheit schaffen können. Ausserdem sind Fachschaft, Germanistenvorstand und Seminarkonferenz seit beinahe einem Jahr über diese Vertretungen unterrichtet; im Germanistenblatt »lk« vom Mai 1970 stehen detaillierte Vorberichte der Professoren Kaiser und Kolb über ihre Vorlesungen und Übungen.

Weiter heisst es in dem Artikel: »Wer ein Seminar in moderner Literatur besuchen will, wird sich an Heinrich von Kleist und Hölderlins Lyrik halten müssen; denn es gibt im Deutschen nichts Neues.« Es werden Erzähler des 20. Jahrhunderts, das Hörspiel in der Schweiz und Novellen vorwiegend der Moderne behandelt. Im letzten Semester stand das deutsche Gegenwartsdrama, früher die Erzählung seit 1945 auf dem Programm; das Seminar über Literatursoziologie im vergangenen Winter kommt hinzu. Insgesamt waren in den letzten vier Semestern 10 Veranstaltungen, darunter 7 Seminare modernen Themen gewidmet, fünfmal handelte es sich um Literatur oder Methodenprobleme der unmittelbaren Gegenwart.

Binder

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

bei der
Zentralbibliothek
Mühlegasse 19
Tel. 32 14 80

Zum Phänomen der politischen Gewalt

Fortsetzung von Seite 15

volution und die damit verbundene Gewaltanwendung.

»Aufgrund ihrer objektiven Funktion erzielen diese Revolutionen einen Fortschritt... nämlich eine nachweisliche Erweiterung des Spielraums menschlicher Freiheit; sie setzen damit trotz der schrecklichen Opfer, die sie fordern, ein sittliches Recht durch und nicht bloss eine politisch historische Rechtfertigung.« (17) Der hier implizierte Gesichtsbegriff ist problematisch. Es kann hier vorerst nur darauf hingewiesen werden, dass in concreto das emanzipative Interesse (vorläufig noch?) nur von einer Minderheit im Namen aller als objektives Interesse vertreten wird. Die Bedingungen für die Gewaltanwendung in emanzipatorischer Absicht bedürfen daher noch einer genauesten Ausformulierung; denn es ist zumindest in Erwägung zu ziehen, »dass die Forderung nach dem totalen Opfer in der post-kapitalistischen Gesellschaft auch im günstigsten Fall – dem freiwilligen Opfer einer ganzen Generation für ein möglichst komfortables Leben der kommenden Generation – keine moralische Berechtigung hat... (und dass) es absurd ist, gegen die Entfremdung durch maximale Intensivierung seiner eigenen Entfremdung zu kämpfen.« (18)

Damit stellt sich die Frage nach der Berechtigung der Erziehungsdiktatur: Der Zwang ist notwendig aufgrund der repressiven Verhältnisse. Wie können sich Sklaven, die nicht einmal wissen, dass sie Sklaven sind, befreien? (Rousseau) Man muss sie lehren, frei zu sein. Man muss sie lehren, ihr objektives Interesse selbst zu verfolgen.

»On a dit que la terreur était le ressort du gouvernement despotique. Le vötre ressemble-t-il donc au despotisme? Oui, comme le glaive qui brille dans les mains des héros de la liberté ressemble à celui dont les Attilas de la tyrannie sont armés. Que le despotisme gouverne par la terreur ses sujets abrutis; il a raison, comme despotisme: dompter par la terreur les ennemis de la liberté et vous aurez raison, comme fondateur de la République. Le gouvernement de la révolution est le

Filmprogramme

Filmstelle ETH

- | | | |
|-------|---------|---|
| Jan. | 6./7. | »Les Cousins« von J. C. Chabrol mit Gérard Blain, Jean-Claude Brialy, J. Maynel, C. Cervel
Beiprogramm: »Le Pélerin« mit Ch. Chaplin |
| | 13./14. | »Loulou« von G. W. Pabst (1928)
Beiprogramm: »Jour de paye« mit Ch. Chaplin |
| | 20./21. | »Wonderful country« von Robert Parrish mit Robert Mitchum, Julie London, Gary Merrill, Jack Oackie
Beiprogramm: »Pink Tail Fly« |
| | 27./28. | »Mädchen in Uniform« von Sagan Leontine und Karl Froelich (1931)
»Menschen am Sonntag« von Robert Siodmak (1929) |
| Febr. | 3./4. | »Chimes at Midnight« von O. Welles mit O. Welles, Jeanne Moreau, Ann Rutherford, Marina Vlady |
| | 10./11. | »Vintia« von M. Antonioni mit Anna Maria Ferrero, Franco Interlenghi, Eduardo Ciannelli, Pete Reynolds, Annie Noël
Beiprogramm: »Felix als Golfspieler« von Pat Sullivan |
| | 17./18. | »The Family Jewels« von Jerry Lewis mit Jerry Lewis, Sebastian Cabot, Sonna Butterworth
Beiprogramm: ein Trickfilm |
| | 24./25. | »Kiss me stupid« von Billy Wilder mit R. Walton, Kim Novak, Dean Martin, Felicia Farr
Beiprogramm: »Pink Panther« mit »the pink panther« |

Vorstellungen: HG ETH F-7. Vorverkauf Fr. 1.– (SAB), Abendkasse Fr. 1.50

Ciné-Club der Berufsschulen

- | | | |
|-------|-----|--|
| Dez. | 8. | »Manon« von H. Clouzot |
| | 15. | »La terra trema« von L. Visconti |
| | 22. | »Die kleinen Margriten« von Vera Chytilova |
| Jan. | 12. | »Mourir à... Madrid« von F. Rossif |
| | 26. | »Iwan der Schreckliche« von S. M. Eisenstein |
| Febr. | 23. | »Shadows« von J. Cassavetes |
| März | 9. | »Pierrot le fou« von Jean-Luc Godard |
| | 23. | »Yellow submarine« von G. Dunning |

Die Semesterkarte ist in der Bibliothek der Kunstgewerbeschule, in der Freizeitabteilung des KVZ und an der Abendkasse erhältlich. Die Karte kostet Fr. 6.–.

Jeder Film beginnt um 20 Uhr im Vortragssaal des Kunstgewerbemuseums, Ausstellungsstrasse 60 (Tram 4 und 13).

Sie sind Jurist, Nationalökonom oder Mathematiker

ca. 25- bis 30jährig mit abgeschlossenem Studium und dem festen Willen, im Hauptsitz eines führenden, international tätigen Dienstleistungsunternehmens in Zürich eine leitende Position zu erreichen. Dann ist hier Ihre

Kaderkarriere

Ihrer Ausbildung und Praxis entsprechend werden Sie als Mitarbeiter eines Direktors gründlich und methodisch in Ihr Arbeitsgebiet eingeführt.

Sie sollten gute Fremdsprachenkenntnisse in Englisch, Französisch und, wenn möglich, in Spanisch, Verantwortungsbewusstsein, Sinn für Zusammenarbeit und gute Umgangsformen besitzen.

Diese ausgesprochene Nachwuchsstelle ist der Bedeutung entsprechend salarisiert.

Offerten mit den üblichen Unterlagen und handgeschriebenem Begleitbrief unter Kennziffer ZS 833 erbeten an

Dr. H. Schwing, Dipl. Ing. ETH
Konsulent für Organisation und Personalfragen
Auf der Mauer 17, 8001 Zürich Tel. (051) 47 73 47

Jetzt grosse Auswahl in

Schnallen-Skischuhen

(Leder, Plastik und Fiberglas). Ihre alten Schuhe nehmen wir an Zahlung! Fachmännische Beratung — Kundendienst.

STADI-SPORT
ZOLLSTR. 42 8005 ZÜRICH TEL. 051/44 95 14

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

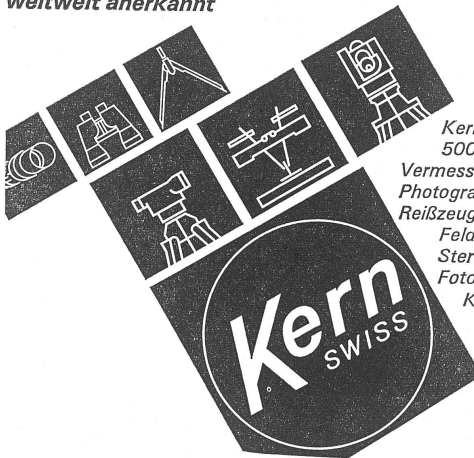
Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

Reden Sie
mit der ältesten Schweizer Bank
seit 1755
über anspruchsvolle
Bankgeschäfte
und neuzeitliche
Dienstleistungen



Filiale Heimplatz
beim Kunsthhaus, Tel. 23 18 55

Kern-Instrumente seit 1819
weltweit anerkannt



Kern & Co. AG
5001 Aarau
Vermessungsinstrumente
Photogrammetrische Instrumente
Reißzeuge
Feldstecher, Fernrohre
Stereo-Mikroskope
Foto- und
Kinoobjektive

Neue Zürcher Zeitung



für Leute,
die mitreden
wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt — nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner — als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet — so wird gesagt — mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 14 Tagen oder mit einem bis zu 30 % verbilligten Studentenabonnement:
für 3 Monate Fr. 15.50 (statt Fr. 17.25)
für 6 Monate Fr. 26.40 (statt Fr. 33.—)
für 1 Jahr Fr. 43.50 (statt Fr. 62.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z. St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 14 Tagen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.50
für 6 Monate zu Fr. 26.40
für 1 Jahr zu Fr. 43.40

Nichtgewünschtes
bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Ort/Postleitzahl:

Hochschule:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Portugals kolonisatorische Mission

Cabora Bassa – und die Freiheit, die der Staudamm schafft

Der Führer der Befreiungsbewegung von Moçambique (Frelimo), Eduardo Mondlane, proklamierte vor seiner Ermordung: »Wenn wir den Damm nicht zerstören, wird er uns für immer zerstören.« Mit dieser Parole kämpften Befreiungsbewegung, afrikanische Regierungen und europäische Gruppen ihren Kampf gegen die Eigengesetzlichkeit der kapitalistisch-kolonialistischen Politik, die ihre Herrschaft im südlichen Afrika abzusichern sucht.

Die internationale Kampagne gegen das Staudammprojekt in Cabora Bassa ist nur verständlich, wenn man den Hintergrund des portugiesischen Kolonialismus, die

Strategie zur Bildung eines weissen südlichen Afrikas und die Verbindung des internationalen Kapitals klar analysiert. Dieser Hintergrund wird in der Dokumentation zusammengefasst, welche die »Arbeitsgruppe für Kirche und Gesellschaft der evangelischen und römisch-katholischen Universitätsgemeinden Bern« zusammengestellt hat. Dem einleitenden Résumé dieser Dokumentation ist die folgende Darstellung der Situation um Cabora Bassa entnommen. Die vollständige Dokumentation kann bei der genannten Arbeitsgruppe (Pavillonweg 7, 3012 Bern) mit sämtlichen Nachweisen bezogen werden.

Portugal, das selber das wirtschaftlich und politisch am wenigsten entwickelte Land in Europa ist, beherrscht als letzte Kolonialmacht in Afrika die Territorien von Angola, Moçambique, Guinea-Bissau und die Insel Sao Tomé. Nach fünfhundertjähriger »zivilisatorischer Mission« Portugals in diesen Gebieten waren 1960 immer noch 99% der afrikanischen Bevölkerung Analphabeten. Portugals Ideologie zur Rechtfertigung der Kolonialherrschaft ist allerdings eine andere als bei den andern ehemaligen Kolonialmächten: Es betrachtet die afrikanischen Gebiete als sogenannte »überseeische Provinzen« und will damit die Uno-Resolutionen abwehren, indem es die Kolonialfrage als eine innerstaatliche Angelegenheit deklariert und gleichzeitig die wirtschaftliche Ausbeutung perfekter gestaltet. Auch das Verhältnis der weissen Siedler-Minderheiten zur schwarzen Bevölkerung wird formal anders ausgegeben als in Südafrika und Rhodesien. Der Wirtschaftsprozess und die kostengünstige Produktion wird durch ein System der Zwangsarbeit auf den Farmen (Baumwolle, Kaffee etc.) der weissen Grossgrundbesitzer und in den Minen (Diamanten, Kupfer, Eisenerz, Mangan etc.) der internationalen Konzerne aufrechterhalten.

Die politische Bedeutung des Cabora-Staudamms

Im Kontext dieser Strategie ist auch die Politik um die Errichtung des Cabora-Bassa-Staudamms in Moçambique zu verstehen. Neben der elektrischen Energie für die Minen Südafrikas und Rhodesiens ist für diese Strategie bedeutsam, dass bis 1990 eine Million grösstenteils weisser Siedler im militärisch labilen Moçambique angesiedelt werden sollen, um somit das Bollwerk der Weissen im Osten der Allianz zu verstärken. Die Frelimo, die OAU und die Uno haben erkannt, dass Cabora-Bassa politische Folgen haben wird, deren geschichtliche Relevanz mit der seinerzeitigen Fehlpolitik beim Assuan-Damm vergleichbar ist.

In diesem Sinne muss auch die internationale Kampagne gegen das Projekt verstanden werden. In Schweden musste sich die Firma ASEA auf Druck der öffentlichen Meinung, wahrscheinlich auch der Regierung, aus dem Baukonsortium zurückziehen. In England führte eine Kampagne gegen die English Electric (als Lieferant von Einrichtungen) und gegen die Barclays Bank (als Kapitalgeber) zum Erfolg. In Italien wurde eine finanzielle Beteiligung durch den Druck der Regierung aufgekündigt. In der ganzen Kampagne haben die Kirchen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt (Mondlane war führendes Kirchenmitglied in Moçambique und hatte enge Beziehungen zum Weltkirchenrat).

Die Befreiungsbewegungen

Seit dem spontanen Aufstand in Angola 1961 haben sich in allen drei Kolonien Befreiungsbewegungen gebildet. Das PAIGC (unter Cabral) in Guinea-Bissau kontrolliert bereits drei Viertel des Landes, die Frelimo (früher unter Mondlane) etwa ein Viertel von Moçambique und die MPLA (unter Neto) und die UPA/GRAE (unter Holden) ein Fünftel von Angola. Der Krieg Portugals, der heute 125 000 Soldaten bindet, und für das Land eine ungeheure wirtschaftliche Belastung darstellt, wird von den Nato-Partnern kräftig unterstützt, die damit ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern glauben. Im übrigen erhalten die Befreiungsbewegungen – selbstverständlich nebst erbeutetem Kriegsmaterial – Unterstützung von der OAU, von einzelnen afrikanischen Staaten, von Kirchen

in Nordeuropa und wahrscheinlich auch von Kuba und China.

Die Strategie von Portugal, Südafrika und Rhodesien zielt darauf hin, einen Wirtschaftsblock und eine militärische Allianz zu bilden, um die weisse Vorherrschaft im südlichen Afrika zu stabilisieren und sich gleichzeitig den Schutz der wirtschaftlich interessierten Westmächte zu sichern.

Für die Befreiungsbewegungen MPLA (Angola), PAIGC (Guinea-Bissau) und Frelimo (Moçambique) bedeutete es eine wichtige Aufwertung, als ihre Führer nach der Rom-Konferenz von Papst Paul VI. empfangen wurden. Diese Geste des Papstes führte sogleich zu schweren Spannungen zwischen Lissabon und dem Vatikan. Bei der Frelimo hat sich die Lage inzwischen geklärt. Das nach dem Tode Mondlanes eingesetzte, in sich zerstrittene Triumvirat wurde durch eine neue Führung ersetzt.

Direkte oder indirekte Intervention Südafrikas?

Seitdem Cabora Bassa auf dem Spiel steht, intensivierten sich die Kämpfe in Moçambique. Obschon die Frelimo in den Provinzen Tete (wo der Damm zu stehen kommt), Niassa und Cabo Delgado bemerkenswerte Erfolge mit Angriffen auf Armeeposten und Verbindungswege zu verzeichnen hat, muss ihre militärische Lage langfristig eher skeptisch beurteilt werden. Dies deshalb, weil in Tete der Einmarsch südafrikanischer Polizeitruppen festgestellt wurde und weil sich ein militärisches Engagement der USA nicht ganz ausschliessen lässt, nachdem sich amerikanische Oelgesellschaften in Moçambique Schürfrechte erlangt haben.

Demgegenüber haben die Befreiungsbewegungen auf diplomatischer Ebene einige Erfolge zu verzeichnen, so die Unterstützung durch die Uno durch die schwedische Regierung, durch die OAU-Konferenz und durch die erstmalige Zulassung an der Konferenz der 54 blockfreien Staaten in Lusaka. Es scheint, dass bei der Trägerschaft des Projektes die Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Rolle spielt,

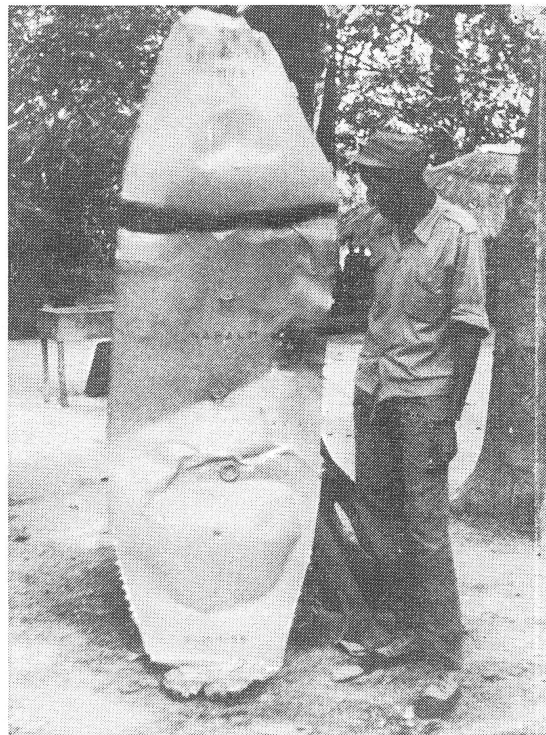
nachdem schwedische, englische und italienische Firmen aus dem Konsortium ausgestiegen sind. Durch die heftige Kritik in der afrikanischen Staatenwelt und im Inland wurde die deutsche Regierungspartei in eine schwierige Situation gedrängt. Die Zusage für die Garantie ist noch von ihrer christlichsozialen Vorgängerin vor dem Regierungswechsel erteilt worden. Ueber die Friedrich-Ebert-Stiftung fasst sie nun eine materielle Unterstützung der Frelimo ins Auge, um ihr Image bei den afrikanischen und schwedischen Genossen aufzupolieren.

Und die Schweiz?

Die Stellung der Schweiz ist nicht durchwegs transparent. Es ist aber gesichert, dass sich Brown Boveri & Cie. AG (und zwar nicht nur die Tochtergesellschaft in Mannheim, sondern auch das Badener Mutterhaus) bei der Lieferung von elektronischen Investitionsgütern beteiligt. Die Verhandlungen des südafrikanischen Finanzministers Diederichs mit den Zürcher Banken und die »private Mission« des Premierministers Vorster deuten darauf hin, dass schweizerisches Kapital die Finanzierungslücke auffüllen soll, die aufgrund der ausländischen Rückzieher entstanden ist. Es ist bekannt, dass die Schweizerische Bankgesellschaft seit Jahren enge Verbindungen mit der Oppenheimer-Gruppe der südafrikanischen Anglo-American Corporation pflegt, die ihrerseits Hauptträger des Cabora-Bassa-Baukonsortiums Zamco ist.

Im übrigen sind die Beziehungen der Schweiz zum EFTA-Partner Portugal ungetrübt, und die Schweizer Presse hat bisher wenig Negatives über die portugiesische Kolonialpolitik berichtet.

Auf der anderen Seite haben verschiedene Interventionen und Stellungnahmen von Berner und Genfer Gruppen, des Christlichen Friedensdienstes und der Erklärung von Bern in der Bevölkerung ein gewisses Problembewusstsein geschaffen. Der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes wurde beauftragt, die Sache zu prüfen; darüber ist allerdings noch nichts bekannt geworden.



»Wenn man sich über unseren grossen Truppeneinsatz wundert, so können wir nur antworten, dass unsere Soldaten in erster Linie als Helfer eingesetzt sind, also eine zivile und humanitäre Aufgabe zu erfüllen haben.« (»Die Woche«)

Wie rassistisch ist die Schweizer Presse?

Es ist vielleicht noch zu früh, um die Geschichte des Befreiungskampfes unserer Völker in den portugiesischen Kolonien zu schreiben. Jene, die sie eines Tages schreiben werden, werden nicht die Mauer des Schweigens vergessen, mit der der portugiesische Kolonialismus unsere Völker umgeben hat.

Amilcar Cabral, 1968

In den portugiesischen Kolonien Afrikas herrscht Krieg. Seit neun Jahren in Angola, acht Jahren in Guinea-Bissau und sechs in Moçambique kämpfen Befreiungsbewegungen mit bewaffneter Gewalt – nach Jahren ergebnisloser legaler Aktionen – gegen die Kolonialmacht Portugal. Es ist ein ungleicher Kampf: Portugal ist eine westliche Nation, militärischer Partner der Nato-Staaten, und mit französischen Flugzeugen, amerikanischen Bomben und schweizerischen Waffen werden Dörfer bombardiert, Bombenteppiche gelegt und in »gezielten Search-and-Destroy-

Aktionen« die »Rebellennester gesäubert«. Den Krieg gibt es offiziell nicht, genauso wenig wie es portugiesische Kolonien gibt: in den überseeischen »Provinzen« kämpfen »Terroristen« gegen ihr eigenes »Vaterland«, versuchen »Fremdenlegionäre in ausländischen Sold«, den »roten Imperialismus« in diese Länder einzupflanzen. Keine Gefahr also für die Schweizer Waffenfabriken, für die Nato, Portugal mit dem nötigen Material zu versorgen, keine Sorge auch für die Schweizer Behörden, das Embargo gegen Waffen ausfuhr auf Portugal auszuheben: wie jedes rechtsdenkende Land hat es das Recht, sein weisses Land in Ordnung zu halten.

Was weiss die schweizerische Öffentlichkeit von diesem grausamen Krieg, wie denkt die Schweizer Presse darüber? Die internationale Kampagne gegen den Staudamm von Cabora Bassa, ein Projekt also, mit dem Portugal die ideologische und militärische Hilfe seiner europäischen Partner mit wirtschaftlichen Verlockungen zurückzuzahlen denkt, hat die bisherige stillschweigende Komplizität eines Teils der Schweizer Presse gebrochen.

Der Fall ist symptomatisch und ist ein deutliches Beispiel für die oben zitierte »Mauer des Schweigens«, mit der Portugal die Befreiungsbewegungen umgibt: Da wird – angesichts der bevorstehenden Kritik am Staudamm von Cabora Bassa – eine Gruppe von Schweizer Journalisten durch die portugiesische Botschaft für eine Informationsreise in die »überseeischen Provinzen« eingeladen, damit sie endlich selber die »Wahrheit« über die Situation erfahren können. Natürlich

Fortsetzung Seite 21

My Lay in Afrika?

Erklärungen eines Deserteurs der portugiesischen Kolonialarmee

Geboren am 14. August 1946 in Massarelos, Departement Porto / Sohn des Coelho, Albano da Silva und der Matos Maria Augusta Almeida / Familienstand ledig / Beruf Textilarbeiter / Ausbildung Volksschule / Am 17. Januar 1967 zum Militärdienst einberufen / Grundausbildung im Infanterieregiment Nr. 8 in Braga / Er wurde zum Infanterieregiment Nr. 15 nach Tomar versetzt / Am 10. Januar 1969 wurde er per Flugzeug nach Porto, Guinea gebracht. Er hat an mehreren Kämpfen im Norden Guineas teilgenommen, vor allen Dingen in der Region von Bula / Am 17. April desertierte er.

»Ich werde einige Verbrechen schildern, die ich gesehen habe, bevor ich aus der portugiesischen Kolonialarmee desertierte.

Am 6. Juni 1968 nahm ich an einer Operation gegen die Bevölkerung von Placo in der Region von Bula teil. Diese Operation befehligten der Offizier Bartolomeu Alves Velho und der Unteroffizier Antonio Lopes Tavares. Sobald wir im Dorf angekommen waren, liess man die gesamte Dorfbevölkerung zusammenreiben. Der Offizier Velho befahl uns, auf alle Menschen zu schiessen. Fast alle

Soldaten verweigerten diesen Befehl. Dann schoss der Offizier selbst in die Menge und tötete sechs Menschen. Der Unteroffizier folgte seinem Beispiel und tötete 8 Menschen.

Der Offizier befahl uns danach, wiederum zu schiessen, mit der Drohung, uns wegen Befehlsverweigerung und Feigheit vor dem Feind bestrafen zu lassen. Da töteten wir alle Männer.

Im gleichen Augenblick sagte er uns, dass dies nur der Anfang gewesen sei, und gab uns den Befehl, alle Frauen im Dorf zusammenzutreiben und die jungen Mädchen unter ihnen zu vergewaltigen.

Als wir die Frauen in ihre Hütten getrieben hatten, gab er uns den Befehl, die Hütten anzuzünden. Alle Frauen sind verbrannt, einige mit den Kindern in den Armen.

Danach suchten er und der Unteroffizier Tavares die schönsten Mädchen für sich aus und überliessen die übrigen den Soldaten. Nach diesem Verbrechen mussten wir sie alle töten; der Offizier und der Unteroffizier machten den Anfang.

Nach der Rückkehr ins Feldlager liess der Unteroffizier uns alle zusammenzutreiben und verbot uns, über

die begangenen Verbrechen zu berichten, unter Androhung von Gefängnisstrafen.

Seiner Meinung nach war es notwendig, so sollten wir berichten, das Dorf in Brand zu stecken und die Bevölkerung zu töten, weil sie auf uns geschossen hatte.

Ein anderes Mal sah ich, wie man in Bula einen Kämpfer der PAIGC fünf Tage lang an einen Baum festgebunden hatte, ohne ihm irgend etwas zu essen zu geben. Am dritten Tag schnitt ihm der Kommandant meiner Kompanie, Julio Maximo Teixeira Trigo, ein Ohr ab und legte es in eine Alkoholfflasche. Der Offizier Romao Silva Ramada schnitt dem Gefesselten das andere Ohr ab. Den misshandelten Kämpfer liess man dann verbluten.

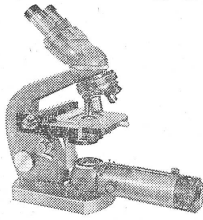
Am 23. Februar 1969 habe ich gesehen, dass der Offizier Velho einem Gefangenen den Finger abschnitt und dazu sagte, dass dieser nun nie mehr auf portugiesische Soldaten schiessen könne. Dieser Offizier Velho – einundzwanzig Jahre alt – kam aus der Militärakademie und hatte den Ruf des sadistischsten und grausamsten Offiziers der Kompanie.

Am 16. April 1969 schoss dieser gleiche Offizier Velho mit einer Maschinengewehrkarbe einer mindestens 65jährigen Frau die Beine ab und liess sie auf der Strasse Bula Binar verbluten.



BEYER

Bahnhofstr. 31 Ecke Bärensasse

OLYMPUS -Mikroskope

OLYMPUS -Mikroskop, Mod. EC-BI-1
binokular mit koaxial verstellbarem Kreuz-
tisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensor
N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven,
Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Öel-
immersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x,
(Grossfeld), mit Plastik-Haube, Holzschrank,
Augenmuscheln und Köhler-Hochlei-
stungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, inklu-
sive Birne, Filter, 1 Flacon Öelimmersion
und stufenlos regulierbarem Transformator
220V.

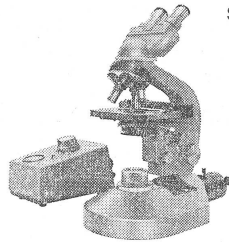
Nach Abzug des Studentenrabattes, netto
nur Fr. 1865.—

5 Jahre Fabrikgarantie

Erhältlich auch bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: Weidmann + Sohn, Abt. Präzisions-Instrumente, Gustav Maurerstr. 9, 8702 Zollikon, Telefon 051 654800

Sofort ab Lager lieferbar

**Spezialofferte an Studenten**

OLYMPUS
-Forschungs-Mikroskop Mod. EHC-BI-1
binokular, Stativ EH mit 6er Revolver, mit
koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Bino-
kular-Tubus 1:1, Kondensor zentrierbar N.A.
1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten
4x, 10x, 40x und 100x (Öelimmersion), Oku-
lar-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld),
mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmu-
scheln, im Sockel eingebaute Köhler-Hoch-
leistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, in-
klusive Spezialbirne, Filter, 1 Flacon Öel-
immersion und stufenlos regulierbarem
Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto
nur Fr. 2078.—

Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.

Zwar im
59.

**Jahrgang,
aber genau so jung
wie Sie!**

**SCHWEIZER
ILLUSTRIERTE**

jeden Montag an Ihrem Kiosk.

Abonnieren Sie den »Zürcher-Student«

**In nur 14 Stunden
blind maschinen-
schreiben!**

(Oder in 12 Stunden Ihre Schreibgeschwindigkeit
um 100 Anschläge steigern!)

Mit der revolutionären Sight + Sound Methode kann das heute
jedermann. Dazu einzigartige Vorteile:

- Kein Üben zu Hause
- Keine eigene Maschine nötig
- Kein Bücher- und Lehrmittel-
kauf
- Alter und Vorbildung gleich-
gültig
- Freie Wahl der Kursstunden
zwischen 8 und 20 Uhr
- Täglich eine Stunde
- Anfängerkurse beginnen täg-
lich
- Schnellschreibkurse begin-
nen 10mal täglich
- Ermässigung für Gruppen,
Schüler, Studenten, Familien
und AHV-Bezüger

Überzeugen Sie sich selbst!

GRATIS-DEMONSTRATION jeden Montag und Donnerstag um 18
und 19.15 Uhr, Mittwoch 16 Uhr

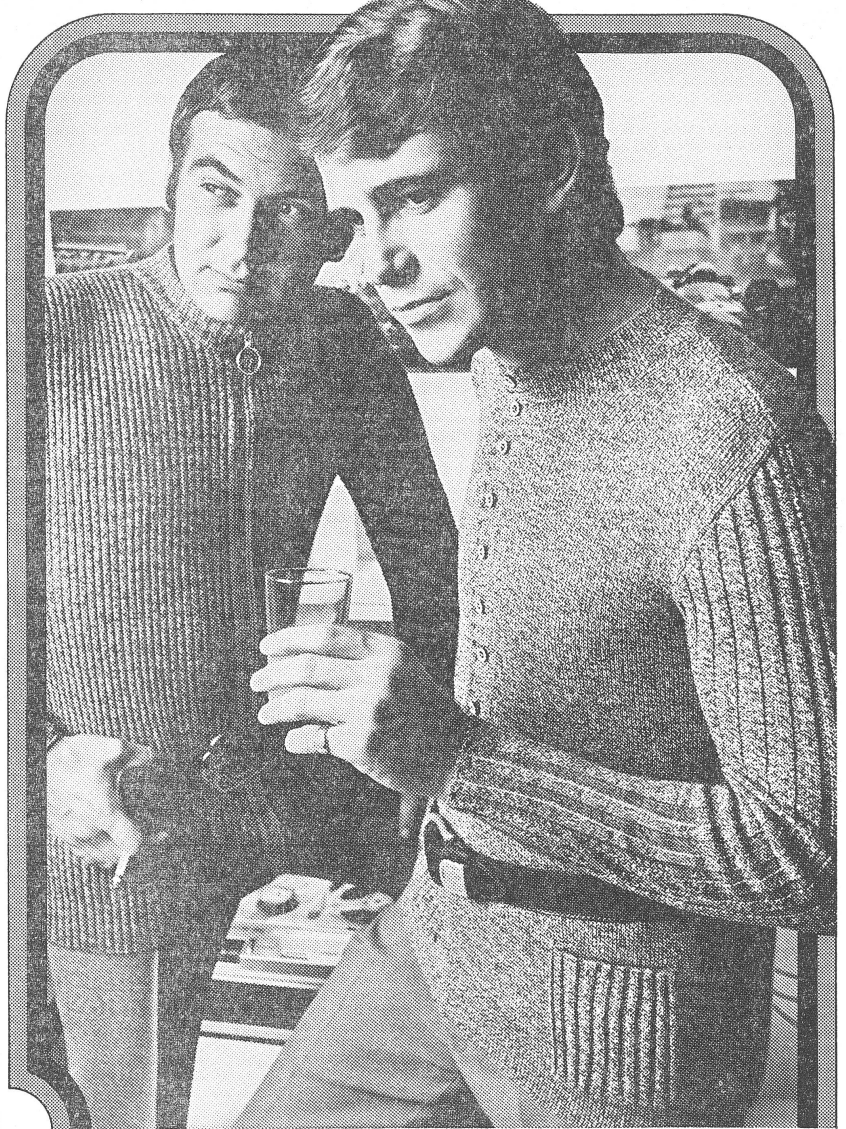
**SIGHT + SOUND
EDUCATION**

SWITZERLAND SA



Löwenstr. 23, 8001 Zürich, Tel. 27 15 00 und 27 02 21

Die neueste Masche bei Wollen-Keller!



Laufend Neues beim Pulli-Spezialisten! **Mouliné-
Pullover** mit den modischen Gags: Knöpfli,
Rippen, Taschen, Reissverschlüsse. Pullis, die gold-
richtige **Männergeschenke** sind! **Modell
rechts** in Aubergine, Schwarz und Braun **Fr. 35.—**.
Zip-Jacke links in Aubergine, Schwarz, Braun
und Mais **Fr. 39.50**. Beide Modelle im praktischen
Acryl-Mouliné. Beim Pulli-Spezialisten
Wollen-Keller!

Zürich 1: Strehl-
gasse 4, Tel. 23 43 34
und Bahnhofstr. 82,
Tel. 25 36 48
Derlikon:
Schatthausstr. 331,
Tel. 48 55 50

**wollen
keller**

**Vergnüglicher Abend-Einkauf
Mittwoch, 9. und 16. Dezember, bis 21.00 Uhr**

Kaufen Sie am Montagmorgen geruhsam und ungestört ein! Unsere Geschäfte sind ab 8.15 Uhr geöffnet!

theater

Jonas ou la philosophie de l'humour

«Lève-toi et va crier à Ninive qui prospère dans un monde menacé dans un monde où grondent les affamés, où les reptiles sont sur les trônes...» Ainsi Dieu parlait à Jonas. C'est aussi par ces mots qu'il vient un jour jeter le trouble dans la vie confortable et tranquille du petit Rabbijn Jonas pour en faire, une nouvelle fois semble-t-il, un prophète malgré lui. La parallèle avec la Bible ne fait plus de doute lorsque l'on apprend que Ninive est en fait la cité nucléaire.

Amateur de belles lettres, poète même à ses heures, le Rabbijn ne se sent vraiment pas l'étoffe d'un prophète. Commence alors le dialogue avec la Voix Divine. Jonas pour se défendre y déploie des trésors d'astuce. »D'abord«, dit-il, »je suis résolument opposé aux révélation mystiques; enfin... au XXème siècle! Puis tour à tour humble et audacieux - »Je ne

peux faire mieux que le sermon sur la montagne... ce n'est plus à la mode! - excédé et soumis, il se fait le symbole du martyr juif, de ce peuple torturé depuis toujours par ses ennemis quand ce n'est pas par une divinité despotique - »Loué soit ton Saint Nom!« dont, dit-il, »le drame est celui de tous les créatures: le besoin d'un public qui l'admire.«

Mais Dieu reste sourd à ses implorations. Jonas change alors de tactique et tente de le raisonner. Pourquoi ne choisirait-il pas un de ces êtres chevelus, véritables professionnels de la prophétie ou bien un Français - ce pays en regorge: Jeanne d'Arc, Charles... le Téméraire - Même un Suisse conviendrait, encore qu'il n'y ait pas de garantie financière...

Avant que Jonas s'exécute, la Voix reviendra plusieurs fois à charge.

D'autres dialogues suivront. Tous humoristiques, ils mettent en relief les multiples aspects du personnage de Jonas; truffés de réflexions, l'auteur y pose le problème fondamental des rapports entre l'homme et la divinité. Il ne faut donc pas s'étonner du choix de Jonas; c'est le symbole du peuple juif. Mené comme lui par un destin implacable qu'il suit aveuglément, il obéit comme lui à des directives qui le dépassent.

Il y a longtemps que Jonas à l'image de ses collègues catholiques, protestants et autres, a abandonné tout espoir de solution. Il a pris l'habitude d'aborder ses problèmes le sourire aux lèvres, de les traiter avec humour: c'est l'humour juif. Côté attractif de la pièce, l'humour semble en être également la philosophie.

Toutes ces idées sont traitées de façon magistrale dès le premier acte. Si bien que le second paraît un peu déshérité. L'auteur y est alors prisonnier de son symbole, forcé de le poursuivre jusqu'au bout.

Toute la difficulté était de faire rire à propos de problèmes aussi ardu. C'est ce que réussit Pierre Räber à merveille. Acteur unique, il accroche son public pendant deux heures, dominant la pièce et prenant sur scène une dimension physique incomparable. Le décor qu'il a imaginé - il est également le metteur en scène - est simple et suggestif. Tous ses éléments par leur valeur de symbole et leur sobriété loin de détourner l'attention, la fixent sur le personnage de Jonas.

Olivier Cazalis

Der Theaterhinweis: De Kasperli isch wieder da!

Und nicht nur der kleine Tausend-sassa, Held unzähliger Kindertrüme. Auch das Studententheater ist wieder da. Wie man weiss, führt es ein sorgen- und dornenvolles Dasein. Schwierigkeiten mit Feuer- und Gesundheitspolizei, nicht gerade fürstliche Unterstützung durch finanzielle Mittel der Studentenschaft. Und doch: das Studententheater hat auch im letzten Semester wieder vieles geleistet. Gastspiele von fremden Theatern wurden organisiert, eine Ausstellung durchgeführt, Eigeninszenierungen (»Unser Mann in Madras« von G. Hoffmann, »Katzelmachera« von R. Fassbinder) gingen über die kleine Bühne an der Rämistrasse 62. Letztere Inszenierung wurde zu einem derart grossen Erfolg, dass die Theater am Neumarkt und am Hechtplatz das Studententheater verpflichteten. Auch ausländische Bühnen bekundeten ihr Interesse.

Doch nun genug Geschichte. Das Studententheater ruht nicht auf die Lauer. Bereits hat es wieder ein Gastspiel der Cambridge European Theatre Group organisiert. Vom 26. Dezember bis 2. Januar (jeweils 14.30 Uhr) folgt dann die nächste Aufführung:

De Kasperli und die hungrig Prinzessin und s Märl vom König Drosselbart

D'Li Tobler und de Charli Schluchter spild für di chline und die grosse Lüt.

(Vorverkauf Kinderbuchladen beim Grossmünster)

Kunsthau: Ausstellung über Afrikanische Kunst

Als Afrikaner war ich sehr auf einen Besuch im Kunsthau im November gespannt. Ich wollte als einer der ersten die Sammlung in Zürich von Kunstgegenständen hoher Qualität aus Afrika sehen. Als ich durch die Säle des Museums ging, fühlte ich mich fast wie zu Hause, so als ob ich vom ursprünglichen Geist umgeben sei, inmitten von Trommelschlägen tief in den äquatorialen Regenwäldern.

Der essentielle Aspekt afrikanischer Kunst liegt in ihrer Originalität. Ihre Inspiration leitet sich her von den örtlichen Verhältnissen.

Um diese Kunstgegenstände von ihrem Ursprung zu verstehen und ihnen näher zu kommen, muss man vielleicht sich zum Kontinent gehörig fühlen. Einem Europäer mögen sie eher als eine Sammlung abstrakter Kunst erscheinen. Für den Afrikaner aber ist es ein Medium für die Kommunikation mit der spirituellen Welt und den Ahnen, auf keinen Fall aber mit Schwarzer Magie.

In unmittelbarem Kontakt mit der Natur und ihr gegenüber noch von gewissem Unverständnis, sucht er durch mythische Formen die Naturkräfte zu beeinflussen, die seine Existenz kontrollieren. Der afrikanische Künstler versucht, sein Objekt durch abstrahierende Darstellung zu vergöttlichen. So, wie er mit den Menschen seiner Umgebung durch Parabeln und Metaphern kommuniziert, so benutzt er auch diese Mittel in der darstellenden Kunst.

Die afrikanische Menschheit entwickelte ein nahezu uniformes Muster traditioneller Religion, sei es in den Grassteppen der Savannen oder in den Bergen Äthiopiens, sei es entlang den Flussläufen des Kongos oder des Nils. Die Verehrung des Sonnengottes und der Göttin der Fruchtbarkeit - der Erde - war universell. Die Erscheinung der Erdgöttin lässt sich an den in verschiedenen Formen wiederholenden Mutter-und-Kind-Bildnissen durch die ganze afrikanische Kunst verfolgen, wie sich auch in der Ausstellung

zeigt. Die typischsten der Stücke sind die der Balubas aus dem Kongo.

In Teilen Afrikas, z.B. bei den Banbaras am oberen Niger, wo der Mensch eine Doppelrolle zwischen Mensch und Tier zu spielen scheint, stellen dementsprechende Bildnisse die hauptsächlichste künstlerische Ausdrucksform dar. Die wundervoll geschnitzten Masken sind sehr illustrativ.

Weiterhin war die Gesellschaftsform im alten Afrika theokratisch orientiert. Der König oder Häuptling war nicht nur vorübergehender Regent, sondern auch das geistliche Haupt der Nation oder des Stammes. Durch diese Doppelrolle von Regent und Hohen Priester wurde der König vergöttlicht. So waren es die Obas der Benin, die Obas der Ife, die Obis der Onitsha, die Pharoas oder Aschantihenes der Aschanti.

Recht oft führte die Neigung, einen temporären Regenten unsterblich zu machen, zu grossen künstlerischen Leistungen, wie bei den Bronze- oder Messing-Künstlern aus Benin und Ife. Die Arbeiten aus diesen zwei Städten scheinen die besten aus Afrika auf dieser Ausstellung zu sein.

Die Verschiedenen menschlichen Typenformen in Afrika sind reichhaltig repräsentiert in diesen Kunstwerken, die in der Tat eine Porträtierung ihrer Schöpfer sind. Es ist leicht, z.B. die runden Gesichter der Balubas von den länglichen Köpfen der Banbaras oder die Bantu-Formen von den rein negroiden Typen Westafrikas zu unterscheiden. Auch das afrikanische Schönheitsideal lässt sich in den verschiedenen Frauenfiguren mit dem grossen Nabel erkennen.

Es wäre von grossem Wert, wenn sich in der Zukunft Gelegenheit zum Betrachten gegenwärtiger afrikanischer Kunst bieten würde, wie sie z.B. durch die berühmten Werke von Ben Enwonwu und anderen repräsentiert wird. So liessen sich die Einflüsse europäischen Wertkonzepte auf die Kunst in Afrika seit dem Beginn kultureller Kontakte zwischen den zwei Kontinenten erkennen. V. Chukwugozie Agwada

Portugals kolonisatorische Mission

Fortsetzung von Seite 19

war alles unbegriffen: Flug über Lissabon nach Angola und Mocambique, Grätschfahnen in den besten Hotels des Landes, Zusammentreffen mit Regierungsgouverneuren, mit den Militärregimenten, Flüge über die umkämpften Gebiete. Sie haben alles gesehen, was sie sehen konnten - und dürfen. Und sie kamen zum Schluss: die Portugiesen sind gemüthliche Kolonialherren, die nur versuchen, ihre zivilisatorische Mission an den Negern zu erfüllen (wahrlich ein undankbarer Job!), Angola ist kein freundlicher Polizeistaat (Peter Schmid in der »Weltwoche« vom 20. November 1970), im Auffanglager von Rebellen, das sie besuchen konnten, versteht sich »der Lagerkommandant bestens mit seinen Internierten; dort fühlen sich die Gefangenen so sehr in der Familie, dass seit 1962 erst zwei versuchten auszubrechen (warum sollten sie auch? Das Lager liegt in einer Wüstenoase - hundert Kilometer von der nächsten Behausung entfernt). Gewiss sieht der kritische Journalist Peter Schmid auch weniger schöne Sachen - einen Stachelndraht z.B. (der nach der Meinung seines »Woche«-Kollegen »eigentlich überflüssig ist«) -, aber sein Résumé ist durchaus positiv: »Die hässlichen Züge des Polizeistaates werden durch Gemüthlichkeit vernichtet.« (Kennen wir diese Sprache nicht schon anderswoher - aus unserer nächsten Nähe, vor nicht allzu vielen Jahren?)

Offiziere mit zivilen Manieren

Der Krieg soll ein grausam geführter Luftkrieg sein? Mit Beschuss von Dörfern mit Napalm, mit Deportationen, My-Lai-Gemetzeln? (Cf. Frankfurter Rundschau, 15./16. Nov. 1970.) Un-

sere wahrheitsuchenden Schweizer Journalisten waren doch in Generalstabsquartieren, haben das Land überflogen und sahen nichts davon: also gibt es auch nichts davon. Zudem hatten sie ja die beruhigende Zusicherung des Chefs der psychologischen Kriegführung, dass »nur 4% der Bevölkerung Mocambiques von der Rebellion berührt« seien (WW, 13. Nov. 70). Aber da erinnert sich Walter Staehelin von der »Woche« daran, dass in Mocambique 40 000 portugiesische Soldaten ständig in Aktion sind - die Zweifel lassen ihn nicht in Ruhe. Hier sein Bericht: »Um dies besser zu verstehen, wende ich mich an zwei kompetente Persönlichkeiten, an den Generalgouverneur und an den Chef des Militärkabinetts von Mocambique... Ich habe das Gefühl, zwei Dozenten vor mir zu haben, die profunde Kenntnisse der ethnischen, politischen und sozialen Zusammenhänge besitzen.« Die Offiziere mit den »zivilen Umgangsformen« klären ihn auf: »Wenn man sich über unseren grossen Truppeneinsatz wundert, können wir nur antworten, dass unsere Soldaten in erster Linie als Helfer eingesetzt werden, also eine zivile und humanitäre Aufgabe zu erfüllen haben.« Peter Schmid, nach Aussagen eines WW-Kollegen »vielerseht und vielerfahen, ist nicht so naiv. Seine Begründung für diese Disproportion zwischen Streitkräften und Rebellengebieten ist folgende: Bis jetzt haben eben ein »leben- und lebenlassen« Schlendrian« (sic!) geherrscht; aber er beruhigt uns sofort: der neue »energie-sche« Oberbefehlshaber - PS nennt ihn halbüberwundener »ne Art portugiesischen Westmoreland« - hat diesem »Schlendrian« ein Ende gemacht und seine Truppen in »offensiven Search-and-Destroy-Aktionen das Aufstands-

gebiet (...) in die Zange nehmen lassen«.

Beim Überfliegen von Mocambique sieht Peter Schmid auch grosse Wehrdörfer und sieht darin die »verfolgte Umsiedlungspolitik der Portugiesen, die die bisher »unkontrollierten Eingeborenen« durch diese »Aldeamentos« ersetzt haben. Für den Militärregime von Mocambique sind sie da, um den »gefangenen Rebellen zu helfen, ihr Familienleben wieder aufzubauen« (Staehelin) - Fd. von der »NZZ« (18. Okt. 70) nennt sie »Stationen für erste Hilfe«. Hier beginnt nun die Arbeit der Psychologen, die »von der feindlichen Propaganda kopfscheu gewordenen Afrikaner zurückzugewinnen für den portugiesischen Aufbau. Ihnen liegt es ob, alle diejenigen, die sich seit 400 Jahren mit der Präsenz der weissen Portugiesen sowieso abgefunden haben, dazubringen, den Scharfmachern der OAU die Frage zu stellen: Warum lässt ihr uns nicht in Ruhe?« (NZZ, 18. Okt. 70) Dazu der Kommentar eines Schweizer Missionars, der kürzlich, nach 18 Jahren Aufenthalt in Mocambique in die Schweiz zurückkehrte: »Die »Aldeamentos« sind die reinsten Konzentrationslager.«

Neandertalergesichter...

Denn, so fragen sich die Journalisten am Schluss, wer sind denn eigentlich diese Rebellen? Sind es nicht »primitive Neger im Busch«, die »die portugiesischen Soldaten in den Busch locken und niedermachen«, die »an Gefangen keine Freude haben«. Es sind offensichtlich nicht jene Pygmäenstaaten, die Walter Staehelin in Angola »besichtigte«, die »für Kriegshandlungen offensichtlich untugendlich sind, nicht zu kurieren«, und was »noch schlimmer ist, (sie) sind sich nicht einmal ihrer portugiesischen Staatsbürgerschaft bewusst«. Dafür ist aber Peter Schmid den »armen Terroristen« offenbar selber begegnet - jenen isolierten Stämmen im Norden Mocambiques nämlich, die definitionsgemäss »kriegerisch« sind, d.h. ihren Aggressionstrieb immer in Kriege ausarten lassen müssen. Hier seine farbige Beschreibung:

»Die kriegerischen Makonden (...) jagen einem zivilisierten Menschen allein durch ihr Aussehen einen Schrecken ein: Mit ihren spitzgefelten Zähnen und ihrem ornamentalen zernarbten Neandertalergesicht sehen sie akkurat wie der Leibhaftige aus.« (Redaktor Peter Schmid in der »Weltwoche« vom 13. Nov. Neunzehnhundertundsechzig)

Wie sagte doch schon der portugiesische General Costa nach einer Säuberungsaktion in Angola 1970 (zit. nach »National-Zeitung« vom 2. Aug. 1970): »In diesen Wäldern gibt es keine Guerillas mehr - nur noch Wildschweine.«

Journalisten sind auch Menschen. Wäre es da nicht eine Unverschämtheit, von Käuflichkeit zu reden, wenn es reine Dankbarkeit war - gegenüber den Portugiesen für eine schöne und erlebnisreiche Reise nach Afrika...

Quellen: Weltwoche, 13. Nov. 1970, 20. Nov. 1970; NZZ, 18. Okt. 1970; Die Woche.

Diese Berichte wurden von der Kommission für Entwicklungsländer (KJE) zusammengestellt.

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 700.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

aku Foto-Druck Agentur ZÜRICH

B. Krummenacher
c/o Techn. Chem. Institut ETH
Universitätsstrasse 6, Zürich

Reservieren Sie sich die letzten

Winterpneus

Montage - Auswuchten - Rep.

PNEUHAUS W. H. KLEINHEINZ, 8033 ZÜRICH
Culmannstr. 83 (hinter Hotel Righihof), Tel. 28 37 15



Reisebüro sucht Reiseleiter(innen)

Zu Beginn der Reisesaison 1971 möchten wir unseren Stab von

Reiseleiter-Mitarbeitern

ergänzen und erweitern. Unsere Gruppenreisen führen praktisch in alle Länder Europas sowie nach Uebersee. Die Reisedauer beträgt durchschnittlich 4 Tage bei Europa-Reisen und 10 bis 21 Tage bei Uebersee-Reisen.

Als administrative Leiter setzen wir vor allem Studenten ein, welche folgende Voraussetzungen mit sich bringen sollten:

charakterliche Reife, überdurchschnittliche Reiseerfahrung (nicht unbedingt als Reiseleiter), sicheres Auftreten, Gewandtheit im Umgang mit Reiseleitern, gute Sprachbegabung. Sporadische Einsatzmöglichkeit während mindestens 2 Jahren.

Die Bewerber werden pro Jahr durchschnittlich auf 5 bis 10 Reisen eingesetzt, so dass das Studium kaum beeinträchtigt wird.

Ein angemessenes Tagessalar sowie bezahlte Reisespesen versehen Ihnen eine sicher willkommene Nebeneinnahme. Die angebotene Tätigkeit erfordert jedoch restlosen Einsatz und viel Verantwortungsgefühl.

Bewerbungen sind telefonisch an folgende Adresse zu richten:



Reisebüro HANS IMHOLZ, Birmensdorfstrasse 51, 8036 Zürich, Tel. 25 69 93

FIZH 81-01

Frei sein.

Beim Fahren.
Parken.
Handeln. **FIAT**
Fr. 4300.- **500**
Bei allen Fiat-Vertretern.

Spezial-Leasing für Studenten: Auskunft beim Sekretariat der Studentenschaften, beim VSETH oder bei der Fiat Automobil-Handels AG, Freihoferstrasse 25, 8048 Zürich, Tel. 52 77 52.

Studenten!

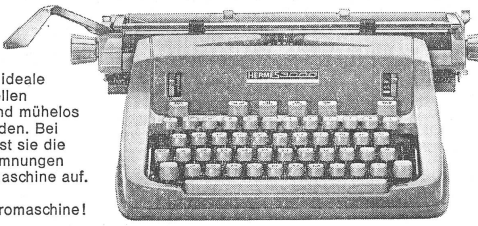
In der Stadt Zürich gibt es mehr als zwanzig Buchhandlungen, die spezielle Fachgebiete für das Hochschulstudium pflegen. Lassen Sie sich in diesen Buchhandlungen fachmännisch bedienen. Profitieren Sie von der grossen Auswahl an Büchern aus Ihren Wissensgebieten und vom Studentenrabatt!

Zürcher Buchhändler-Verein

Neu

**Jetzt mit
Wagenbreite 33 cm
für Format A4 quer**

HERMES 3000



Eine neue Maschine: Hermes 3000-B ist für Diplomarbeiten die ideale Schreibmaschine. Tabellen können übersichtlich und mühelos niedergeschrieben werden. Bei geringem Ausmass weist sie die wichtigsten Vervollkommnungen einer grossen Schreibmaschine auf. Hermes 3000-B – eine richtige kleine Büromaschine!

A. Baggenstos & Co. Büromaschinen
Waisenhausstr. 2 und Uraniast. 7,
8001 Zürich

Baggenstos

Lohnender Nebenverdienst

(kein Verkauf)

vorübergehend (für ca. 3-4 Monate)

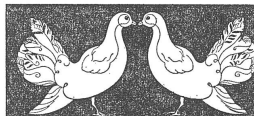
lohnender Nebenverdienst zu vergeben von Firma auf dem Platze Zürich. Kein Kapital, keine speziellen Kenntnisse und kein Motorfahrzeug erforderlich, jedoch wird persönlicher Einsatz, Initiative, Ausdauer und sicheres Auftreten erwartet. Auch geeignet für Studenten. Kurzofferten erbeten mit Bild unter Chiffre 8224 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.



FREIHOFFER
Buchhandlung
für
Medizin

Rämistrasse 37
Zürich 1

Tel. 47 92 22



18-35 TWEN LIFE CLUB
30-50 GOLDEN AGE CLUB

Vorfragen Sie (unverb.) Teilnahmebedingungen.

Name

Str. u. Nr.

Ort u. PLZ

Für Damen (TLC): unentgeltlich! – Sekretariat: Scheuchstr. 112, 8005 Zürich, Tel. 051/28 30 98

Zum guten Essen:

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-in-Menus** (Getränk –60, Kaffee –60).

Glace-Spezialitäten:

Wir sind stadtbekannt für unsere feine Konditorenglace. Auf unseren Boulevardterrassen und in unserem Gartenrestaurant im »Rosenhof« können Sie sich richtig entspannen.



Biber + Wellenberg

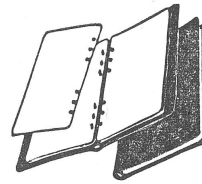
Die von Studenten bevorzugten alkoholfreien Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek) 100 Schritte vom Limmatquai.

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei)



Ringbücher und
Kollegbücher



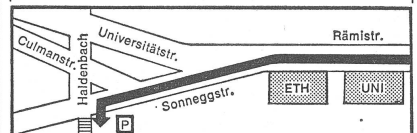
Seit Jahrzehnten eine bekannte BIELLA-Spezialität!

In vielen Formaten und Farben, mit 2, 3, 4 und 6 Ringen, elegante, gepflegte Ausführung in Leder, Kunstleder und Plastic.

In Papeterie- und Bürofachgeschäften erhältlich. Achten Sie bei Ihren Einkäufen stets auf die Marke BIELLA, es lohnt sich!

Taschenbücher!!!
rororo. Fischer.
Heyne. Ullstein.
Goldmann. Knaur.
Suhrkamp. dtv.
Wir haben alle.
Uebrigens:
Wir machen jetzt
auch Fotokopien.
Für 20 Rappen.

Hier:



Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



**Buchhandlung
Sonnegg**

Geöffnet: 8.30–12.15 und 13.00–18.30 Uhr

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Vermögensbildung
Konto-Arten und ihre Vorteile
Geldanlage in Wertpapieren
Grundstücke und Immobilien
Gold und Silber
Güterrecht der Ehegatten
AHV (neue Bestimmungen)
Vom Erben
Steuerfragen
Kredite
Vermögensverwaltung
Beratung durch die Bank

Das sind die Themen unserer Broschüre »Bescheid wissen in Geldsachen«, die soeben in zweiter Auflage erschienen ist und die Sie

gratis

bei jeder unserer Niederlassungen erhalten. Auch wenn Sie nicht unser Kunde sind. Wir finden nämlich, dass jedermann in Geldsachen Bescheid wissen sollte.



**Schweizerischer
BANKVEREIN**

Société de Banque Suisse

BVR-21d

Wasserverschmutzung – grösstes Sorgenkind der Menschheit

Eindrücke und Wahrnehmungen eines Heimkehrers

Von Dr. Ing.-Chem. Alexander Brodowski

Wenn mich vor 50 Jahren als Knabe auf Wanderungen in unseren Bergen und Tälern jeweils der Durst überfiel, zögerten wir keinen Augenblick, beim ersten besten Bächlein oder Brunnen Halt zu machen, um uns am köstlichen Nass zu laben. Doch diese sorglosen Jahre waren rasch vorüber, und mein Drang, die Welt zu sehen, führte mich bald in ferne, fremde Länder in den Tropen und Subtropen. Hier erst lernte ich den richtigen Durst kennen. Gleichzeitig wurde ich aber auch gewahrt, dass es hier in bezug auf frisches Wasser ganz anders bestellt war als in der Heimat. Hier wurde man von weisen Menschen sofort gewarnt, gewöhnliches Wasser zu trinken, ohne besondere Massnahmen getroffen zu haben. Man lernte gleich, zwischen ge-

wöhnlichem Gebrauchswasser und »Trinkwasser« zu unterscheiden. Dieses war meistens rar und teuer, roch nach Chlor und musste trotzdem vor der Verwendung abgekocht werden. So gewöhnte man sich bald an im Eisschrank gekühltes Sodawasser mit Whisky-Zusatz je nach Lust und Laune und genehmigte auch gerne ein gut gekühltes Importbier. Strikte Trinkwasserhygiene wurde bald zur Selbstverständlichkeit, und sie war auch ein absolutes Gebot, wenn man sich nicht der Gefahr einer Infektion aussetzen wollte. Erstaunlich war nur die Tatsache, dass die Eingeborenen regelmässig Gebrauchswasser aus dem Hydranten tranken, ohne sich einen Schaden zuzuziehen. Offenbar waren sie im Laufe der Generationen immunisiert worden.

Viele Jahre später führte mich meine Tätigkeit nach Nordamerika, in das Land der Zivilisation und des höchsten Lebensstandards. Auch hier musste ich feststellen, dass trotz grösster Hygiene das Trinkwasser in vielen Städten und Ortschaften einen unangenehmen Beigeschmack nach Chlor hatte, der lediglich durch die vielen Eisstücke im Glas etwas gemildert wurde. Offenbar ging hier die trefflichere Hygiene dem Geschmackselement vor, und man nahm lieber eine relative Überchlorierung des Trinkwassers in Kauf als die Gefahr einer Epidemie.

Kein Wunder, dass in diesem Lande der grossen Wassertrinker alles nach den sogenannten »Soft-Drinks« (Limondaten usw.) lechzt. Überall sah man sie in eisgekühlten Verkaufsautomaten. Wie gross war aber mein Erstaunen, als ich verschiedene Notstellen feststellte, dass hier schmackhaftes Quellwasser in grossen Flaschen zum Kauf angeboten wird. Wie bei uns da und dort der Milchmann ging hier auch der Wasserverkäufer täglich von Haus zu Haus, um die leeren Wasserflaschen von ca. 2 Liter Inhalt regelmässig ge-

gen volle, hygienisch verschlossene Flaschen umzutauschen.

Nach mehr als 35jährigem Auslandaufenthalt kehrte ich vor einigen Jahren in meine Heimat zurück, um mich in den wohlverdienten Ruhestand zu begeben, wie man so zu sagen pflegt. Wie freute ich mich darauf, hier meine früheren Wanderungen wieder aufnehmen und dabei meinen Durst endlich wieder einmal mit schmackhaftem Quellwasser löschen zu können. Wie gross war jedoch meine Enttäuschung, als ich die inzwischen eingetretenen Veränderungen wahrnehmen musste!

Die guten alten Zeiten sind vorbei

Ich merkte bald, dass man jetzt auch bei uns Trinkwasserquellen und Brunnen nur mit Vorsicht geniessen kann. Traurig stimmte mich auch die Erkenntnis, dass man nicht mehr unbeschränkt in Flüssen und Seen baden kann. Immer wieder fragte ich mich, was hier während meiner Abwesenheit passiert

war; hatte ich nicht in der Fremde immer wieder die schweizerische Sauberheit und Reinlichkeit loben und rühmen hören?

Bald wurde ich durch die Tagespresse und in Zeitschriften auf die prekäre Lage des schweizerischen Wasserhaushalts aufmerksam gemacht. Ich vertiefte mich in der Folge immer mehr in dieses lebenswichtige Problem. Ob der fast ungläublichen Tatsachen, die ich dabei zur Kenntnis nehmen musste, sträubten sich manchmal meine Haare. Niemals hätte ich gedacht, dass sich die Gewässer in unserem so sauberen Land in einer derart beängstigenden Weise verschmutzen könnten. Andererseits durfte ich aber auch mit Genugtuung konstatieren, dass unsere Behörden und andere Instanzen energisch gegen dieses grosse Übel auftraten und sich tatkräftig für die Sanierung einsetzten. Es ist mir ein Bedürfnis, meine Eindrücke und Wahrnehmungen als Heimkehrer hier zusammenzufassen. Mögen diese ersten Tatsachen jedermann aufrütteln und dazu veranlassen, sein möglichstes zur Reinhaltung unseres köstlichen Gutes Wasser beizutragen.

Wie war das möglich?

Vor allem drängt sich die Frage auf, wie es in einer verhältnismässig kurzen Zeitspanne zu einer derartigen Verschlechterung unseres Wasserhaushalts kommen konnte. Zweifellos haben uns die Tatsachen völlig überrumpelt, und wir sind uns des Ernstes der Lage viel zu spät bewusst geworden.

Auf welche Ursachen ist nun aber der heutige alarmierende Zustand unserer Wasserversorgung zurückzuführen? Die Antwort lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Die explosionsartige Bevölkerungszunahme, gepaart mit der enormen Entwicklung des Wohlstandes dank dem rapiden Fortschritt in Forschung, Technik, Industrie und Landwirtschaft.

Während man um die letzte Jahrhundertwende auf der Erdkugel rund 1,5 Milliarden Menschen zählte, wird unser Planet heute – nach zwei Menschengenerationen – bereits von rund 2 Milliarden Menschen bewohnt. Und diese Zahl wird sich bereits nach einer weiteren Generation, also bis zum Jahr 2000, auf 6 Milliarden verdoppelt haben. Alle diese Menschen benötigen Nahrung und Wasser, Kleidung und alle übrigen Güter und Dienstleistungen, die der steigende Wohlstand erfordert. Hinzu kommt der Umstand, dass sich diese Bedürfnisse infolge des rasch ansteigenden Wohlstands überproportional mit der Bevölkerungszunahme vermehren. Dies bedeutet gleichzeitig eine Zunahme der Abwässer und Abfälle in einem beängstigenden Tempo und damit auch eine wachsende Verschmutzungsgefahr für unsere Gewässer. In einem Bericht des Eidgenössischen Departements des Innern ist die Frage nach der Art der Wasserverschmutzung untersucht und katalogisiert worden. Dabei hat sich folgendes überraschendes Bild ergeben:

1. Verunreinigung durch Abwässer und Abfälle aus landwirtschaftlichen Betrieben (Jauche, Silo-Abwässer, tierische und pflanzliche Abfälle, Spritzmittel usw.) ca. 33%
2. Verunreinigung durch Abwässer und Abfälle aus gewerblichen Betrieben (Abwässer aus Werkstätten, gewerbliche Abfalldeponien, Kieswäschereien usw.) ca. 25%
3. Verbotene Ableitungen von häuslichen Abwässern, Ablagerung von Hauskehricht durch Privatpersonen ca. 20%

4. Verunreinigung durch Abwässer und Abfälle aus industriellen Betrieben ca. 12%

5. Verunreinigung oder Gefährdung von Grundwässern bei der Lagerung oder beim Umschlag von Brenn- und Treibstoffen sowie ähnlichen Flüssigkeiten ca. 10%

Landwirtschaft

Verglichen mit der Wasserverunreinigung durch städtische Kanalisationen und industrielle Betriebe ist die verunreinigende Wirkung der landwirtschaftlichen Betriebe erst verhältnismässig spät beachtet worden. Das heutige und zukünftige Ernährungsproblem (man denke auch an die unterentwickelten Erdteile) verlangt nun aber eine gewaltige Intensivierung der Landwirtschaft, die nur mit einem noch grösseren Einsatz von Düngemitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln erreicht werden kann. Laut Angaben von Kellogg Co., einer der grössten Weltfirmen für den Bau von Kunstdüngerfabriken, werden gegenwärtig rund 30 Millionen Tonnen Pflanzennährstoffe produziert;

bereits im Jahr 2000 wird davon jedoch mindestens die vierfache Menge benötigt werden, obwohl sich die Erdbevölkerung bis dann »nur« verdoppelt haben wird. Ein Teil dieser Düngemittel, hauptsächlich Stickstoff und Phosphorverbindungen, werden durch Regen und Bewässerung wieder aus den Kulturböden geschwemmt und gelangen dadurch in die Bäche, Flüsse, Seen und Talsperren. Die Anreicherung dieser Nähr- und Wirkstoffe in Seen und Talsperren bewirkt deren Eutrophierung, wodurch Plankton und Algenwachstum (z.B. Burgunderblut) gefördert werden. Diese Veralgung, Verkrautung und Verschlammung unserer Seen und Teiche erzeugt Wasserfäulnis mit parasitären Fischseuchen, schliesslich hygienische Gefährdung unserer Gewässer infolge der Einführung von gesundheitsschädlichen Stoffen und Organismen, insbesondere Bakterien und Viren. Wenn auch das Chloren des Trinkwassers die Gefahr bakterieller Erkrankungen beseitigt, kann man dies nicht mit der gleichen Sicherheit von Viruskrankheiten (Kinderlähmung, Hepatitis und verschiedene Magen- Darm-

Erkrankungen) behaupten. Einige der widerstandsfähigsten Viren scheinen die üblichen Wasserreinigungsverfahren zu überleben. Das Nitrat-Ion, ein Bestandteil der Stickstoffdünger, wird im Boden nicht festgelegt und kann daher leicht ins Grundwasser auswaschen. Es wurde nachgewiesen, dass auch beim Ertrinken (also nicht nur beim Säugling) die sogenannte »Wasserkrankheit« (beim Säugling »Blue-baby«-Krankheit genannt), die mit Kopfschmerzen, Ubelkeit, Durchfällen und leichtem Fieber häufig epidemieartig auftritt, auf bakteriell verunreinigtes Trinkwasser mit hohem Nitratgehalt zurückzuführen ist.

Während heute die Phosphate (z.B. aus gewissen Waschmitteln) in Abwasserreinigungsanlagen chemisch eliminiert werden können, tragen diese Abwässer nicht mehr zur Eutrophierung der stehenden Gewässer bei, hingegen ist deren Entfernung aus Bodengewässern heute noch ein ungelöstes Problem. Feststellungen an einigen Schweizerseen haben gezeigt, dass mindestens die Hälfte der gesamten Phosphorzufuhr aus dem Boden, also nicht aus Gemeindeabwässern stammt!

Neben diesen Kunstdüngern gehören Jauche und Silosaft (aus Grünfütterbereitung durch Silierung anstelle von Heufütterung) zu den bösesten Giften für ober- und unterirdische Gewässer, die seuchenhygienischen Konsequenzen mit sich bringen. Bekanntlich wurde eine grosse Zahl von Typhus- und Cholerapandemien ausgelöst, weil Abwasser in Trinkwassergewinnungsanlagen gelangte. Da überdies heute noch ein Grossteil der Kraftfutter auf Fischmehlbasis für die Schweine- und Geflügelzucht mit Salmonellen infiziert ist, wird die Beurteilung der hygienischen Bedeutung der landwirtschaftlichen Abwässer zusehends schwieriger.

Eine weitere Gefährdung unserer Gewässer liegt im steigenden Gebrauch von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Durch Abschwemmung mit Niederschlägen können diese in Bäche, Flüsse und Seen gelangen, wenn auch nur in geringen Spuren. Solche Giftstoffe können sich schliesslich auch im menschlichen Organismus anreichern und sich mit der Zeit schädlich auswirken; ein typisches Beispiel, allerdings aus früheren Zeiten, ist der Leberkrebs als Berufskrankheit bei Weinbergarbeitern als Folge des Gebrauchs von Arsenpräparaten.

Wenden wir uns nun der Wasserverschmutzung aus anderen Gebieten zu: Die Gefahr, welche die Ausbeutung einer Kiesgrube im Gebiet von Grundwasservorkommen darstellt, darf nicht unterschätzt werden. Kies und Sand sind das Speichergestein, das Regulierung und Deckenschutzorgan des Grundwassers, das demnach ein natürliches Trinkwasserreservoir darstellt. Kies-

Gewerbliche und industrielle Abwässer

Gewerbliche und industrielle Abwässer führen immer wieder giftige und schädliche Stoffe mit sich, die auf verschiedenen Wegen ins Wasser gelangen können. Trotz allen Sicherheitsmassnahmen ist man nie vor plötzlichen Überraschungen sicher. Dies beweisen die vielen Vorfälle, von denen man in der Tagespresse immer wieder lesen muss. In offenen Gewässern zeigen sie sich meistens durch ein plötzliches Fischsterben. Laut Angaben des Eidgenössischen Fischerei-Inspektorats hat sich in den letzten zehn Jahren in der Schweiz durchschnittlich alle 1½ Tage in irgendeinem Gewässer ein Fischsterben ereignet, im Jahr 1959 so-

die andere Seite

Umweltforschung

Umweltforschung wird heute gross geschrieben. Nach der Euphorie technischer und wirtschaftlicher Expansion hat man im Volke und in den Ratsstuben davon Kenntnis genommen, dass die Umwelt des Menschen und durch sie der Mensch selbst bedroht sind. Verschmutztes Wasser und verunreinigte Luft, durch viele Schädlingsbekämpfungsmittel vergiftete Lebensmittel, Anstieg der Radioaktivität der Luft, aber auch die Ausrottung vieler Pflanzen- und Tierarten und die Verminderung der ästhetischen Werte der Landschaft durch regellose Überbauung und Ausbeutung, Lärmprobleme und sogar die Bedrohung der Ozeane durch Verschmutzung, Vergiftung oder Radioaktivität sind bald jedermann geläufig.

Von der Umweltforschung erwartet man Erkenntnis, was zu tun sei. In den eidgenössischen Behörden will man bei der Zuteilung der Geldmittel an die Universitäten der Umweltforschung Priorität einräumen. Die Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät unserer Universität betreibt Umweltforschung und ist auch gewillt, die Anstrengungen und ihre Leistungen gegenüber der Öffentlichkeit zu intensivieren. Im Felde und in Laboratorien werden in Physik, Chemie und Biologie, in Geologie, Mineralogie und Geographie Probleme der Umwelt erforscht, und es werden auch praktische Ergebnisse unmittelbar, zum Beispiel für die Landesplanung, zur Verfügung gestellt.

Prof. Georges Grosjean
(aus: Berner Student vom 1. Dezember 1970)

waschwässer bergen eine gewisse Gefahr für fließende Gewässer, Seen und Grundwasser in sich: Die Wasserläufe werden in zunehmendem Masse verstopft und verschlammte, und der Austausch (Infiltration) zwischen dem Seeserlauf und dem Grundwasser hört demzufolge auf. Die Bilanz einer überlegten Ausbeutung von wasserführendem Kies ergibt einen für die Allgemeinheit schwerwiegenden Passivsaldo: Die Wasservorräte werden vermindert und das Risiko der Wasserverunreinigungen erhöht sich stark. Erfahrungen in der Schweiz und im Ausland zeigen, dass trotz der leider immer illusorisch bleibenden Vorsichtsmassnahmen ohne Wissen der Interessenten verunreinigendes Material in den Gruben abgelagert wird.

gar an jedem Tag! Die Statistik allein erwähnt 2450 Fälle; selbstverständlich sind darin nicht alle erfasst.

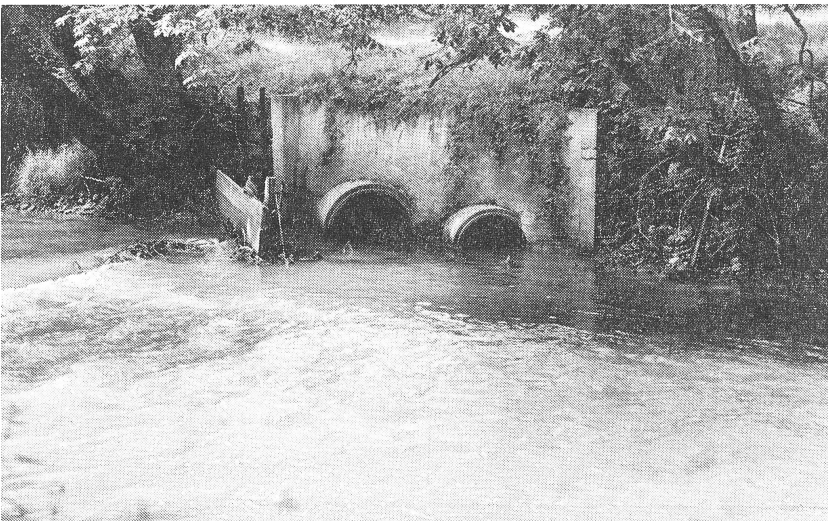
Verursacht werden die meisten durch irgendwelche Chemikalien. Und dabei muss man sich im klaren sein, dass die moderne Wirtschaft ohne Chemie nicht mehr bestehen kann. Der Aufschwung, den die chemische Industrie seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt, ist riesig. Ihre jährliche Produktionszuwachsrate liegt mit 5–10% bedeutend höher als diejenige der meisten anderen Industriezweige. Ihr steht die explosionsartige Zuwachsrate der Bevölkerung mit »nur« ca. 3% gegenüber.

Man darf ruhig behaupten, dass es heute weder industrielle noch gewerbliche Betriebe gibt, die nicht irgendwelche chemischen Produkte benötigen. Während nun aber die chemische Industrie ihre Abfallprobleme ohne Schaden zu meistern versteht, sündigen viele der unzähligen Verbraucher chemischer Produkte, weil sie von Haus aus die Gefahren beim Umgang mit Chemikalien unterschätzen.

Hier also liegt das grösste Problem. Es sei hier nur als Beispiel an das Phenol erinnert, das im September 1967 in das Trinkwasser der Stadt Zürich gelangte. Eine Kette unglücklicher Umstände – technisches und vor allem menschliches Versagen – hat damals die äusserst unangenehme und nicht voraussehbare Verunreinigung des Seebeckens und damit des Trinkwassers verursacht. Das aus einer Stückfärberei in Küssnacht ausgelassene Phenol gelangte in das Seewasserwerk II in Tiefenbrunn, das rund 80 000 Menschen mit Trinkwasser beliefert.

Das Phenol erzeugt in Verbindung mit Chlor (zur Chlorierung des Trinkwassers) eine Art »Döcklergeschmack«, der die ganze Tagesproduktion Trinkwasser ungeniessbar gemacht hat. Den Anrufern aus der Bevölkerung wurde empfohlen, sich mit Mineralwasser zu behelfen. Diese Zürcher

Fortsetzung Seite 25



SSF

Students' Shopping Facilities
vermittelt auf alle Photoartikel

alle Fernseh-, Radio-, Hi-Fi-,
Tonbandgeräte usw.

alles Autozubehör

Teppiche, Posters, Gags

Büromöbel und Büromaschinen

mehr Rabatte für Studenten

z. B. 8-Spur-Autostereoanlage
inkl. 2 Lautsprecher Fr. **250.-**

**Bevor Du irgendetwas kaufst,
frag**

SSF

c/o Mackle Bros. Division
Susenbergstrasse 120

8044 Zürich
Tel. 32 05 08

SSF

SSF

Wir sind eine Studentenorganisation, die Grossfirmen dazu bewegen konnte, wirklich billig zu liefern.

vermittelt unter anderen alle Produkte der Firma:

Erwin Kapp, Autozubehör, Josefstr. 91, 8005 Zürich

Die Firma Erwin Kapp ist eine der grössten Autozubehörlieferanten, deren Produkte Studenten über SSF mit bis zu 25% beziehen können.

Inderdiscount Holding SA:

Unter diesem Namen haben sich 35 Geschäfte der Photo- und Radio-Branche zusammengeschlossen. Diese sind unter sechs verschiedenen Namen über die ganze Schweiz verteilt, fünf davon in Zürich (z. B. Photo Max in der »Shop-Ville« und Photo von Känel).

Studenten bekommen dort zusätzlich einen Spezialrabatt von 5% auf die Discountpreise, wenn sie ihre Quittungen an SSF einsenden. Diese 5% werden nachträglich als Rückvergütung von SSF ausbezahlt.

SSF

bekommt noch viel mehr Produkte günstiger als aufgeführt worden sind. Falls Du etwas brauchst, telefoniere uns zuerst und erkundige Dich, wo Du das Betreffende am besten bezieht und zu welchen Bedingungen.

Wir arbeiten mit zwei Systemen: Entweder die erwähnte Rückvergütung – oder Bezugscheine. Falls in einem Geschäft Artikel mit einem Bezugschein gekauft werden können, bekommst Du diesen Bezugschein bei uns gegen Bezahlung des Nettopreises. Zwei Tage später kannst Du in dem betreffenden Geschäft den gewünschten Artikel abholen. Du geniesst dieselben Verkaufsbedingungen wie jeder andere Kunde.

SSF

SSF

Keine Lieferfirma, wir vermitteln nur Rabatte.

Students' Shopping Facilities
c/o Mackle Bros Division
Susenbergstrasse 120
8044 Zürich
Tel. (051) 32 05 08



**„Super“-Entspannung...
„Super“-Genuss...
PARISIENNES SUPER
Sie ist wirklich „Super“...
darum mit Abstand die Beliebteste!**

- * Parisiennes Super: natürliche Milde
- * «Super»: ihr reiches, reines Aroma
- * «Super»: ihr perfektionierter «PS»-Filter



SANDOZ

Jeder zehnte Mitarbeiter bei SANDOZ ist Akademiker. Das sind allein in Basel 550 Absolventen aller Fakultäten. SANDOZ Basel ist nicht nur das Stammhaus von über 40 Tochtergesellschaften, sondern auch Verwaltungs-, Planungs- und, vor allem, Forschungszentrum des weltweiten SANDOZ-Konzerns.

Ohne intensive und grosszügig dotierte Forschung ist kein Fortschritt möglich. Und Forschung braucht Nachwuchs. Industrielle Chemie ist angewandte Wissenschaft. SANDOZ AG Basel



Wasserverschmutzung – grösstes Sorgenkind der Menschheit

Fortsetzung von Seite 23

Trinkwasserverschmutzung hat Gefahren einer Verurteilung aufgeworfen, wie man sie kaum für möglich gehalten hat. Erst jetzt wurde man sich darüber klar, wie leicht die Trinkwasserversorgung der grössten Schweizer Stadt lahmzulegen wäre. Aus diesem Vorfall zog ich persönlich die Lehre, dass ich seither stets einen Harass Mineralwasser im Keller halte. Laut Erkundungen ist nämlich Mineralwasser in Flaschen ungeöffnet bis zwei Jahre haltbar, während gewöhnliches Wasser in Glas- oder Plastikgebünden nur ca. zwei Monate haltbar ist; zudem kann Mineralwasser auch für alle Kochzwecke verwendet werden!

Und wer hat nicht schon in der Tagespresse von der berüchtigten Verschmutzung der Reuss durch Abwässer der Papierfabrik Perlen gelesen? Eine Untersuchung des zugerischen Kantonschemikers hat im Jahr 1962 eindeutig gezeigt, dass das Reussgrundwasser, das für die ganze Talschaft eine lebenswichtige Trinkwasserreserve darstellt, bereits bedenklich gelitten hat. Gemäss den Berechnungen eines Fachmannes kommt die Trockensubstanz der Sulfatlauge pro Tag den menschlichen Ausscheidungen von ca. 1,3 Millionen Personen gleich. Dazu ist noch zu sagen, dass sich die Fäkalien organisch abbauen lassen, während dies bei den Sulfatblaugen, die zudem den Abwasserpilz fördern, nicht der Fall ist. Ungelesen und unsichtbar wälzen sich täglich Tausende von Kubikmetern Abwasser unter unseren Füßen den Flüssen zu. In Zürich enthält die Limmat ca. 1% Abwasser, d. h. 1 Liter Abwasser auf 100 Liter Flusswasser. In der ganzen Schweiz müssen täglich 3750 Tonnen Abfälle überkrafte werden, was einem Durchschnitt von 600 g pro Kopf der Bevölkerung entspricht. Dass ein grosser Teil dieses Kehrichts den Weg in die offene Natur findet, muss man leider immer wieder feststellen.

Auto- und Tierleichen

Ein weiteres Uebel sind die unzähligen Autofriedhöfe. Die Statistik zeigt, dass seit 1959 in unserem Land jedes Jahr zwischen 30 000 und 45 000 Personenwagen abbruchreif werden, wovon der grösste Teil auf Autofriedhöfen landet. Auch Zeltplätze und Wohnwagenstädte, diese immer mehr aufkommenden Menschenagglomerationen, sind eine neue Gefahr für unser Wasser. Die in diesen modernen Nomadenstationen unhygienisch deponierten und der Verwesung ausgesetzten Abfälle und Ausscheidungen werden durch das Regenwasser ausgelaugt, und die entsprechenden »Säfte« gelan-

gen unfehlbar in offene Gewässer oder sogar in das Grundwasser.

Von den rund 250 Abwasserreinigungsanlagen, die heute bei den mittleren und grösseren Industrien der Schweiz in Betrieb sind, entspricht ein Teil nicht mehr den Anforderungen gemäss den Richtlinien vom 1. September 1966 des Eidgenössischen Departements des Innern über die Beschaffenheit abzuleitender Abwässer.

Eine gefährliche Quelle der Gewässerverschmutzung und der Infektionsgefahr stellen auch tierische Abfälle und Kadaver dar. Gemäss einer Recherche des Eidgenössischen Veterinärdepartements beträgt der jährliche Anfall von tierischen Abfällen in der Schweiz rund 22 000 Tonnen (entspricht 4 kg pro Einwohner), wovon nur 8300 Tonnen in Kadaverbeseitigungsanlagen vernichtet werden. Seit dieser Erhebung im Jahr 1963 haben diese Abfälle noch zugenommen, weil der Fleischkonsum der Schweiz von Jahr zu Jahr ansteigt. In den Kraftwerken der Limmat, der Aare und des Rheins sind in der Jahresperiode 1962/63 217 Tonnen angeschwemmte Kleintierkadaver und 141 grössere Tiere herausgefischt worden. Dabei musste man feststellen, dass die meisten dieser Tiere an einer Viruskrankheit zugrunde gegangen sind. Da das Virus im Wasser selten absterbt, sondern seine Virulenz weiterbeibehält, muss wohl nicht weiter erläutert werden, warum Tierkadaver in stehenden und fliessenden Gewässern für Mensch und Tier eine latente und offene Gefahr darstellen.

Bedenklicher Zustand

Die Anwesenheit von Bakterien und Viren in unseren Gewässern gefährdet die Menschen. Der spontane Ausbruch von Typhusepidemien in Zermatt, im Einzelgebiet und in Gif-Oberfrick hat eine deutliche Sprache gesprochen. Vor allem die 1963 in Zermatt ausgebrochene Typhusepidemie lenkte unsere Aufmerksamkeit auf die schlechten hygienischen Verhältnisse der Trinkwasserversorgung von Kurorten und kleineren Ortschaften, und wir mussten gleichzeitig feststellen, dass der Lieferung von hygienisch einwandfreiem Trinkwasser noch lang nicht jene Bedeutung beigemessen wird, die sie im Interesse der Volksgesundheit hat. Typhuserreger im Trinkwasser können selten nachgewiesen werden, weil die Infiltration des Wassers meistens schon beendet ist, wenn die Krankheit nach der langen Inkubationszeit endlich erkannt wird.

Viele Bäche und Flüsse, die durch Versickerung einen grossen Teil unse-

res Grundwassers speisen, sind in einem bedenklichen Zustand. Eine Untersuchung an der Sihl im Jahr 1965 hat beim Sihlsee eine Keimzahl je Kubikzentimeter von 300 im Mittel, bei Geissboden eine Keimzahl von 13 383 und in Zürich eine solche von 28 750 ergeben. 1965 wurden im Aargauischen Kantonslaboratorium 726 Trinkwasserproben untersucht, von denen 211 (29%) beanstandet werden mussten. Im Kanton Basel-Land hat das Lebensmittelinspektorat im gleichen Jahr von den aus Trinkwasseranlagen entnommenen 2397 Proben mehr als die Hälfte beanstanden müssen. 1967 wurde an der WHO-Konferenz der Uno über »Wasser für den Frieden« festgestellt, dass sich die Cholera eher wieder ausbreitet und bereits wieder an den Toren Europas und Afrikas steht.

Wenn auch die Gefahr bakterieller Erkrankungen durch die Chlorierung des Trinkwassers beseitigt wird, kann dies von Viruskrankheiten nicht mit Sicherheit behauptet werden. Vielerorts, vor allem in Amerika, wird aus Gründen der hygienischen Sicherheit eine relative Ueberchlorierung des Trinkwassers bevorzugt. Dass diese Massnahme den Geschmack des Wassers bis ins Unangenehme beeinträchtigt, ist klar.

Neue Gefahren

Zu den bereits erwähnten Faktoren kommt heute auch die Gefährdung des Trinkwassers durch krebserregende und radioaktive Stoffe. Umfangreiche Untersuchungen von Prof. Borneff aus Mainz ergaben, dass das heutige Trinkwasser, das zur Deckung des immer grösseren Bedarfs weitgehend aus unneinem, in besonderen Anlagen künstlich aufbereitetem Wasser gewonnen werden muss, merkliche Mengen krebserregender Substanzen enthält. Am bekanntesten ist das Benzpyren, das in Teeren, Auspuffgasen und dergleichen vorkommt. Diese Stoffe können sich im Strassenstaub ansammeln und alsdann mit dem Regenwasser in die Abwässer, Flüsse und Seen gelangen. Im Trinkwasser geraten sie sodann unter Umständen in den menschlichen Verdauungstrakt.

Neue Gefahren für unser Wasser bringt die Anwendung der Isotopentechnik (z. B. in Atomkraftwerken). Wegen des grossen Kühlwasserverbrauchs müssen solche Anlagen an Flüssen oder Seen errichtet werden.

Zum Schluss sei auch auf die wasserseverierenden Eigenschaften des Erdöls aufmerksam gemacht. Ein einziger Liter Erdöl kann bis zu 5 Millionen Liter Wasser geschmacklich beeinträchtigen. Durch die zunehmende Motorisierung und den grossen Ölverbrauch zu Heizzwecken steigert sich die Verschmutzungsgefahr sprunghaft. Nach amtlichen Schätzungen sind in unserem Lande mehr als ein Viertelmillion Lagertanks für Heizöl und Treibstoffe usw. vergraben. Wie viele davon undicht sind, lässt sich nicht errechnen. Leider weiss man nie genau, wie und wohin das Öl im Untergrund



abfließt. Auf Überraschungen muss man deshalb immer gefasst sein. Dazu ist noch zu erwähnen, dass sich Öle viel langsamer abbauen als die übrigen Verunreinigungsstoffe in Abwässern.

Zurückblickend müssen wir also feststellen, dass die Verurteilung unseres Trinkwassers an jeder Ecke lauert. Die Menschheit vermehrt sich explosionsartig, und noch in viel stärkerem Masse steigt der Wasserkonsum. Befürchtung der schweizerische Wasserversorgung noch um die letzte Jahrhundertwende auf höchstens 100 Liter pro Tag und Einwohner, so werden heute bereits Zahlen von 700–1000 Liter genannt; der Bedarf hat sich also fast verzehnfacht, während sich unsere Bevölkerung im gleichen Zeitabschnitt nicht einmal verdoppelt. Aus den Statistiken über die Wassergewinnung in der Schweiz ist deutlich ersichtlich, dass man in den letzten 20 Jahren immer mehr vom Quellwasser auf Grundwasser und Seewasser übergegangen ist; der Anteil des Quellwassers ist seit 1948 von 41 auf 31% gesunken, während der Anteil des Grund- und Seewassers in der gleichen Zeit von 36 auf 43% respektive von 21 auf 26% gestiegen ist.

den gesamtschweizerischen Fachschaft. Ab WS 71/72: Praktische Massnahmen aufgrund der Ergebnisse dieser Arbeiten.

Angesichts der Dringlichkeit des Problems fordern wir alle Studenten, insbesondere alle Hauptfachgeographen, auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Fachgruppe Geographie/Geologie

Oekologie an der ETH – wann?

Enttäuscht nehme ich zur Kenntnis, dass an der ETH Oekologie als allgemeinbildendes Fach nicht gelesen wird.

Obschon man heute weiss, welche Gefahren jeglicher biologischen Existenz – auch der menschlichen – aus der rücksichtslosen Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse im Dienste kurzschichtiger, partikulärer Profitoptimierung erwachsen, hält man es noch immer für überflüssig, die kommenden Manipulatoren unserer Umwelt mit der Oekologie vertraut zu machen.

Oekologie hat eindeutig subversiven, ja geradezu revolutionären Charakter. Sie stellt viele der uns geläufigen Vorstellungen und Praktiken nicht nur in Frage, sondern fordert eine radikale Änderung derselben. Sie verlangt neue ökonomische Modelle, eine andere Technologie, aber auch individuelle Bewusstseinsveränderung. Mag sein, dass sie aufgrund ihres nach radikalen Änderungen schreienden Inhalts an unseren Hochschulen immer noch stiefmütterlich behandelt wird.

Wie dem auch sei, die Einführung von Oekologie-Vorlesungen an der ETH erscheint äusserst dringend. Im Rahmen der Abteilung XII sollte jedem Studenten Gelegenheit geboten werden, ein oder zwei Semester lang dieses Fach belegen zu können, ohne dadurch mit seinem übrigen Stundenplan in Konflikt zu geraten. In Anbetracht der bereits bestehenden Umweltmisere müsste man sogar eine obligatorische Ausbildung mit Prüfung in Oekologie fordern.

H. Müller

Umweltschutz ohne die Geographen?

Immerhin erfreulich, dass nun innerhalb doch kurzer Zeit die Presse wie auch verschiedene Hochschulgruppen begonnen haben, das Problem Umweltschutz neu zu untersuchen und zugleich einer breiteren Öffentlichkeit publik zu machen. Man ist sich im kleinen Kreis absolut einig über die einzigartige Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Problemkomplexes und fordert folgerichtig die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aller Disziplinen wie Verkehrsplanern, Architekten, Soziologen, Psychologen, Wirtschaftswissenschaftlern etc. Allein der Geographie fehlt oder figuriert allenfalls unter etc.; noch immer scheint man nicht zu wissen, dass die Geographie als Wissenschaft existiert, und darüber hinaus, dass gerade ihr Objekt die Umwelt im umfassendsten Sinn ist, dass sie als einzige Wissenschaft seit gut hundert Jahren mit wissenschaftlichen Methoden versucht, aus den unendlich vielen Einzelstudien der verschiedenen Disziplinen eine objektive und synoptische Umweltbetrachtung abzuleiten. Dass das Wort »Umwelt« in der Geographie nicht existiert, ist dadurch zu erklären, dass an seiner Stelle Ausdrücke wie Geosphäre, Geomer, Natur-, Kultur- und Stadtlandschaft gebraucht werden.

Zwei Erklärungen mögen den Dornröschenschlaf der Geographie wohl begründen: Erstens haben es die Geo-

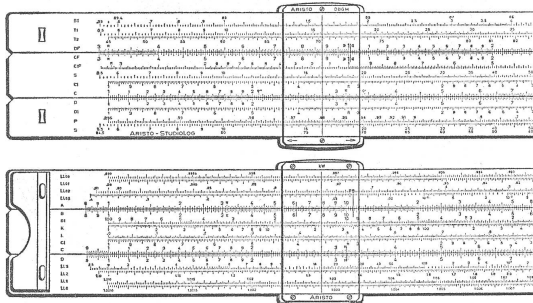
graphen offenbar versäumt, auf sich und ihre Sachkompetenz aufmerksam zu machen, und zweitens hat die Mehrzahl von ihnen diese neue Problemstellung in ihrem Forschungsbereich nicht erkannt.

Die Fachgruppe Geographie/Geologie der Universität Zürich wird deshalb sofort abzuklären versuchen, wie weit die aktuellen Umweltprobleme in den Bereich der Geographie fallen, wie weit die betreffenden Probleme an den geographischen Instituten schon bearbeitet werden, wie weit die Ausbildung des Geographiestudenten die Bearbeitung von Umweltfragen berücksichtigt, welche konkreten Studienplanreformen sich aufdrängen.

Der provisorische Zeitplan für diese Vorarbeiten ist folgender:

WS 70/71: Bearbeitung der einzelnen Fragen in verschiedenen Kommissionen der Fachgruppe unter aktiver Beteiligung möglichst aller Hauptfachgeographen; Kontakte zu Arbeitsgruppen gleicher Zielsetzung.
SS 71: Diskussion der Probleme und der ersten Ergebnisse mit den Dozenten im »Seminar über neuere geographische Forschungen«.
Ab SS 71: Behandlung der Ergebnisse und Weiterarbeit in der im WS 70/71 zu gründen-

ARISTO-StudioLog



Der ARISTO-Studio wurde in zwanzig Jahren – dank seiner praktischen Skalenanordnung zum schnellen und sicheren Rechnen und wegen der präzisen Teilung mit deutlicher Bezifferung – zum meistbenutzten Rechenstab für Ingenieurberechnungen.

Mit insgesamt 28 Skalen, klar und übersichtlich auf einem breiteren Körper angeordnet, setzt der neue Rechenstab ARISTO-StudioLog die Tradition des ARISTO-Studio fort. Zwei weitere Exponentialskalen, eine 2. Tangensskala, eine zweite, bewegliche Sinusskala sowie die Kehrwertskalen BI und DI bieten die Möglichkeit, mit weniger Einstellungen und kürzeren Rechenwegen noch schneller zu rechnen und die Rechengenauigkeit zu erhöhen.

Bitte fordern Sie Informationsmaterial R32 an.

Generalvertretung:
Lindemann AG • 4000 Basel 18 • Delsbergerallee 38

ARISTO

ARISTO-WERKE • DENNERT & PAPE KG • HAMBURG

WURZEL

bei der
Zentralbibliothek

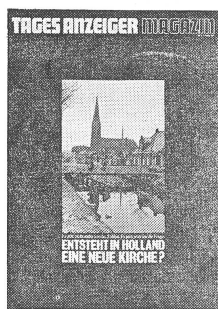
DER SPEZIALIST
FÜR DAS
WISSENSCHAFTLICHE
BUCH



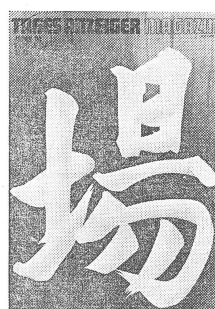
Wohlstand



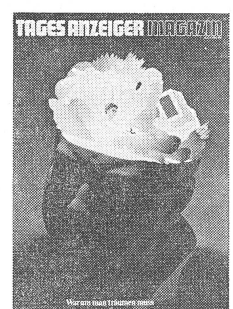
Überflusgesellschaft



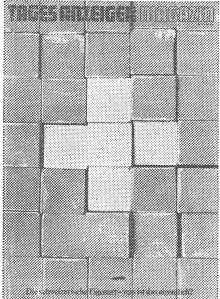
Hollands Kirche



Die Expo in Osaka



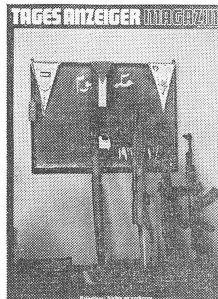
Unsere Traumwelt



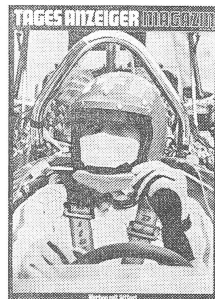
Des Schweizers Schweiz



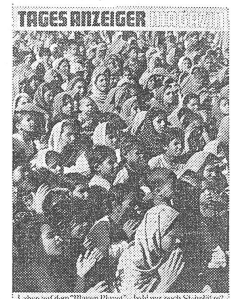
Keaton und Kafka



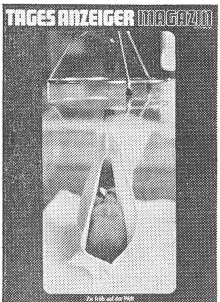
Palästiner



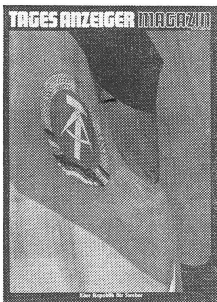
Jo Siffert



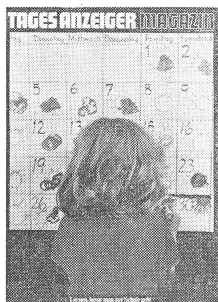
Überbevölkerung



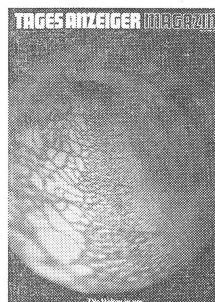
Medizin



Reise durch die DDR



Vorschulziehung



Naturwissenschaft



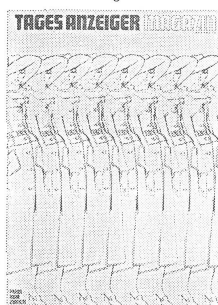
George Gruntz



Estrich der Nation?



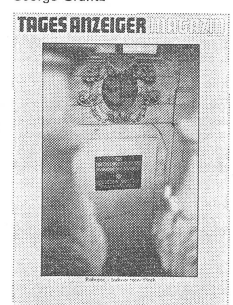
Claes Oldenburg



Mode



Prestigedenken



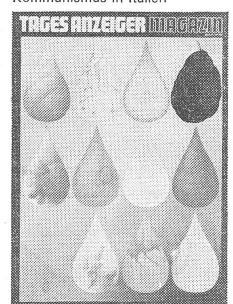
Kommunismus in Italien



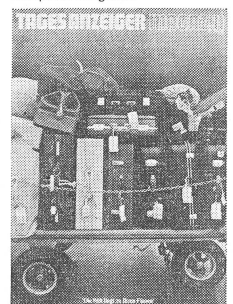
Tod in Hollywood



Pop-Gesellschaft



Computer-Diagnose



Massentourismus

**Das ist eine Auswahl
von Themata des Tages-Anzeiger-Magazins.**
**Jenes farbigen Magazins, das jeden Samstag dem
Tages-Anzeiger beiliegt.**
**Jenes Tages-Anzeigers, den Sie mit 30% Studentenrabatt
abonnieren können.**

Weil der Tages-Anzeiger sich besonders darüber freut, dass er gerade von
kritischen Schweizern gelesen wird.

- ☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger und sein Magazin gratis drei Wochen zur Ansicht erhalten.
- ☐ Ich möchte gleich von Ihrer Spezialofferte Gebrauch machen und den Tages-Anzeiger und sein Magazin abonnieren. (Die ersten drei Wochen sind gratis.) Das kostet:
- | | |
|--|--|
| ☐ Fr. 3.25 statt Fr. 4.60 für 1 Monat | ☐ Fr. 18.50 statt Fr. 26.40 für 6 Monate |
| ☐ Fr. 9.35 statt Fr. 13.35 für 3 Monate | ☐ Fr. 36.55 statt Fr. 52.20 für 12 Monate |

Name: _____

Strasse: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Coupon einsenden an den Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

Redaktor in Schulverlag

Interessieren Sie sich für die Anwendung moderner didaktischer Erkenntnisse und die Fragen der Erwachsenenbildung? Haben Sie Sinn für gute Formulierung und schreiben Sie selber leicht und gern? – Dann könnte dies eine Aufgabe sein, die Sie freut und in der Sie sich entfalten können. Wir suchen zur Erweiterung unseres Verlagsteams einen selbstständigen Redaktor. Unser Verlag plant neue Kurse und erarbeitet sämtliche Lehrmittel für die Akademikergemeinschaft (Maturavorbereitung) und IMAKA (Schule für Kaderausbildung). Ideal in unser Team würde eine Initiative und kooperative, vielseitig interessierte Persönlichkeit passen mit Interessenschwerpunkt in Richtung Wirtschaftswissenschaften oder Naturwissenschaften. In einem gemeinsamen Gespräch würden wir gern die weiteren Einzelheiten mit Ihnen besprechen. Damit wir uns vorgängig ein Bild Ihres Werdeganges machen können, bitten wir Sie um eine handgeschriebene Kurzbewerbung mit den üblichen Unterlagen.



AKAD-Verlag

Hochstrasse 38
8044 Zürich
Tel. 051/34 70 34



Reichhaltiges, durchwegs rostfreies

Sezierbesteck

zum Schlagerpreis von Fr. **35.—**

Im führenden Fachgeschäft



Uraniastrasse 11
8001 Zürich
Tel. 25 77 57

Besser geht's mit Coca-Cola



COCA-COLA und COKE sind eingetragene Marken

REFRESKA AG, ZÜRICH, konzessionierter Fabrikant für die Rayons Zürich und St. Gallen



Wir suchen

Aushilfen zum Be- und Entladen der Flugzeuge

Wenn Sie in der Zeit vom 10. bis 20. Dezember 1970 oder/und vom 1. bis 15. Januar 1971 etwas dazuverdienen wollen und mindestens 19 Jahre alt sind, melden Sie sich bitte bei

Swissair Personaldienst PBB
8058 Zürich
(oder telefonisch unter 051/83 56 11, intern 4071)



DIAVOX

Institut moderne de langues
1000 Lausanne
avenue de Beaulieu 19
Tél. (021) 34 78 34

Méthode audio-visuelle –
Laboratoire de langues
Français – Anglais – Allemand –
Espagnol

Notre particularité:
**Pour chaque heure de classe
1 heure de laboratoire de langues**

Stages complets et intensifs de
11 semaines (330 heures) desti-
nés essentiellement à des adul-
tes professionnellement motivés.
Cours d'été.

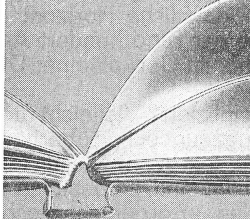
Cours à la demi-journée
Externat: tous âges dès 16 ans

Arrangements de Cours spéciaux
sur demande.



freihof ag

Buchhandlung
für Wissenschaft
und Technik



Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 47 08 33 / 32 24 07
Wir bedienen
Sie jetzt auf zwei Etagen.



Apotheke Oberstrass Zürich 6

F. Eichenberger-Haubensak Universitätstrasse 9

Seit 1889 die Apotheke der Akademiker



Im Zusammenhang mit dem Weiterausbau unserer Forschung suchen wir einen

dipl. Chemiker

für die Entwicklung und Optimierung chemisch-photographischen Fabrikationsverfahren.

Für nähere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Schreiben oder telefonieren Sie an das:

Personaldepartement der Mettler-Unternehmungen
8606 Greifensee, Tel. (051) 87 63 11 (Herr Koch)

Können Sie sich Ihre zukünftige Karriere vorstellen, ohne vertiefte Kenntnisse in der elektronischen Datenverarbeitung erworben zu haben?

Wir glauben nicht

Zur Verstärkung unserer Teams, welche sich mit der Konzeption und Realisierung von Informationssystemen befassen, suchen wir einen weiteren

Hochschulabsolventen

Nach einer gründlichen Vorbereitungszeit übergeben wir Ihnen Ihren Neigungen entsprechende selbständige Aufgaben.

Wir freuen uns auf Ihren Anruf

IBM (Schweiz)
Tel. (051) 25 40 11, intern 14

Ein charmantes
Rendez-vous
mit der



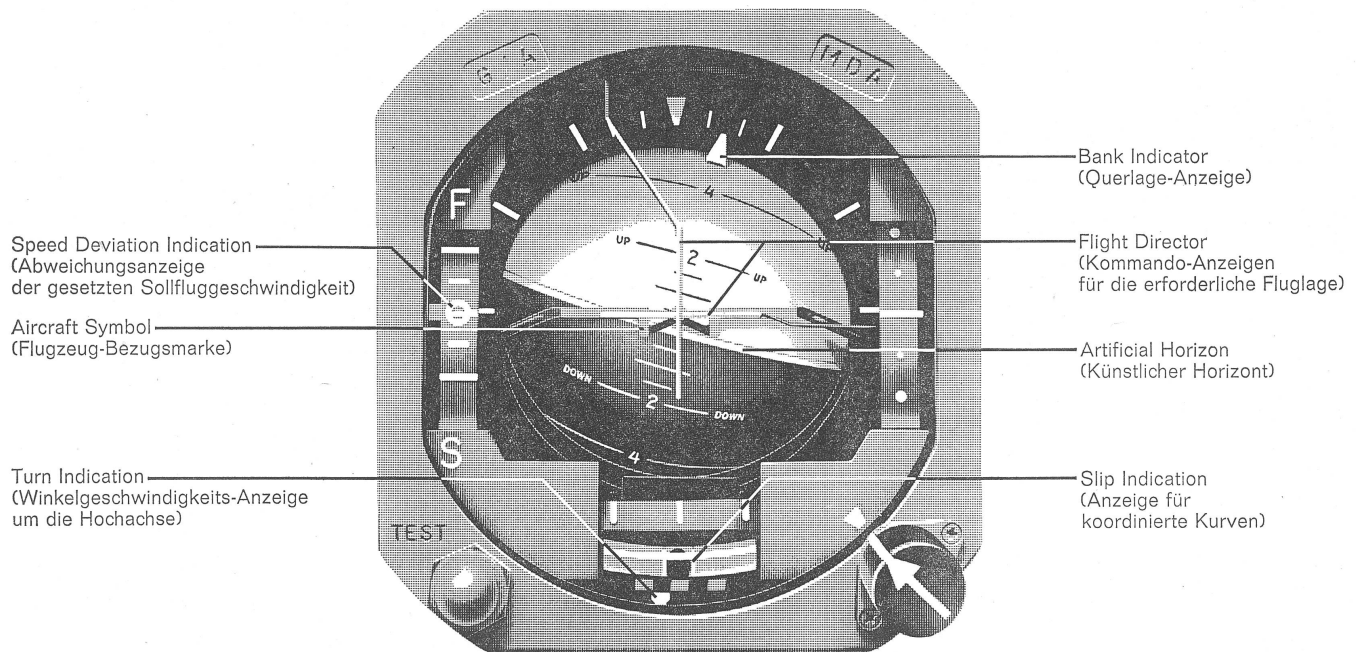
**Treffpunkt:
Am Donnerstag
an Ihrem Kiosk!**

....."swissair one hundred.....

..you are one mile north of outer marker...

....turn left.....proceed hochwald....

..cross abeam zurich west at 5000 feet"...



So steht der künstliche Horizont während dieses Flugmanövers einer DC-8-62, die nach dem Start auf Piste 34 in Kloten Kurs auf das Funkfeuer Hochwald nimmt und sich im Steigflug befindet. Der Flug Zürich-New York (SR100) wird etwa 8 Stunden dauern. Jeden Augenblick müssen sich die Piloten auf dieses Instrument verlassen können. Aus Sicherheitsgründen befinden sich deren 3 im Cockpit unserer DC-8.

Der künstliche Horizont, im Prinzip schon seit langem bekannt, wurde erst gegen Ende der Zwanzigerjahre in Flugzeuge montiert und erlaubt seither, ohne Sicht auf die Erde sicher zu fliegen. Damit wurde der menschliche Flug wetterunabhängig, der regelmässige Luftverkehr Wirklichkeit. Seither aber haben sich nicht nur die Flugzeuge verändert. Auch der künstliche Horizont ist zu einem hochentwickelten, zentralen Überwachungssystem moderner Grossflugzeuge geworden.

Der bewegliche Teil des Instrumentes, der eigentliche künstliche Horizont, wird durch vollkardanisch gelagerte, elektrisch angetriebene Kreisel hoher Drehgeschwindigkeit und Ganggenauigkeit geführt.

Das abgebildete Instrument gibt dem Piloten ausser der Fluglage noch

weitere für die Flugzeugführung wichtige Informationen. Es enthält nicht nur den «Flight-Director», ein ausgeklügeltes Kommandogerät, sondern auch ein komplettes Instrumenten-Lande-Anzeigesystem. Beim Landeanflug gibt das Instrument ausserdem die Höhe über Grund an und die Abweichungen von der festgelegten Sollfluggeschwindigkeit. Am «Turn and Slip-Indicator» kann der Pilot beurteilen, ob eine Kurve korrekt geflogen wird. Fällt eines dieser Systeme aus, werden automatisch Warnflaggen eingeschwenkt, die den betroffenen Anzeigebereich verdecken. Der künstliche Horizont ist das wichtigste der rund hundert Anzeigegeräte im Cockpit einer DC-8.

Kompliziert? Vielleicht für Leute, die ein Flugzeugcockpit überhaupt verwirrend finden. Wenn Sie ein künftiger Swissairpilot sind, so besitzen Sie bestimmt das erforderliche technische Verständnis und trauen sich auch zu, dieses und die übrigen Systeme nach entsprechender gründlicher Ausbildung zu verstehen und in der Flugzeugführung kunstgerecht einzusetzen. Ob Sie ein künftiger Swissairpilot werden können, bemühen wir uns für Sie herauszufinden!

Schweizerische Luftverkehrsschule
Swissair AG/OSR, 8058 Zürich
Telefon 051/835611, intern 6140



Ich erfülle die Anmeldebedingungen als
Linienpilotenanwärter (Schweizer Bürger,
20–25 Jahre, 3 Jahre Sekundarschule,
abgeschlossene Lehre oder abgeschlossene
Mittelschule, absolvierte Rekrutenschule,
Englischkenntnisse). Senden Sie mir
Unterlagen.

Name: _____

Vorname: _____

PZ, Wohnort: _____

Strasse: _____